

# Rundbrief

BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE

2  
2017



**DIE LINKE.**

# INHALT

EDITORIAL . . . . .	3
Julia Wiedemann	

## AKTUELLES

<b>Was ist schlimmer AfD oder NPD?</b> . . . . .	4
Petra Pau	

<b>Ziviler Widerstand tut not! Neonazi-Demos und Rassisten-Kundgebungen sind immer noch und immer wieder ein Dauerthema:</b> . . . . .	5
Hans Erxleben	

## MOSAIK: ANTIFASCHISTISCHE PRAXIS

<b>G20: Ein Erfolg für DIE LINKE. Fünf Thesen</b> . . . . .	6
Florian Wilde	

<b>Steigbügelhalter. Die Unionsparteien haben in der Flüchtlingspolitik zum Aufstieg der AfD beigetragen</b> . . . . .	10
Ulla Jelpke	

<b>Wir schaffen das! Lösungsversuche von »links«. Erste Erfolge und immer neue Fragen</b> . . . . .	12
Elke Breitenbach	

<b>Historische Chance verstrichen. Die Bundesanwaltschaft plädiert im Prozess gegen den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) kontrafaktisch</b> . . . . .	15
Fritz Burschel	

<b>Vorwärtsverteidigung. Wehrmachtsdiskussion in der Bundeswehr: Die Modernisierung der Traditionspolitik von oben dient der Kriegsführungsbereitschaft</b> . . . . .	17
Ulla Jelpke/Frank Brendle	

<b>Frankreich: Marine Le Pen vorläufig strategisch gescheitert</b> . . . . .	20
Bernhard Schmid	

## GESCHICHTLICHES

<b>Die Anfänge des russischen Faschismus: Völkisch-monarchistische Bewegung und Organisationen (Schwarzhunderter) von 1905 bis zur Oktoberrevolution 1917</b> . . . . .	26
Karl-Heinz Gräfe	

<b>Ist Rot also doch gleich Braun? Zur Kontroverse über den Wechsel zwischen »Rotfront« und SA . . . . .</b>	<b>31</b>
Oliver Reschke	
<b>Völkermord – was dann? Aufarbeitung – nein danke! . . . . .</b>	<b>35</b>
Andreas Bohne	
<b>Die »aggressivsten Kräfte« – wer sind sie heute? Zur Bedeutung der Kapitalismuskritik in der antifaschistischen Geschichtsarbeit . . . . .</b>	<b>37</b>
Ulrich Sander	
<b>Robert Cohen, Der Vorgang Benario. Die Gestapo-Akte 1936–1942 . . . . .</b>	<b>44</b>
Gerd Wiegel	
<b>Lutz Heuer. Aus dem Leben eines Politikers, Antifaschisten und Gewerkschafters. Hans Jendretzky . . . . .</b>	<b>46</b>
Horst Helas	
<b>Erinnerungen an Heinrich Gemkow 1928–2017 . . . . .</b>	<b>47</b>
Horst Helas	
<b>Bedarf es in Berlin einer weiteren Institution zur »Aufarbeitung der SED-Diktatur«?:</b>	
Günter Benser . . . . .	48

# **DIE LINKE.**

## **Rundbrief** ISSN 1864-3833

Der Rundbrief erscheint bei Bedarf, mindestens zweimal im Jahr, und wird herausgegeben von der AG Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE.  
V.i.S.d.P. Julia Wiedemann

Adresse: Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Telefon: 030 24009-216  
E-Mail: [julia.wiedemann@die-linke.de](mailto:julia.wiedemann@die-linke.de)

Gegenstand der Rundbriefe sind Analysen, Erfahrungen, Nachrichten, Rezensionen und Untersuchungen zum Thema Rechtsextremismus und rechter Zeitgeist. Damit soll die antifaschistische Arbeit demokratischer Organisationen und interessierter Personen unterstützt werden. Der Rundbrief ist über die AG zu beziehen. Zuschriften und Beiträge sind willkommen.

Titelbild: Demonstration gegen den G20 Gipfel in Hamburg, Fraktion DIE LINKE. im Bundestag  
Redaktionsschluss: 15. November 2017  
Layout und Satz: MediaService GmbH  
Druck und Kommunikation

## EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser, nun ist eingetroffen, was lange vorausgeahnt und befürchtet wurde, die AfD sitzt im Deutschen Bundestag. Obwohl es noch keine neue Bundesregierung gibt, wurde in einer Plenarsitzung des Bundestages schon deutlich, wie sich das Diskussionsniveau im Parlament nun verändern wird und welche neuen (und die gut bekannten alten) Argumentationslinien die Auseinandersetzung nun mit bestimmen werden. Einige erste Angebote werden in diesem Rundbrief unterbreitet, andere werden für die kommenden Hefte vorbereitet.

Petra Pau – gerade erneut als Vizepräsidentin des Bundestages gewählt – setzt sich in ihrem Beitrag damit auseinander, was das grundsätzlich bedeutet. Die ebenfalls in den Bundestag wiedergewählte Ulla Jelpke analysiert die Rolle der Unionsparteien für den Aufstieg der AfD. Hans Erxleben mahnt in seinem Beitrag über praktischen Tun zu Gelassenheit in der Sache und ermuntert alle Engagierten, in der Auseinandersetzung mit RECHTS nicht nachzulassen, bestehende Bündnisse zu pflegen und neue zu schmieden.

Wie angekündigt gibt es eine Nachbetrachtung zu den Protesten gegen den G20-Gipfel, Florian Wilde stellt fünf Thesen zur Diskussion, warum die Proteste trotz der zumeist negativen Berichterstattung und der Versuche der Kriminalisierung von Straßenprotesten als Erfolg ge-

wertet werden können. Neben G20 sind unter der Rubrik »Mosaik antifaschistischer Praxis« weitere Beiträge versammelt, die von einem weiten Feld der Auseinandersetzungen zeugen. Auf eine kritische Betrachtung zum zu Ende gehenden NSU-Prozess und einem Beitrag über das Traditionsverständnis der Bundeswehr sei besonders verwiesen.

Und es ist mal wieder Zeit für viel Historisches. Die Betrachtungen von Karl-Heinz Gräfe und Oliver Reschke sind nicht nur rückblickende, denn aus beiden lassen sich Erkenntnisse zum Hier und Heute gewinnen. Sind die angeblich massenhaften Übertritte von der SA in die KPD Zeichen einer ideologischen Nähe? Anhand von Beispielen und Ergebnissen jüngerer Forschung belegt Oliver Reschke, dass die entscheidenden Massenbewegungen nicht zwischen Kommunisten und SA stattfanden.

Wir hoffen, dass auch diese Ausgabe des Rundbriefs viel Stoff zum Lesen, Nachdenken und Diskutieren bietet und wünschen viel Freude mit der Lektüre!

### **Julia Wiedemann**

Sprecherin der BAG Antifaschismus  
der Partei DIE LINKE

## AKTUELLES

# Was ist schlimmer AfD oder NPD?

Ich wäre auf diese Frage nicht gekommen. Was ist eigentlich schlimmer: eine AfD-Fraktion im Bundestag oder eine NPD-Fraktion? Natürlich die NPD, fand ich, weil naheliegend. Sie ist eine ausgewiesene und militante Nazi-Partei.

So weit, so scheinbar klar, sagte mir der Fragesteller. Aber gucken wir mal, was da auf dem Ticket der AfD nun auch Sitz und Stimme im Bundestag hat.

Ja klar, sag ich: Darunter sind Leugner des Holocaust, Verfechter der Wehrmacht und Kämpfer fürs Deutsch-Nationale. Da gibt es viele Schnittstellen mit der NPD und weiteren Rechtsextremisten. Die AfD im Bundestag sei dennoch schlimmer, meinte er. Die NPD marschiert auf, mit Glatzen und Stiefel und dumpf. Sie ruft »Sieg Heil« und macht kein Hehl daraus, was sie vorhat. Bei der AfD sei das verzwickter, sagt er, und deswegen gefährlicher. Sie ist keine Nazi-Partei, schlimmstenfalls deutsch-national, wider die EU und völkisch-borniert. Parole: Das wird man doch mal sagen dürfen.

Ja, sage ich. Dank AfD darf man wieder sagen, dass das Gedenken an die Opfer des Holocaust einer Schande gleichkomme, und dass die Kriege der Wehrmacht neu-deutschen Stolz begründen mögen. Und die NPD frohlockt. Wohl wahr, sagt mein Fragesteller, aber das Problem ist viel schlimmer, weshalb er ja sage, 13 Prozent für die NPD wären übel, 13 Prozent für die AfD sind übler. Eine höchst gewagte These, fand ich. Den Einwand habe er erwartet, sagte er, und verwies auf die Zusammensetzung der AfD-Fraktion: Viele sind Anwälte und Richter, Polizisten oder deren Ausbilder, Lehrer und Wissenschaftler, oftmals Beamtinnen und Beamte. Also sogenannte Staatsdiener, die der Demokratie und dem Grundgesetz verpflichtet seien und nun beides von rechts in Frage stellen. Obendrein Leute, die mitnichten sozial verunsichert sind.

Vor Jahresfrist gab es eine Studie über AfD-Anhänger in Sachsen. Die größte Zustimmung gab es demnach unter Beamtinnen und Beamten, weit höher, als bei Arbeitern und Arbeitslosen. Kurzum, sagte er: Das AfD-Ergebnis war kein Rechtsdraußen-Putsch, sondern ein demokratisch legitimer Angriff aus der Mitte der Gesellschaft, und deshalb gefährlicher.

»Die Republik rückt nach rechts«, hieß es nunmehr nach der Wahl. Der Bundestag auch. Dies hatte sich übrigens bereits bei den Wahlen 2013 abgezeichnet. Dass es in der abgelaufenen Legislatur dennoch im »Hohen Haus« zahlenmäßig eine Mitte-Links-Mehrheit gab, war nur der 5-Prozentklausel geschuldet. AfD und FDP wurden seinerzeit knapp drunter gewählt und blieben also draußen. Aber die gesellschaftliche Stimmung war bereits nach Mitte-Rechts gekippt. Hinzu kommt: Zwar hatte Mitte-Links im Bundestag noch immer eine knappe Mehrheit, ein politisches Mitte-Links-Projekt indes gab es nicht. Gewiss, es gab Gesprächsrunden, in denen Mitglieder der SPD, der LINKEN und der Grünen Schnittmengen ausloteten und mögliche Vorhaben sondierten. Aber das waren Hobby-Veranstaltungen, die mit den offiziellen Linien dieser drei Parteien nichts zu tun hatten. Es darf bezweifelt werden, ob sich dieses Manko nunmehr auflösen lässt. Auch, wenn die SPD plötzlich signalisiert, dass sie eine Zusammenarbeit mit der LINKEN im Bund nicht mehr prinzipiell ausschließt. Kommt es zu einer Jamaika-Koalition, so würden Bündnis 90/Die Grünen Teil eines Mitte-Rechts-Bündnisses mit der CDU/CSU und der FDP.

Gleichwohl bleibt die Frage, was ein Mitte-Links-Bündnis inhaltlich einen sollte, um mittelfristig erfolgreicher zu sein, als Mitte Rechts? Natürlich, klare Kante gegen Rassismus sowie die Verteidigung von Bürgerrechten und Demokratie. Aber das allein dürfte nicht reichen. Naheliegend finde ich nach wie vor die Überlegungen und Warnungen von Prof. Heitmeyer & Team. Zehn Jahre lang führten sie eine Langzeitstudie über »Deutsche Zustände«. Am 11.11.2011 hatten sie ihr Fazit präsentiert. Absolute Kurzfassung: Die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nimmt zu, ebenso die Akzeptanz von Gewalt als Politikersatz. Genau das erleben wir seit längerem mit PEGIDA und anderen IDA-Bewegungen, parlamentarisch flankiert durch die AfD. Heitmeyer hatte auch Ursachen benannt: Das Soziale werde ökonomisiert, die Demokratie entleert. Anders gesagt. Die neo-liberale Politik von Union und SPD der letzten 20 Jahre habe letztlich rechte Aufwinde befeuert. Folglich müsste Mitte-Links auch dort mit dem Löschen ansetzen.

»Sagen wir doch immer«, höre ich nun manche LINKE rufen. Das mag ja sein. Aber es sind oft dieselben, die einen Kampf »wir gegen den Rest der Welt« führen. Ein Mitte-Links-Projekt ist so nicht zu haben. Wie aber dann? Das ist eine der drängenden Denkaufgaben für DIE LINKE nach der Wahl. Denn eine historische Erfahrung soll-

te bei alledem nicht ausgeblendet werden: Die Nazis kamen 1933 nicht an die Macht, weil die NSDAP so stark war, sondern weil die Demokraten zu zerstritten waren.

**Petra Pau**

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

---

## Ziviler Widerstand tut not!

**Neonazi-Demos und Rassisten-Kundgebungen sind immer noch und immer wieder ein Dauerthema.**

Dieser Spuk ist noch lange nicht vorbei. Die Antwort kann immer wieder nur heißen – keine Toleranz gegenüber Intoleranten, kein Wegschauen bei Ewiggestrigen. Also raus auf die Straßen und Plätze zu Gegen-Demos und Gegen-Kundgebungen, wenn diese angesagt sind.

Ich betreibe dieses nicht ganz stressfreie antifaschistische »Geschäft«, diesen antirassistischen »Job« als Anmelder oder Aufrufer parlamentarisch und außerparlamentarisch seit vielen Jahren, es werden bald 20 Jahre sein, von 2006 bis 2016 als Sprecher der Linksfraktion gegen Rechtsextremismus in der BVV Treptow-Köpenick und von 2000 bis Anfang 2017 als Sprecher des parteiübergreifenden Bündnisses für Demokratie und Toleranz in diesem Bezirk, zuvor schon seit 1998 in Treptow. Eigentlich kein so schönes Jubiläum. Und es brachte nicht nur Freunde ein. Durch viele Anti-Nazi-Aktionen wurde ich zur Hassfigur für die rechte Szene, was mir seit 2012 drei Gewaltanschläge einbrachte, erst gegen meine Wohnung, dann gegen mein Auto. Kein Täter wurde gefasst, noch besteht der Polizeischutz.

Aber die vielen Aktionen gegen Nazi-Treffs wie die Kneipe »Zum Henker«, die von 2009 bis 2014 existierte und den Militaria-Laden des NPD-Funktionärs Sebastian Schmidtke (2011 bis 2014) im Kiez Schöneeweide hatten letztlich Erfolg, nach mehrjährigen Protesten wurden sie geschlossen bzw. gekündigt. Das war ein langjähriger

Kraftakt von Zivilgesellschaft, Politik, Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus, Juristen und dem bezirklichen Zentrum für Demokratie. Womit wir bei den Erfolgskriterien der Arbeit gegen Rechts sind – das erste ist die breite Mischung beim Zusammenschluss aller relevanten zivilgesellschaftlichen Akteure des Bezirks, also das Vertretensein der wichtigsten Einrichtungen, von Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Vereinen, die Breite der Teilnehmerschaft. Unser Bündnis tagt seit langem regelmäßig einmal im Quartal, um über aktuelle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus zu informieren und Gegenstrategien zu beraten und zu koordinieren. Diese Kontinuität ist ebenfalls ein Erfolgskriterium. Erfolgreich war auch immer das Vernetzen und Kooperieren mit anderen Bündnissen und anderen Bezirken. All diese Aktivitäten sind keine Einzelaktionen, sondern auf Dauer angelegt, denn Erfolge stellen sich in der Bündnisarbeit nur langfristig ein. Dieser lange Atem ist vielleicht sogar das wichtigste Erfolgskriterium. Durchhalten, nicht entmutigen lassen, das kann ich als Erfolgsrezept nennen und empfehlen. So konnten wir den Angstraum Schöneeweide verdrängen, positiv besetzen. Jährlich feiern wir dort das bunte Fest für Demokratie unter Schirmherrschaft des Bezirksbürgermeisters, nun Teil der Erfolgsgeschichte.

**Dr. Hans Erxleben**

Berlin, Treptow-Köpenick

# G20: Ein Erfolg für DIE LINKE. Fünf Thesen

### **Erstens. Der Gipfelprotest – ein großer Erfolg für DIE LINKE**

Die Bilder der gewalttätigen Auseinandersetzungen, die die Berichterstattung über die Proteste gegen den Hamburger G20-Gipfel prägten und nun für eine breit angelegte Kampagne gegen die gesamte Linke instrumentalisiert werden, dürfen nicht vergessen machen, dass die Proteste ein großer Erfolg waren. Trotz wochenlanger medial befeuerter Angstmache und trotz der Einschüchterung durch eine polizeistaatsähnliche Repression, ist es gelungen, den größten Gipfelprotest der deutschen Geschichte zu organisieren und Zehntausende auf die Straße zu bringen. Die Demonstration am Samstag, den 8.7., mit 76.000 Teilnehmern laut Demoleitung (die Mopo zählte sogar 100.000) war die größte in Hamburg seit über 30 Jahren. Tausenden Aktivisten war es einen Tag zuvor gelungen, Zufahrtswege zum Gipfel zu blockieren und den Ablauf der Tagung zumindest punktuell – leider nicht umfassend – zu stören. Etwa 1.000 Menschen hatten am Freitag im Hafen demonstriert, rund 2.000 zogen als »Jugend gegen G20« zeitgleich durch die Innenstadt. Bis zu ihrer Zerschlagung durch die Polizei hatten sich am Donnerstag auf der antikapitalistischen »Welcome to Hell«-Demonstration bereits 12.000 Menschen versammelt; hätte sie weiterziehen können, sie wäre sicher auf mehr als 20.000 angewachsen. So viele waren es jedenfalls am Mittwoch gewesen, die bei »Lieber tanz' ich als G20« gegen den Gipfel ravn, nachdem am Dienstag bereits Tausende gegen den Gipfel »gecornert« hatten. Rund 2.500 Teilnehmer hatten am Mittwoch und Donnerstag den alternativen »Gipfel für globale Solidarität« besucht und mit Gästen aus aller Welt inhaltliche Kritik an der offiziellen Zusammenkunft diskutiert. Etwa 10.000 waren am Sonntag zuvor bereits dem Aufruf der »G20 Protestwelle« gefolgt. Die breite Ablehnung des Gipfels war in den Stadtteilen rund um die Messehallen an den Hauswänden abzulesen: allenthalben hingen Anti-G20-Transparente aus den Fenstern, zahllose kleine Läden hatten ihre Schaufenster und Scheiben gegen den Gipfel dekoriert. Die Protestierenden erfuhren auch viel Solidarität aus der Hamburger Bevölkerung: als sich abzeichnete, dass der Senat

keine Camps zulassen würde, boten Hunderte Hamburger ihre Gäste- und Arbeitszimmer, ihre Vorgärten und Schrebergärten zum Übernachten an.

Eine Woche lang waren Tausende Aktivisten in fiebriger Anspannung im Dauereinsatz, kämpften politisch um Camps, bereiteten zahllose Aktionen vor, gingen auf die Straße zum Demonstrieren oder setzten sich auf die Straße zum Blockieren. Es war eine ganz beglückende Erfahrung, wie wenig sie sich dabei von der allgegenwärtigen polizeilichen Repression einschüchtern ließen und wie die Angst vor der repressiven Staatsmacht wich. Eine authentische soziale Bewegungsdynamik durchbrach alle langweiligen Routinen linker und parlamentarischer Politik. Es war in Vielem eine ganz wunderbare Woche.

In der gegenwärtigen Inszenierung einer globalen Polarisierung zwischen neoliberaler Mitte und Rechtspopulismus waren linke Alternativen in den letzten Monaten nur selten sichtbar. Mit dem Hamburger Protest konnte diese vermeintliche Polarisierung durchbrochen und ein weltweit wahrnehmbares Signal für die Existenz und Lebendigkeit einer antikapitalistischen Linken gesetzt werden. Doch dieser Erfolg soll keine Anerkennung finden. In der Absicht, von der eigenen Mitverantwortung für die Eskalation in Hamburg abzulenken, versuchen SPD und CDU, unterstützt von etlichen Medien, nun mit aller Macht, die Krawalle in der Schanze und in Altona gegen unsere Aktivitäten zu instrumentalisieren, und sprechen fast ausschließlich von der Randale, anstatt über den Massenprotest. Demgegenüber sollten Linke eine eigenständige Erzählung entwickeln, die auf die eigenen Erfolge verweist und die Hauptverantwortlichen für die Eskalation benennt: Senat und Polizei.

### **Zweitens. Den Spaltungsmanövern zum Trotz – eine echte Großdemonstration**

Der Erfolg insbesondere der Großdemonstration am 8. Juli ist umso bemerkenswerter, als es gegen den Gipfelprotest im Vorfeld massive und leider auch erfolgreiche Spaltungsmanöver gegeben hatte. Zunächst hatten sich namhafte NGO's wie Campact, der NABU und der



WWF, außerdem der DGB aus Angst, mit möglichen Kra-wallbildern in Verbindung gebracht zu werden, von einem gemeinsamen Gipfelprotest verabschiedet und für den Sonntag vor dem Gipfel zu einer eigenen Demo, der »Protestwelle«, mobilisiert. Dann haben auch die Grünen das Bündnis verlassen und mit der SPD zur Demo »Hamburg zeigt Haltung« parallel zur Großdemonstration am 8. Juli aufgerufen. Diese Aufspaltungen stehen für bündnispolitische Niederlagen und waren durchaus gefährlich: rechts von Linkspartei und attac brach fast das ganze Spektrum weg. Die gesamte Mobilisierung nach Hamburg wurde durch diese Manöver deutlich geschwächt. Die »Protestwelle« brachte schließlich mit großem finanziellen Aufwand kaum 10.000 Menschen auf die Straße. Bei »Hamburg zeigt Haltung« sollen es sogar nur knapp 6.000 gewesen sein – gegenüber mindestens 76.000 auf der Großdemo, die völlig friedlich verlief, und bei der sich alle Bündnispartner an die Absprachen hielten. Es war zugleich eine sehr dynamische und kämpferische Demonstration. Massenhaft wurde auf ihr der Gehorsam gegenüber den Verboten der Symbole der kurdischen Freiheitsbewegung verweigert. Fahnen der PKK wurden offen und sogar auf der Bühne der Abschlusskundgebung gezeigt, tausende von YPG-Fähnchen prägten das Bild ganzer Blöcke mit. Gerade in Anbetracht der durch die Aufspaltungen des Bündnisses, aber auch durch das Verbot von Camps und eine mediale Angstkampagne sehr erschwerten Bedingungen ist dem linken Lager in Deutschland mit dieser Demo ein beachtlicher Mobilisierungserfolg gelungen. Blamiert stehen hingegen die spaltenden Großorganisationen mit ihren Kleinprotesten da.

### **Drittens. Der Riot – das vorhersehbare Problem**

Es war immer klar gewesen: Wer eine solche Tagung ausrichtet, der holt sich die Gewalt in die Stadt. Olaf Scholz' Entscheidung für Hamburg als Austragungsort des G20-Gipfels war auch seine Entscheidung für die heftigsten Riots in der Stadt seit Jahren. Denn Vermummte, die Scheiben einschlagen und Autos anzünden, traten seit dem WTO-Gipfel in Seattle 1999 bei fast allen großen Protesten gegen Zusammenkünfte solchen Formats in Erscheinung. Nach Hamburg kommen zu wollen, hatten entsprechende Gruppierungen schon frühzeitig angekündigt: Bereits Monate vor dem Gipfel gab es eine wahrnehmbare »militante Mobilisierung«, vor allem von anarchistisch-insurrektionalistischen sowie neomaoistischen

Strömungen. Und absehbar war auch, dass es während des Gipfels in der Schanze »knallen« würde: ziemlich regelmäßig kommt es dort im Anschluss an Demonstrationen und Stadteifeste zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Allerdings waren auch nach Polizeiangaben zum »schwarzen Block« auf der Demo am Donnerstag höchstens 2.000 statt der angekündigten (und von Politik und Medien im Vorfeld für eine massive Angstmache instrumentalisierten) 8.000 als »gewaltbereit« klassifizierte Vermummte gekommen. Die Chancen für einen relativ friedlichen Gipfelprotest standen also überraschend gut. Es war der Senat, der durch die Errichtung eines faktischen Ausnahmezustandes, es war die Polizei selbst, die durch völlig überzogene Repression die Stimmung tagelang immer weiter aufheizten und dadurch viel dazu beitrugen, dass es dann doch noch zu Ausschreitungen kam. Für einen Gipfelprotest in einer Großstadt fielen diese allerdings nicht ungewöhnlich heftig aus – da gab es zum G8-Gipfel in Genua 2001 ganz andere Szenen. Tatsächlich traten in Hamburg dann – allerdings offensichtlich relativ kleine – organisierte Gruppen in Erscheinung, die gewalttätigen Formen der Auseinandersetzung politisch viel abgewinnen können und daher auch gezielt anstreben. Vermutlich hätten sie dies auch unabhängig vom Agieren des Senates oder der Polizei getan. Dass sich aber neben ihnen auch bestenfalls rudimentär politisierte Jugendliche, die einfach »Bock auf Action« hatten, sowie zahlreichen betrunkenen Schanzengängern auch Menschen an den Ausschreitungen beteiligten, die eigentlich für einen friedlichen Protest angereizt waren, hat viel mit dem polizeistaatsähnlichen Agieren des Senates in den Tagen zuvor zu tun: die heftige Gewalterfahrung legitimierte in den Augen nicht weniger auch eine gewalttätige Antwort. Schaufensterscheiben kleiner Geschäfte einzuschlagen oder Kleinwagen anzuzünden ist indes wahrlich kein antikapitalistischer Akt, sondern schlichtweg bescheuert. Und Feuer in Läden in bewohnten Häusern zu legen, ist einfach nur unverantwortlich. Es sind solche Aktionen, die Politik und Medien nun das Diskreditieren des gesamten Protestes und überhaupt linker Politik erleichtern. Zum Glück fanden diese Riots aber zeitlich, geographisch und politisch in so großem Abstand zu den organisierten Protesten statt, dass weder dem Bündnis, noch der Linkspartei, noch den Postautonomen der Interventionistischen Linken irgendeine Verantwortung für oder Beteiligung an ihnen unterstellt werden kann. Und daher macht es auch keinen Sinn, sich von den Ausschreitungen in Altona und der Schanze zu distanzieren: das geht nur von Ereignissen, Maßnahmen, Gruppierungen etc.,



zu denen eine Nähe besteht. Die gab es ganz einfach nicht. Gleichwohl sind die Ausschreitungen zu verurteilen, weil sie kein zielführendes Mittel der politischen Auseinandersetzung sind, sondern dem Gipfelprotest insgesamt massiv geschadet haben: ohne diesen Riot hätte der Protest vermutlich die politische Sympathie einer Bevölkerungsmehrheit gefunden. Doch die Bilder des Massenprotestes wurden medial völlig überlagert von Bildern lodender Feuer. Ebenso wie die Bilder der zahlreichen Aktionen zivilen Ungehorsams. Dazu gehörten die Sitzblockaden auf den Zufahrtswegen des Gipfels wie auch das offensive Zeigen kriminalisierter Symbole der kurdischen Freiheitsbewegung. Doch all das tritt durch die Randal-Aktionen kleiner Grüppchen in den Hintergrund, und noch im Nachgang des Gipfels wird die dringend notwendige Diskussion über die strukturelle Gewalt der G20, über Polizeiübergriffe und Grundrechtsverletzungen von der Aufregung über »linke Gewalt« blockiert. Aufgabe linker Politik ist in Bezug auf Riots, die sozialen und politischen Ursachen in den Blick nehmen, die dazu führen, dass Menschen es für richtig halten, Steine auf Polizisten zu werfen, und sich an Plünderungen von Supermärkten zu beteiligen.

Nun wird von SPD/CDU/AfD und vielen Medien auf wenig überraschende Weise versucht, der gesamten Linken die Schuld an den Ausschreitungen in die Schuhe zu schieben. Dem gilt es standzuhalten – auch, indem auf die Mitverantwortung von Polizeiführung und Senat an der Eskalation hingewiesen wird.

#### **Viertens. Die polizeistaatsähnliche Repression – der Anteil des Senates an der Eskalation**

Tatsächlich unvorbereitet traf viele Gipfelgegner das Ausmaß der Polizeirepression während der gesamten Woche. Dabei hätte die Ernennung von Hartmut Dudde zum Einsatzleiter allen eine Warnung sein müssen: wie wohl kein anderer steht dieser Zögling des ehemaligen Hamburger Rechtsaußen-Senators Ronald Schill für Rechtsbrüche im Amt, für die berüchtigt-repressive »Hamburger Linie« und für ein brutales Vorgehen auch gegen friedliche Demonstrationen. Bereits kurz vor der eigentlichen Gipfelwoche hatte die Polizei die Stimmung mit Hausdurchsuchungen bei Aktivisten, die in einem Taz-Interview Straftaten gerechtfertigt haben sollen, kräftig angeheizt. Es folgten die rüde durchgesetzten Campverbote, die einer angeblich liberalen und weltoffenen Stadt

schlicht unwürdig waren. Nicht nur ging die Polizei dabei überaus brutal vor, sondern sie setzte sich auch eiskalt über Gerichtsentscheidungen hinweg. Viele konnten sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Exekutive die Urteile der Justiz schlicht scheißegal sind. Und viele empfanden die Verbote als Verletzung des Grundrechtes auf Versammlungsfreiheit. Die massiv hochgerüstet und erdrückend auftretende Polizei griff in der Woche mehrfach Journalisten an, ignorierte Gerichtsentscheidungen und schlug immer wieder und offensichtlich auch wahllos Menschen zusammen. Die ganze Woche über heizte die Repression die Stimmung an und trieb viele Leute in eine verzweifelte Wut. Der aus vielen Tausend Kehlen erklingende Ruf »Ganz Hamburg hasst die Polizei!« wurde zum wohl meistgerufenen Slogan der Protestwoche.

Der Protestforscher Simon Teune urteilt in der »SZ« (9.7.): »Die Ausschreitungen in Hamburg kann man ohne die Vorgeschichte nicht verstehen. Die Polizei hat von Anfang an Signale ausgesendet, dass Proteste in Hamburg keinen Raum haben. Sie hat die Übernachtungscamps nicht zugelassen. Sie hat eine Verbotzone eingerichtet, in der Protest nicht möglich sein sollte und am Donnerstag dann als Höhepunkt zerschlägt sie eine genehmigte Demonstration – aus nichtigen Gründen und in einer Form, die wahllos Menschen verletzt und gefährdet hat. Diese Vorgeschichte hat dazu geführt, dass die Leute, die die Polizei als Gegner sehen und ein Zeichen des Widerstands setzen wollen, angespitzt wurden.«

Manchen erschienen die Autonomen in dieser Situation sogar als Verteidiger des Rechtsstaates gegenüber der Polizei. So war in einem Kommentar des ARD-Magazins »Panorama« am 5.7. zu lesen: »Nun also: wilde Protestcamps überall in der Stadt gegen eine Polizei, die nicht vor einem Rechtsbruch zurückschreckt. Der Frontverlauf also offenkundig: Gut gegen Böse – besser kann man die militante Szene nicht unterstützen. Aus selbstgerechten Krawalltouristen sind die Retter des Rechtsstaats geworden. Danke, Polizei Hamburg!«<sup>1</sup>

Am 6. Juli ließ die Polizeiführung – sicherlich mit politischer Rückendeckung des Senates – die bis dahin völlig friedliche »Welcome to Hell«-Demonstration wegen ein paar Vermummungen noch vor dem Loslaufen so brutal zerschlagen, dass man froh sein konnte, dass es keine Toten gab.

Diese Zerschlagung einer angemeldeten, genehmigten und friedlichen Versammlung ist der eigentliche politische Skandal der Gipfelwoche und erinnerte viele an das Vorgehen in autoritären Regimen. Die große Mehrheit der Protestierenden reagierte allerdings sehr besonnen.

Dass sich so viele Menschen so engagiert gegen die zeitweilige Errichtung eines Polizeistaates und gegen staatliche Anschläge auf Demokratie und Versammlungsfreiheit wehrten, wie in der Hamburger Protestwoche, sollte jedem Demokraten Grund zur Freude sein.

Die staatlichen Verletzungen des Grundrechts der Versammlungsfreiheit während der Gipfelwoche müssen hingegen aufgearbeitet werden. Auch, weil sie ganz erheblich zur Eskalation am Freitag beitragen.

### **Fünftens. Der Ausblick – mit Selbstbewusstsein wieder in die Offensive kommen**

Bei dem auf den G20 folgenden Generalangriff auf die gesamte Linke tut sich insbesondere die SPD hervor – aus sehr durchsichtigen Motiven: damit niemand mehr von den von ihr mitverantworteten Grundrechtsverletzungen und Polizeiübergriffen spricht, klagt sie in geradezu hysterischer Weise die Partei Die Linke als »parlamentarischen Arm des schwarzen Blocks« an. Die Rote Flora wird mit einer Räumung bedroht, dem Gängeviertel sollen Fördergelder gestrichen werden, durch einen massiven Distanzierungsdruck soll die radikale Linke von ihren gesellschaftlichen Bündnispartnern isoliert werden. Das politisch-mediale Trommelfeuer wird noch eine Weile andauern, sich dann aber wieder legen, so wie die Rauchschwaden über der Schanze. Vielleicht tauchen Belege auf, dass auch dieses Mal wieder Zivilpolizisten und V-Leute des Verfassungsschutzes an den Krawallen beteiligt waren, so dass die Debatte eine andere Richtung bekommt. All das ist schwer abzusehen. Klar ist nur, dass in der jetzigen Situation nur Standfestigkeit und Offensive helfen. Unter umgekehrten Vorzeichen sollten wir die gleiche Taktik wählen, die von der SPD angewendet wird: Angriff ist die beste Verteidigung. Denn Die Linke hat sich überhaupt nichts vorzuwerfen. Sie ist die einzige Partei, die immer dagegen war, den G20 nach Hamburg zu holen. Alle Aktionen, die aus dem Bündnis, an dem sie beteiligt war, vorbereitet wurden, verliefen so, wie sie angekündigt waren: entweder völlig friedlich oder im Rahmen von kleineren Regelverletzungen eines zivilen Ungehorsams. Die Verantwortung für die gewalttätige Eskalation ist nicht bei denen zu suchen, die friedliche Proteste organisierten. Diese Verantwortung tragen ganz wesentlich der Senat und die Polizeiführung.

Wir sollten den Finger auf die Verantwortlichen richten, und Konsequenzen fordern. Die Partei Die Linke hat daher bereits den Rücktritt von Innensenator Andy Gro-

te gefordert. Eigentlich müsste auch Olaf Scholz seinen Hut nehmen: wer angemeldete und friedliche Versammlungen brutal zerschlagen lässt, wer das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit missachtet, wer die Sicherheit von Despoten über die Sicherheit der eigenen Bürger stellt, sollte nicht länger im Amt bleiben.

Es ist alles dafür zu tun, dass öffentlich über den Erfolg des Großprotestes gesprochen wird – und zugleich über das unvorstellbare, polizeistaatsartige Vorgehen gegenüber den Protesten. Laut einem von Spiegel Online veröffentlichtem »Wahlrend« vom 11.7. findet ein Viertel der Befragten den Polizeieinsatz zu hart. In Hamburg dürften diese Zahlen noch höher liegen. Das Entsetzen über das Vorgehen der Polizei ist bis weit ins linksliberale Milieu hinein groß. Die Partei Die Linke sollte jene Kraft sein, die diesem Entsetzen als sozialistische Bürgerrechtspartei politischen Ausdruck verleiht, die Demokratie und Grundrechte konsequent einfordert und deren Verletzung vehement thematisiert.

Nötig ist eine linke Gegenerzählung zum Hamburger G20, quer zum gegenwärtigen Mainstream. Eine Erzählung unserer Erfolge, die der Reduktion eines Massenprotestes auf Ausschreitungen entgegenhalten werden kann. Eine Erzählung der Repression, die Polizeigewalt und Grundrechtsverletzungen skandalisiert. Eine Erzählung des Scheiterns der Gegenseite, deren Gipfel ohne Ergebnis blieb und deren Versprechen über die Auswirkungen des Gipfels auf Hamburg sich als substanzlos erwiesen.

In Hamburg wurde zehntausendfacher Protest gegen die Weltordnung der G20, gegen Kapitalismus, Krieg und Klimawandel sichtbar, wurden Grundrechte entschlossen und massenhaft in Anspruch genommen und verteidigt. Oder, wie die Interventionistische Linke schreibt: es ist eine »rebellische Hoffnung«, die von diesen Tagen ausgeht. Der größte Gipfelprotest der deutschen Geschichte kann der LINKEN auch für die Bundestagswahl reichlich Rückenwind geben – wenn die Partei gegenüber der Hetze der politischen Gegner nicht einknickt, sondern standhaft, selbstbewusst und aufrecht unseren Erfolg verteidigt.

### **Dr. Florian Wilde**

Der Autor arbeitete vor und während des Gipfels als G20-Kampagnenreferent für die Linksfraktion der Hamburgischen Bürgerschaft.

---

1 <http://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/G20-will-die-Polizei-Hamburg-in-Schutt-und-Asche,gzwanzig140.html>

# Steigbügelhalter

## Die Unionsparteien haben in der Flüchtlingspolitik zum Aufstieg der AfD beigetragen

Am Wahlabend übten sich Vertreter der Noch-Regierungsfraktionen in Abgrenzung zur AfD. Die SPD bemühte gar den Widerstand gegen den Aufstieg der Nazis, während CDU und CSU empört über die AfD redeten, als stünde ihre Politik den rassistischen Wahnideen der AfD so fern. Doch die Wahlergebnisse haben deutlich gemacht, dass die Unionsfraktionen durch ihre Stimmungsmache gegen Schutzsuchende in der zweiten Hälfte der letzten Legislaturperiode viel zum gesellschaftlichen Klima beigetragen haben, von dem die AfD profitiert hat.

Infolge der Eskalation des Syrienkrieges, aber auch weil die Hilfen für Flüchtlinge in den Camps in den Nachbarländern zurückgingen, stieg ab Frühjahr 2015 die Zahl der in Deutschland neu ankommenden Flüchtlinge sprunghaft an. Als sich im September 2015 verzweifelte Flüchtlinge in Ungarn an den Bahnhöfen stauten, ließ Angela Merkel sie nach Abstimmung mit Österreich über Wien einreisen. Die »Willkommenskultur« war in aller Munde. Doch das scheinbar freundliche Gesicht Deutschlands entpuppte sich als janusköpfig. Denn während viele ehrenamtlich Engagierte sich tatsächlich unermüdlich für eine humanitäre Aufnahme der Schutzsuchenden einsetzen, wurde auf politischer Ebene längst an weiteren Verschärfungen des Asylrechts und Abschottungsmöglichkeiten gefeilt. Rechtspopulisten, Nazis und sogenannte »besorgte Bürger« aber auch Politiker vom rechten Rand der

Unionsparteien nahmen die ansteigenden Flüchtlingszahlen zum Anlass für fremdenfeindliche Hetze.

So goss im Oktober 2015 Bundesinnenminister Thomas de Maizière öffentlich Wasser auf die Mühlen der Rechtsextremen, als er behauptete, 30 Prozent der ankommenden Flüchtlinge würden nur vortäuschen, aus Syrien zu stammen – Das war glatt gelogen, denn bis August 2015 waren überhaupt nur 116 Pässe von Syrern als falsch oder manipuliert beanstandet worden. Obwohl Zahlenangaben der Bundesregierung in der Flüchtlingspolitik mit erstaunlicher Regelmäßigkeit etwa durch parlamentarische Anfragen der Opposition widerlegt wurden, folgten in kontinuierlichem Rhythmus

Falschbehauptungen, so zu »Gefälligkeitsattesten« von Ärzten, die Abschiebungen verhinderten oder einem vermeintlichen Handel mit falschen Vaterschaftsanerkennungen zur Aufenthaltsrechtserlangung. Auch auf juristischer Ebene wurde mit einem Stakkato flüchtlingsfeindlicher Gesetze nachgezogen. Insbesondere mit dem Asylpaket II im März 2016 sowie dem Gesetz »zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht« im Mai 2017 manifestiert sich die zunehmende Aufspaltung von Flüchtlingsgruppen in »gute« und »schlechte« Flüchtlinge, in solche mit guter Bleibeperspektive und andere aus vermeintlich sicheren Herkunftsstaaten. Diese Gesetze diskriminieren vor allem Schutzsuchende aus den Westbalkanstaaten, darunter viele verfolgte Roma. Von AfD-nahen Kreisen wurden sie aufgegriffen, um gegen sogenannte »Scheinasylanten« und deren Unterbringung zu hetzen. Statt auf der Unteilbarkeit des Grundrechts auf Asyl zu bestehen, goss die Bundesregierung Ressentiments in Gesetzestexte. Zur Legitimierung der flüchtlingsfeindlichen Gesetzesverschärfung »zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht« verbreitete das Bundesinnenministerium völlig überhöhte Prognosen zu angeblich Ausreisepflichtigen. Im Oktober 2016 wurde in einem Referentenentwurf von angeblich 100.000 weiteren Ausreisepflichtigen bis zum Ende des Jahres 2016 ausgegangen. Mit derartigen Szenarien wurden Mitte 2017 weitere erhebliche Gesetzesverschärfungen begründet. Dabei ist die Zahl der Ausreisepflichtigen, anders als vorhergesagt, zwischen Juni 2016 bis Juni 2017 fast gleich geblieben: Es gab lediglich einen geringfügigen Zuwachs von 221.000 auf 229.000. Das ist angesichts von Hunderttausenden Asylbescheiden ein extrem geringer Wert.

Der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl (CDU) sagte im Dezember 2016 sogar: »Wir können nicht 500.000 Ausländer ohne Bleiberecht in unserem Land dulden.« Ins gleiche Horn stößt die AfD, deren Spitzenkandidatin Alice Weidel von angeblich 630.000 abgelehnten Asylsuchenden sprach, indem sie kurzerhand und unsinniger Weise die Zahl der Ausreisepflichtigen aus mehreren Jahren addierte. Diese haben aber

inzwischen zu 78 Prozent eine Aufenthaltserlaubnis erlangt. Auch die Bundeskanzlerin schwadronierte von einer »nationalen Kraftanstrengung bei Rückführungen« abgelehnter Asylbewerber. Mit dieser Wortwahl hat sie der AfD alle Ehre gemacht. In Wahrheit war die Zahl der Ausreisepflichtigen nicht nur kaum angestiegen. Bei einem Großteil der als ausreisepflichtig Geltenden liegen zudem gute Gründe vor, dass sie nicht abgeschoben werden dürfen. Dies ist etwa der Fall, weil ihnen von ihren zum Teil nur angenommenen Herkunftsstaaten keine Papiere ausgestellt werden, weil sie krank sind oder weil ein Abschiebeverbot besteht.

Die Bundestagswahlen haben es noch einmal deutlich gezeigt: der Versuch der CSU, mit rechter Stimmungsmache keine Partei rechts neben sich emporkommen zu lassen, führte in Wahrheit zu einem Erstarken der AfD in Bayern und gravierenden Verlusten der CSU. Auch für Bundesinnenminister de Maizière zahlte sich seine harte Linie nicht aus. In seinem eigenen Wahlkreis wurde die CDU von der AfD überholt. Doch wie sieht es nach den Wahlen aus? Haben die Parteien aus ihren Fehlern gelernt? Offensichtlich nicht. Ihre Forderung, den Familiennachzug für subsidiär geschützte Flüchtlinge über 2018 hinaus auszusetzen, bezeichnet die CSU in Hinblick auf kommende Koalitionsverhandlungen als »nicht verhandelbar«, ebenso den Ruf nach einer »Obergrenze« für Flüchtlinge. Letzteres ist ein klarer Angriff auf das Grundrecht auf Asyl und suggeriert, dass das »Boot voll« ist. Eine verbale Abgrenzung der Union von der AfD wird dadurch zur Makulatur, dass CDU/CSU sich in ihrem Diskurs, vor allem aber auch praktisch durch die Unterstützung einer massiven Abschottungspolitik bis hin zur Errichtung von Flüchtlingslagern im Bürgerkriegsland Libyen und der Zusammenarbeit mit den Menschenhändlern der libyschen Küstenwache gegen Geflüchtete an den Forderungen der Rechtsaußenpartei orientierten. Während die Unionsfraktionen in der Regierung als Einpeitscher gewirkt haben, muss sich die SPD vorwerfen lassen, dass sie den asylgesetzlichen Grausamkeiten der letzten Legislaturperiode zugestimmt hat. Dabei hat sie sich immer wieder opportunistisch in Sachen Familiennachzug von der Union über den Tisch ziehen ließ, statt klare Kante für Grundrechte und insbesondere die Rechte der Flüchtlinge zu zeigen. Insofern trägt auch sie eine Mitverantwortung für die systematische Verschiebung des Diskurses nach rechts.

Die Wahlen haben gezeigt, dass die durch den Alarmismus der Bundesregierung aufgehetzten Menschen offensichtlich lieber die offenen Rassisten wählen, als

diejenigen, die sich diesen anbieten. Die Wurzeln des braunen AfD-Sumpfes liegen nicht nur in der extremen Rechten, sondern vor allem auch in den Unionsparteien – Personen wie die neu gewählten Bundestagsabgeordneten Alexander Gauland und Martin Hohmann stehen dafür exemplarisch. Diese Wurzeln wurden und werden aber weiterhin genährt von Unions-Politikern wie Strobl oder de Maizière. Sie hetzen nicht aus Opportunismus, sondern aus Überzeugung. Das Argument des Bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer, die »rechte Flanke schließen« zu wollen, ist taktisch und zielt darauf ab den rechten Diskurs immer weiter hoffähig zu machen. Das ist offensichtlich, denn diese Strategie hat schon seit den Pogromen der 1990er Jahren immer wieder zu neuen Wahlsiegen, nicht der Union, sondern von Rechtsextremen geführt, begleitet von einer allgemeinen Rechtsentwicklung. Dass die Sozialdemokratie auf diesem Weg seit dem Großangriff aufs Asylrecht 1993 immer wieder willfährig sekundierte, hat zu ihrer heutigen Misere beigetragen.

All dem gegenüber muss sich DIE LINKE. weiterhin entschlossen an der Seite der Schutzsuchenden positionieren. Diese Positionierung war und ist kein Fehler, wie auch einzelne Stimmen innerhalb der LINKEN. nach der Bundestagswahl suggerieren, sondern menschliche Notwendigkeit und politische Folgerichtigkeit. Denn Flucht und Migration sind Konsequenzen der globalen ökonomischen Ungleichheit, von der Länder wie Deutschland dauerhaft profitieren. Die deutsche Politik trägt zudem mit Rüstungsexporten und Bundeswehrein-sätzen im Ausland sowie dem Schulterchluss mit Autokraten wie dem türkischen Präsidenten Erdogan selbst zur Vertiefung von Fluchtgründen bei, anstatt Fluchtursachen ernsthaft zu bekämpfen.

Andererseits spitzt sich auch in Deutschland als eigentlich reichem Land die soziale Frage immer weiter zu. Aber daran sind nicht Flüchtlinge schuld, wie die völkischen Hetzer der AfD behaupten, sondern dasselbe kapitalistische System, das weltweit Millionen in die Flucht treibt, Kriege verursacht und die menschliche Lebensgrundlage zerstört. DIE LINKE. muss daher wesentlich größere Anstrengungen zur Vermittlung dieser Positionen unternehmen, damit nicht Flüchtlinge gegen Erwerbslose oder deutsche Arbeiter gegen Migranten ausgespielt werden.

**Ulla Jelpke**

Mitglied des Deutschen Bundestages

# Wir schaffend das! Lösungsversuche von »links«.

## Erste Erfolge und immer neue Fragen

### **1. Seit Dezember 2016 gibt es in Berlin eine Landesregierung von drei Parteien: Grüne, SPD und Linke. Du bist Senatorin für Integraion, Arbeit und Soziales, wie fällt eine erste Zwischenbilanz Deines Mitregierens aus?**

Ich bin nach den ersten neun Monaten zufrieden: ich habe sofort damit begonnen die Turnhallen und prekären Unterkünfte, in denen die Flüchtlinge untergebracht waren, frei zu ziehen. Bei meinem Amtsantritt lebten etwa 20 Tsd. Menschen in Notunterkünften, jetzt sind es noch 8.300. Hier haben wir viel geschafft, aber wir wissen, es liegt auch noch viel vor uns. Darüber hinaus haben wir den Landesmindestlohn auf 9 Euro erhöht. Mit der Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes zur Partizipation und Integration der Geflüchteten haben wir – meine Staatssekretäre und ich – begonnen. Die AV Wohnen (Ausführungsvorschrift Wohnen) in der die Kosten der Unterkunft für Menschen die Transferleistungen beziehen, geregelt sind, befindet sich in der Abstimmung im Senat und wir haben einen Haushaltsentwurf für die nächsten zwei Jahre vorgelegt. Ich finde das ist schon eine ganze Menge.

### **2. Was macht eine »linke« Senatorin anders als ihr Vorgänger von der CDU? Was gelingt, wo hapert es noch?**

Ich habe nicht lange gehadert, sofort entschieden und gehandelt. Mein Team und ich wollten und wollen schnell spürbare Verbesserungen für die Berliner\*innen. Dabei war und ist die Verbesserung der Lebenssituation der Geflüchteten eine besondere Herausforderung. Hier haben wir schon viel erreicht, aber hier hapert es auch noch. Neben den Problemen bei der Unterbringung, gestaltetet sich auch der Zugang zu Ausbildung und Arbeit schwierig. Wir brauchen ein Gesamtkonzept, sonst wurschteln die vielen Akteur\*innen in der Flüchtlingshilfe alleine vor sich hin. Diese notwendige Koordina-

tion und Abstimmung zwischen Bezirken, anderen Senatsverwaltungen und Behörden, Unterstützer\*innen, Sozialpartner\*innen, Wohlfahrtsverbänden und vielen anderen ist notwendig, aber eben auch langwierig.

### **3. Zum Stand der Beseitigung von Notunterkünften in Berlin, was macht dauerhafte Lösungen in der Hauptstadt schwerer als anderswo in Deutschland?**

Notunterkünfte sind nicht immer gleich prekäre Unterkünfte, wie z.B. Turnhallen. In manchen Notunterkünften müssen nur Küchen eingebaut werden, damit sie in Gemeinschaftsunterkünfte umgewandelt werden können. Bei andern sind umfassende und teure Umbauten nötig, wieder andere sind gänzlich ungeeignet.

Wir wollen eigentlich, dass geflüchtete Menschen ein eigenständiges Leben in Wohnungen führen können. Unser größtes Problem ist die Wohnungsnot. Es fehlen bezahlbare Wohnungen, auf die viele Menschen in Berlin, auch die Geflüchteten, angewiesen sind. Insofern müssen viele in Not- und Gemeinschaftsunterkünften bleiben.

Gleichzeitig haben wir in Berlin andere Strukturen als in Flächenländern. Dort betreibt die Landesebene die Erstaufnahmeeinrichtungen, die geflüchteten Menschen werden danach auf die Kommunen verteilt, die dann auch für Unterbringung zuständig sind. In Berlin wechseln die Geflüchteten zwar auch in den Verantwortungsbereich der Bezirke oder Jobcenter, aber die Unterbringung erfolgt dann immer noch über das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das zu meinem Bereich gehört. Was die Unterbringung angeht, ist dies für mich als Senatorin komplizierter. Zur Umsetzung von Unterstützungsmaßnahmen für Geflüchtete sind unsere Strukturen einfacher, schon weil wir kürzere Wege haben als in den Flächenländern.

### **4. Möglichkeiten und Grenzen des Handelns einer Landesregierung. Potenzen für eigenver-**

### **antwortliches Handeln und die Grenzen durch bestehende gesetzliche Festlegungen. Was sollte geändert werden – bei der bestehenden Gesetzeslage und in der täglichen Praxis?**

Die Grenzen einer Landesregierung liegen bei der Bundesgesetzgebung. Bundesgesetze sind für alle gültig, hier gilt es Spielräume auszuloten.

Wenn z. B. EU Bürger\*innen ihr Recht auf Arbeitnehmerfreizügigkeit wahrnehmen, in Berlin straucheln, auf der Straße landen und keinen Anspruch auf staatliche Leistungen haben, dann kann ich diese europarechtlichen und bundesgesetzlichen Regelungen nicht ändern. Als Sozialsenatorin kann ich aber dafür sorgen, dass es ein Beratungsangebot gibt, das unterstützt und die Betroffenen vor Arbeitsausbeutung bewahrt. Ich bin für Obdachlose verantwortlich und versuche hier auch Angebote zu schaffen, dass die Menschen vor dem Kältetod bewahrt. Letztlich geht es darum Spielräume bei der Umsetzung unzureichender Bundesgesetze zu suchen und zu nutzen.

Ich bin als Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales an vielen Stellen darauf angewiesen, dass Bundesgesetze geändert werden und dazu hat meine Partei umfassende Vorschläge gemacht. Prekäre Arbeitsverhältnisse müssen abgeschafft werden, denn die Menschen können davon nicht leben und auch im Alter leben sie in Armut. Wir brauchen legale Fluchtwege für Menschen in Not. Der Familiennachzug für Geflüchtete muss gewährleistet sein. Diese Regelung ist nicht nur zutiefst inhuman, sie führt auch dazu, dass die Geflüchteten hier dauerhaft Fuß fassen und sich eine Lebensperspektive aufbauen können. Vieles könnte verbessert werden, wenn wir eine Gesetzgebung hätten, die Menschen, ihre Lebens- und Berufsperspektive und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt. Davon sind wir weit entfernt. Für mich als Senatorin ist es schon schwierig zu gestalten, aber für die Menschen die davon betroffen sind – unabhängig von der Herkunft – geht es oft um die Existenz.

**5. Zur Erinnerung: wir haben im Rundbrief/2016 ein Interview mit Sarah Fingarow, Jens Braumann und Christian Schwinge abgedruckt. Sicher gibt es uneingeschränkt Respekt der Senatorin für den Einsatz dieser und so vieler anderer Helfer, der Ehrenamtlichen wie der Verantwortungsträger. Wo liegen derzeit in Berlin Schwerpunkte einer besseren Koordinierung ihres Wirkens?**

Ich bin den Unterstützer\*innen für ihr Engagement sehr dankbar. Sie haben in Berlin und anderswo dafür gesorgt, dass die Geflüchteten aufgenommen wurden und Unterstützung erhalten haben. Ohne die Zivilgesellschaft hätten wir noch größere menschliche Tragödien erlebt. Bis heute sind die Unterstützer\*innen zentral wichtig und deshalb gibt es in der Zwischenzeit auch für sie Angebote.

Es gibt Flüchtlingskoordinator\*innen in allen Bezirken, die auch die verschiedenen Unterstützungsstrukturen koordinieren. Die Bezirke haben zusätzliche Mittel erhalten, um Projekte zu unterstützen und auch die Stadtteilzentren haben die Willkommensarbeit ausgebaut. Diesen Weg werden wir weiter gehen. Wir brauchen keine zentralen Strukturen, die Geflüchteten brauchen dort Unterstützung wo sie leben und das sind sie Bezirke.

### **6. Welche Potenzen und Grenzen der Mitwirkung von Geflüchteten an der Verbesserung ihrer sozialen Situation gibt es?**

Geflüchtete sind Menschen in Not, die hier Aufnahme und Schutz suchen. Es geht also in erster Linie darum, wie wir Unterstützung, Beratung und Hilfe organisieren. Also, Rahmenbedingungen, die es ihnen ermöglichen an der Gesellschaft teilzunehmen und die wir dabei unterstützen sich eine Lebensperspektive aufzubauen. Für diese Rahmenbedingungen ist die Politik verantwortlich, aber auch die Gesellschaft insgesamt. Wir haben nicht in erster Linie das Problem, dass sich die Geflüchteten verweigern, wir haben vielmehr das Problem eines gesellschaftlichen Rechtsrucks, der die Ausgrenzung der Geflüchteten forciert. Auch deshalb müssen die Geflüchteten ebenso gestärkt werden, wie die Unterstützungsstrukturen, sowohl Haupt- und Ehrenamtliche.

### **7. Zu den aktuellen Schwerpunkten der Flüchtlingsfrage in Berlin.**

Als erstes müssen wir weiterhin die Unterbringung der geflüchteten Menschen verbessern, ebenso wie den Zugang zu Ausbildung und Arbeit. Gleichzeitig erarbeiten wir gerade ein Gesamtkonzept zur Partizipation und Integration Geflüchteter. Daran sind alle Senatsverwaltungen ebenso wie Bezirke und die unterschiedlichen anderen Akteure beteiligt.

**8. Eine generelle Frage ist wohl die Verbesserung der sozialen Situation in den Heimatländern. Was kann Berlin dazu beitragen?**

Berlin kann direkt nichts zu Verbesserung in den Heimatländern beitragen, das sind eher Fragen die auf bundespolitischer Ebene angegangen werden müssen. Die Hauptaufgabe der Bundesländer und der Kommunen ist die Integration der Geflüchteten, die zum großen Teil dauerhaft hier leben werden.

**9. Als ein gesellschaftliches Problem zeigt sich, die Menschen in Berlin zu einem tiefgreifenden Umdenken anzuregen, das Zusammenleben mit Geflüchteten als Chance und Bereicherung für das eigene Leben anzunehmen.**

Berlin ist schon jetzt eine multinationale und vielfältige Stadt. Für die meisten Berliner\*innen gehört dies zum Alltag. Ich sehe meine Aufgabe in erster Linie darin, diese Vielfalt zu stärken und Maßnahmen zu entwickeln, die Diskriminierungen abbauen und soziale Gerechtigkeit für alle stärkt. Vieles davon müsste auf Bundesebene geändert werden, aber auch auf Landesebene gibt es

Spielräume mit denen sich die gesellschaftliche Teilhabe verbessern lässt. Z. B. durch die Stärkung der Stadtteilzentren, des Ausbaus unterschiedlicher Beratungsstrukturen, u.ä. Wichtig ist es insgesamt demokratische Strukturen zu stärken, um auch dem anwachsenden Rassismus und Rechtsextremismus entgegenzutreten. Hier haben wir in Berlin viele Erfahrungen, z. B. mit der Arbeit der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus oder Reach out. Solche Projekte stärken durch ihr Engagement demokratische Strukturen vor Ort oder unterstützen Opfer von rassistischen und rechtsextremen Übergriffen. Die Finanzierung dieser Arbeit durch Landesmittel ist auch eine klare Positionierung des Senats und der Politik. Und auch darum geht es: Politik muss sich eindeutig für die Vielfalt der Gesellschaft positionieren, Demokratie stärken und dazu gehört auch Rassismus und Rechtsextremismus entgegenzutreten.

**Elke Breitenbach**

Berliner Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales

Fragen: Horst Helas



# Historische Chance verstrichen

## Die Bundesanwaltschaft plädiert im Prozess gegen den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) kontrafaktisch

Es kann niemanden überrascht haben, dass das Ende Juli endlich – nach über vier Jahren Prozess und 375 Verhandlungstagen – beginnende Plädoyer der Bundesanwaltschaft (BAW) im NSU-Prozess nur wiederholt, was schon Ende 2012 in ihrer Anklageschrift als unumstößliche Wahrheit verkündet worden war. Beim NSU habe es sich, so steht es in der Anklageschrift, um eine »bestmöglich nach außen abgeschottete« und von »ihren bisherigen Freunden weitgehend abgekapselte« terroristische Vereinigung gehandelt. Dass das seit geraumer Zeit widerlegt ist, kümmert die BAW offensichtlich nicht, ist es doch ihre Aufgabe, den Staat vor allzu frechen Nachfragen zu schützen.

Insofern konsequent insistierte der Sitzungsvertreter des Generalbundesanwalts im NSU-Prozess, Herbert Diemer, bereits im Mai darauf, dass die Hauptangeklagte Beate Zschäpe und ihre beiden jetzt toten »Kameraden« Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, »um eine Entdeckung zu vermeiden, (...) ihren Kontakt in ihr früheres Umfeld auf das Nötigste« beschränkt hätten. Diemer wollte mit dieser Konstruktion einmal mehr die Befassung des Münchener Oberlandesgerichts mit dem mutmaßlich mehrere Dutzend, wenn nicht gar Hunderte Helfer\_innen umfassenden Unterstützungsnetzwerkes des NSU abbiegen.

Nebenklageanwält\_innen der Hinterbliebenen der Opfer der neun rassistischen NSU-Morde, eines Polizistinnenmordes, der Opfer zahlreicher Mordversuche, der drei Bombenanschläge und der 15 Raubüberfälle hatten den Beweisantrag gestellt, einen weiteren, erst jüngst enttarnten Informanten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) als Zeugen zu hören. Dabei ging es um die Frage, welche Kontakte er, der V-Mann »Nias«, zum mit V-Leuten dicht besetzten Umfeld des NSU gehabt hatte. Immerhin war Stephan Lange, alias »Nias«, mal der Chef der Deutschland-Division des neonazistischen Netzwerkes Blood & Honour gewesen und hatte zahlreiche Kontakte in die thüringischen und sächsischen Kreise dieser Organisation, die den NSU nach dem Untertauchen unterstützten.

In diesem Zusammenhang hatte Diemer mehrere offenbar in Stein gemeißelte Wahrheiten der Bundesanwaltschaft noch einmal wiederholt und einen Einblick erlaubt in das, was die Öffentlichkeit vom Plädoyer der Behörde zu erwarten hatte: Es gebe keine Anhaltspunkte, dass das BfV die Aufklärung des NSU-Komplexes bewusst torpediert hätte, ließ Diemer die staunenden Zuhörer\_innen wissen. Denn es sei »vielmehr so, dass die Ermittlungen in diesem Verfahren durch geheimdienstliche Informationen wesentlich gefördert wurden und die Aufdeckung ohne geheimdienstliche Informationen nicht möglich gewesen wäre«.

Wie ungeheuer dreist diese Behauptung die Wirklichkeit auf den Kopf stellt, kann jede\_r ermessen, der oder die sich die zahllosen Skandale ins Gedächtnis ruft, die angesichts der Obstruktions- und Vertuschungspolitik der Verfassungsschutz genannten Inlandsgeheimdienste – 17 an der Zahl – zutage gefördert wurden.

Zu erinnern wäre vor allem an den BfV-Mitarbeiter »Lothar Lingen«, der vor dem zweiten Bundestagsuntersuchungsausschuss zum NSU mit seiner eigenen Aussage konfrontiert, einräumen musste, schon sechs Tage nach dem Auffliegen des NSU angeordnet zu haben, Akten mit NSU-Bezug zu vernichten. Und zwar eingestandenmaßen, um unangenehme Fragen von seinem Amt fernzuhalten. Im »Lingen«-Fall hatte die BAW das Gericht und die Öffentlichkeit auch nachweislich belogen. In Folge dieser initialen Vertuschung wurden in mehreren Verfassungsschutzbehörden einige Hundert Akten von NSU-Relevanz beiseite geschafft.

### Fliegengesumm im Ohr

Schon im Mai hatte Diemer mit der Gravität der staatlichen Behörde und in der ihm eigenen gepflegten Rüpelfhaftigkeit jene als »sogenannte NSU-Experten« beschimpft, die »skandalträchtige Spekulationen« in die Welt setzten. In einer Art Vorwort zum Schlussvortrag der Bundesanwaltschaft Ende Juli legte er noch einmal

nach und bezeichnete die Kritiker\_innen der BAW, die seinen nicht mehr ganz frischen, aber für ihn unumstößlichen Schlussfolgerungen nicht folgen wollen, als »Irrlichter« und »Fliegengesumm im Ohr«. Dass die starren Thesen der Bundesanwaltschaft durch ständige Wiederholung nicht an Stichhaltigkeit gewinnen, sondern sogar vom Bundestagsuntersuchungsausschuss in Frage gestellt werden, stört Diemer und seine beiden Kolleg\_innen im NSU-Verfahren offenbar wenig.

Sie behaupten einfach und kontrafaktisch das Gegenteil: Oberstaatsanwältin beim Bundesgerichtshof, Anette Greger, nutzte die Gelegenheit des BAW-Plädoyers denn auch kurzerhand, um den aktiven Teil der Nebenklagevertretung im Sinne der Theorie der isolierten Drei-Personen-Zelle zu beleidigen und die Betroffenen der NSU-Verbrechen für dumm zu verkaufen. Sie sagte: »Eine Existenz von rechten Hintermännern an den Tatorten, die einige Rechtsanwälte ihren Mandanten offensichtlich versprochen hatten, hat sich bislang weder in den seit sechs Jahren laufenden Ermittlungen und der Hinweisbearbeitung, noch in der 360-tägigen Beweisaufnahme ... noch in den breit angelegten Beweiserhebungen der zahlreichen Untersuchungsausschüsse bewahrt.«

Das hört sich gut an, stimmt nur leider nicht: Der zweite NSU-Bundestagsausschuss betont im Abschlussbericht und auch in der Anhörung dazu im Bundestag genau das Gegenteil, dass nämlich die BAW durchaus nicht ausermittelt habe, was zu ermitteln gewesen wäre. Auf Seite 947 des 1.800 Seiten starken Berichts vom Juni

diesen Jahres heißt es etwa, dass »der Zeitdruck, unter dem die Ermittlungen ... standen, mit dazu beitrug, das Ermittlungskonzept frühzeitig eng zu fassen. Zwar mag eine zügige Anklageerhebung nicht mit langwierigen Ermittlungen zu bundesweit agierenden Neonazi-Netzwerken vereinbar gewesen sein. Allerdings wäre nach Anklageerhebung eine breitere Ermittlungskonzeption möglich und aus Sicht des Ausschusses auch geboten gewesen. Schließlich stand und steht nicht fest, dass es keine weiteren strafbaren Unterstützungsleistungen gegeben hat.«

Wenn also Oberstaatsanwältin Greger im Fortgang des Plädoyers theatralisch ausruft, die Angeklagte Beate Zschäpe habe die »historische Chance« verstreichen lassen, die Fragen der NSU-Betroffenen zu beantworten, so muss sich die BAW die Gegenfrage gefallen lassen: ob sie es nicht genauso macht, indem sie – wider besseren Wissens und entgegen dem Aufklärungsversprechen der Bundeskanzlerin – das NSU-Netzwerk herunterspielt und staatliche »Verstrickungen«, insbesondere des Verfassungsschutzes, kategorisch leugnet.

### **Friedrich Burschel**

ist Beobachter im NSU-Prozess für die Rosa-Luxemburg-Stiftung und den nicht-kommerziellen Lokalsender Radio Lotte Weimar und unterstützt mit seiner Arbeit NSU-Watch

# Vorwärtsverteidigung

## Wehrmächtsdiskussion in der Bundeswehr: Die Modernisierung der Traditionspolitik von oben dient der Kriegführungsbereitschaft.

Klagen über falsche »Toleranz« der Bundeswehr gegenüber Neonazis und über Wehrmächtskult in der Truppe sind im Prinzip nichts Neues. Von Seiten der Friedensbewegung und von Antifaschisten wird solche Kritik seit Jahrzehnten geübt, und die Bundeswehr selbst sorgt verlässlich dafür, dass der Skandalstoff nicht ausgeht. Aber in diesem Frühjahr war einiges anders: Auf einmal wurde die Truppe von ganz oben geschurigelt. Auslöser war die Affäre um den rechtsextremen Offizier Franco A., der sich als syrischer Asylsuchender getarnt hatte, offenbar in der Absicht, einen Terroranschlag zu begehen und dann Flüchtlingen in die Schuhe zu schieben. Dabei kam heraus, dass Franco A. erstens kein Unbekannter ist, sondern schon vor Jahren mit einer völkisch »inspirierten« Masterarbeit aufgefallen war, ohne dass dies in der Personalakte vermerkt oder dem MAD mitgeteilt wurde. Zweitens wurde im Zuge der Aufklärung der Affäre auch der Umgang mit Wehrmächts-Reliquien in der Truppe diskutiert. Das »Fehlverhalten« war nicht mehr zu kaschieren. Aber anstatt, wie es bei früheren Skandalen dieser Art stets gehandhabt wurde, von »Einzelfällen« zu reden, warf Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen den Vorgesetzten des 28-jährigen Soldaten vor, sie hätten ihre Verantwortung nicht wahrgenommen und die Haltung des Soldaten »aus falsch verstandenem Korpsgeist schöngeredet«. »Es wird weggeschaut. Das gärt dann, bis es zum Eklat kommt. Und das ist nicht in Ordnung«, so von der Leyen, die ausdrücklich von einem »Haltungsproblem« in der Bundeswehr sprach.

Bundesweit wurden in Kasernen Gegenstände mit Wehrmächts-Bezug – insbesondere Helme, Schusswaffen und Bilder – gesucht und z. T. entfernt. Bundesweit stehen jetzt Kasernennamen mit Wehrmächts-Bezug auf der Prüfliste. Beliebte machte sich von der Leyen damit in der Truppe nicht. Der Bundeswehrverband schmolte, man verstehe nicht, »warum sich die Ministerin nach dreieinhalb Jahren im Amt nun quasi auf die Tribüne zurückzieht und pauschal über die Truppe urteilt.« Das Telefon im Büro des Verbandes stehe nicht

mehr still, etliche Soldaten seien schwer verunsichert ob der Anwürfe.

### **Geht jetzt also endlich der große antifaschistische Ausputz in der Bundeswehr los?**

Da sei zunächst ein auf tagesschau.de anonym zitierter »hoher Offizier« wiedergegeben, der auf die eigene Führungsverantwortung der Ministerin hinwies: »Im Grunde kann man doch sagen: Der Fisch stinkt vom Kopf her.« Wo der Mann Recht hat, hat er Recht. Denn der Staub, den die Ministerin durch das Wegräumen von Wehrmächts-helmen in den Kasernen aufwirbelt, hat nicht zuletzt die Funktion, ihre eigene Verantwortung zu verbergen.

Anlass dafür hat sie reichlich: Jahr für Jahr erkundigt sich die Linksfraktion in Kleinen Anfragen danach, wie die Bundeswehr mit Soldaten umgeht, die wegen rechter Umtriebe auffällig geworden sind. 60–70 solcher Meldungen werden vom Wehrbeauftragten jedes Jahr registriert. Die Antworten der Bundesregierung zeigen, dass solche Soldaten häufig im Dienst verbleiben, trotz Hakenkreuzschmierereien, Hitlergrüßen und SS-Parolen.

### **Beispiele aus dem Jahr 2016:**

- Ein freiwillig Wehrdienst Leistender befestigt ein Hakenkreuz auf der Kapuze seiner Feldjacke. Er verbleibt im Dienst, hat weiter Zugang zu Waffen.
- Ein Zeitsoldat outet sich gegenüber dem Finanzamt als »Reichsbürger«. Das Finanzamt informiert das Verteidigungsministerium. Der Soldat bleibt im Dienst, hat weiter Zugang zu Waffen
- Ein Soldat streckt beim Verlassen der Kaserne die Hand zum Hitlergruß aus dem Auto und ruft dem Posten »Heil Hitler« zu. Er verbleibt im Dienst und hat weiter Zugang zu Waffen.

Kommentar des Verteidigungsministeriums zu all diesen Vorkommnissen, datiert vom März 2017: Es handle sich jeweils um »Einzelfallentscheidungen«, die »nicht zu beanstanden« seien.

Eine Ministerin, die nichts daran findet, dass selbst »Reichsbürger« weiterhin ihre Schießkünste in der Truppe verfeinern dürfen, trägt selbst ganz erheblich zu jenem Korpsgeist bei, den sie nun der Truppe vorwirft. Denn etliche der Meldungen, die den Wehrbeauftragten erreichen, gehen ja auf Informationen von Soldatinnen und Soldaten zurück, die die rechtsextremen Umtriebe ihrer Kameraden nicht dulden wollen. Wenn sie aber merken, dass daraufhin nichts passiert, außer dass sie sich womöglich als »Denunzianten« unbeliebt machen, werden sie von solchen Meldungen rasch wieder Abstand nehmen.

Und was die Wehrmachtsverherrlichung angeht: Im Juli 2014 teilte von der Leyen auf Anfrage der Linksfraktion zur Umbenennung von nach Wehrmachtsgenerälen benannten Kasernen lapidar mit, man könne Traditionsbewusstsein nicht »von oben« verordnen, die Standorte sollten selbst entscheiden.

Basisdemokratie in der Bundeswehr – eine wahrlich schräge Vorstellung. Und so ernst meint von der Leyen das auch nicht, wie sich im Fall der Lent-Kaserne in Rothenburg/Wümme zeigt: Deren Namensgeber gab noch im August 1944 als Wehrmachtsoffizier Durchhaltebefehle von sich und verkündete, »dass wir in leidenschaftlicher und fanatischer Weise bis zum letzten Blutstropfen kämpfen.« Eine Kapitulation lasse »sich mit der deutschen Ehre nicht vereinbaren«. Noch während in der Kaserne der Diskussionsprozess über eine mögliche Umbenennung lief, positionierte sich die Ministerin: Jemand wie Helmut Lent, oder auch Nazi-Kampfflieger Hans-Joachim Marseille (Patron der Kaserne in Appen), sei »nicht mehr sinnstiftend für die heutige Bundeswehr.«

Doch wie das mit demokratischen Prozessen so ist: Die Führung hat es nicht immer im Griff.

Und so stimmten Vertrauensleute und Kommandeure der Lent-Kaserne im Mai 2017 gegen eine Umbenennung. Allerdings glauben sie nicht wirklich daran, dass ihre Meinung das letzte Wort sein wird: »Ich gehe davon aus, dass die Verteidigungsministerin die Sache noch einmal überdenken wird«, äußerte sich der zuständige Presseoffizier aus Rothenburg im Weser-Kurier. Von der Leyen wiederum scheut davor zurück, ein Machtwort zu sprechen (so viel zur Führungsverantwortung), und ließ ihren Generalinspekteur einfach einen erneuten »Meinungsbildungsprozess« anstoßen. In Rothenburg muss jetzt wahrscheinlich so lange diskutiert werden, bis ent-

weder das Abstimmungsergebnis im Sinne der Ministerin stimmt – oder bis die Ministerin weg ist.

Von der Leyens Vorstöße, die ihre Karriere zumindest gefährden, haben einen wichtigen Hintergrund: Sie stehen exemplarisch für den – hier eher unbeholfen exerzierten – Versuch, die Modernisierung der Bundeswehr auch auf dem Feld der Traditionspolitik voranzutreiben. Nach Lesart einer jüngeren Generation von Soldaten und Strategen erfordert dies den Abschied wenigstens von allzu belasteten Wehrmachtsoffizieren. Denn Kriege werden heutzutage ja nicht mehr im Alleingang von Deutschland unternommen, sondern ausschließlich im Bündnis, die Kriegspropaganda bedient sich keiner Blut- und Boden-Rhetorik, sondern eines Mix aus nationalen Interessen und geheucheltem Humanismus, und der aufopferungsvolle Heldentod fürs Vaterland vermag einen 18-jährigen potentiellen Rekruten kaum noch zu locken.

Das Bestreben, die Traditionspflege dementsprechend anzupassen, ist nicht ganz neu. Die Ministerin versucht es jetzt mit einer Neufassung des Traditionserlasses: »Es geht um unsere Vorbilder, um das Ethos und die Tradition der Bundeswehr heute«, erklärte sie dazu Mitte August in der Führungsakademie der Bundeswehr. Dabei solle die Bundeswehr »ihre eigene, stolze Tradition« stärker betonen.

Dabei stoßen solche Militärreformbestrebungen in Deutschland allerdings regelmäßig auf ein Dilemma: Einerseits soll die Bundeswehr ja eine Armee von »Bürgern in Uniform« sein, der Demokratie und dem Grundgesetz verpflichtet, andererseits soll sie eben überall auf der Welt in Kampfeinsätzen den Kapitalismus durchsetzen, notfalls auch völkerrechtswidrig, wie 1999 am Beispiel Jugoslawien vorgeführt. Soweit, den ureigenen Kämpfer-Kult als traditionsstiftend zu zelebrieren, ist die Bundeswehr noch lange nicht, und daher kommt es, dass die Vorbilder für die Einsatzorientierung bisher im Zweifelsfall immer noch aus der Wehrmacht übernommen werden.

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich denn auch, dass von der Leyens scheinbar entschlossene Sätze (etwa: »Es kann kein Relativieren geben, was den Kulturbruch des Nazi-Regimes anbelangt«, die Wehrmacht »als Institution des Dritten Reiches kann daher nicht traditionsstiftend« sein) durchgehend von ihr selbst aufgeweicht werden: »Auch wer eine Wehrmachtsuniform trug, kann aus ganz bestimmten Gründen traditionsstiftend für die heutigen Soldaten sein.« Dazu zählt ihrer Auffassung nach auch Generalfeldmarschall Rommel, der heute

deswegen als Widerstandskämpfer geadelt wird, weil er es gewagt hatte, im Sommer 1944 Hitler unverblümt die aussichtslose Lage zu schildern und Konsequenzen daraus zu fordern. Damit wird eine rein militärfachlich motivierte Opposition als vorbildlich herausgestellt, ohne zu reflektieren, dass Rommel bis zuletzt versucht hat, die alliierte Invasion abzuwehren – also die Front zu verteidigen, hinter der die Konzentrationslager ihre Vernichtung fortsetzten. O-Ton von der Leyen:

»Wir werden auch Grautöne ertragen müssen. Und manchmal sind es ja gerade Persönlichkeiten, an denen man sich reiben kann ... die unser kritisches Urteilsvermögen heute schärfen können«. Vom oben erwähnten Prüfungsprozess von Wehrmachts-Namensgebern bleiben wie selbstverständlich all jene Offiziere verschont, die ihre Karriere später in der Bundeswehr fortsetzten, also etwa Johannes Steinhoff oder Adolf Heusinger.

Letzterer war Chefplaner des Überfalls auf die Sowjetunion. Sich von solchen Gestalten zu verabschieden, wäre ein Eingeständnis, wie sehr die Bundeswehr von Hitlers ehemaligen Generälen aufgebaut worden ist. Und so bleibt es offen, das Hintertürchen, durch das die Wehrmacht immer noch in die Traditionspolitik der Bundeswehr hineinmarschieren kann.

Was heißt das jetzt für Antimilitaristen? Sie tun nach wie vor gut daran, den Finger in die Wunde zu legen: Wo immer sich Wehrmachtsverehrung zeigt, gilt es diese anzuprangern.

Was die Offiziere des 20. Juli angeht, gilt es immer zu berücksichtigen: Auch diese waren fast alle nur aus militärfachlichen Erwägungen in Frontstellung zu Hitler gegangen, um angesichts der ihm unterstellten militärischen Dilettantismus zu retten, was – wie sie hofften – noch zu retten war. Zuvor hatten sie sich genauso willig am Vernichtungskrieg beteiligt wie alle anderen Offiziere auch, was ihren Vorbildcharakter doch erheblich schmälern sollte.

Dabei muss man aber ernst nehmen, dass es auch von Seiten der Bundeswehr ein echtes Interesse daran gibt, wenigstens die schlimmsten Nazis von den Namenslisten der Kasernen zu streichen. Deswegen sollten Anti-

militaristen darauf achten, durch ihre Kritik nicht das Interesse der Militärreformer zu bedienen (dann käme lediglich eine Helmut-Schmidt-Kaserne heraus). Selbst mit provokativen Vorschlägen, etwa, Deserteure als Namenspatrone zu nehmen, muss man vorsichtig sein: Zum einen will man ja nicht das Andenken an die Deserteure dadurch in den Schmutz ziehen, dass man die Standorte einer imperialistischen Armee nach ihnen benennt. Zum anderen darf nicht unterschätzt werden, dass so ein Vorschlag auch einmal aufgegriffen werden könnte. In Rendsburg gab es von 2000 bis zur ihrer Auflösung 2010 eine Feldwebel-Schmid-Kaserne. Das war ein Wehrmachtsangehöriger, gegen den auch linke Kräfte wenig einwenden können: Als Wehrpflichtiger eingezogen, hatte er sich im besetzten Vilnius sofort daran gemacht, Kontakt zum Widerstand im örtlichen Ghetto aufzunehmen, um so viele Juden zu retten, wie er konnte. Bereits im April 1942 wurde er deswegen exekutiert. Der jüdische Partisan Abba Kovner erinnerte im Eichmann-Prozess 1961 erstmals an Schmidts Taten, die ihn zu einem jener wenigen »Retter in Uniform« gemacht haben, die eine Ehrung zweifelsohne verdienen.

Aber es geht aus antimilitaristischer Sicht nicht primär darum, eine »falsche« Namensgebung zu kritisieren, und noch weniger darum, konstruktive Vorschläge zu machen. Das würde nur bedeuten, dem militaristischen Kurs der Bundesregierung ein humanitär-antifaschistisches Deckmäntelchen umzulegen. Es gilt vielmehr den Geist zu hinterfragen, der solche »Vorbilder« bis heute nährt: Die »Einsatzorientierung«, die Bereitschaft, überall auf der Welt zum Kampfschwein zu werden, und Völkerrecht wie Grundgesetz über Bord zu werfen

### **Ulla Jelpke**

Mitglied des Deutschen Bundestages

### **Frank Brendle**

Landesgeschäftsführer der deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegesdienstgegnerinnen (DFG-VK) Berlin Brandenburg

# Frankreich: Marine Le Pen vorläufig strategisch gescheitert

Viele in Deutschland hatten Marine Le Pen bereits in den Elyséepalast einziehen sehen, als sich abzeichnete, dass sie in die Stichwahl um die französische Präsidentschaft vom 07. Mai 2017 einziehen würde. Bekanntlich kam es anders. Ihre Niederlage fiel, mit 33,9 Prozent der abgegebenen Stimmen gegen 64,1 Prozent zugunsten ihres Gegenkandidaten Emmanuel Macron, deutlicher aus als durch die Umfrageinstitute vorhergesagt (und durch ihre Anhänger/innen erhofft).

Dieser historische Moment hat Spuren hinterlassen, vor allem in ihrer eigenen Anhängerschaft. Zumal man ihr dort vielfach den Löwenanteil der »Schuld« zuschiebt. Entscheidend dabei war, einige Tag vor dem Wahlausgang, das Datum des 03. Mai 2017.

An jenem Tag fand sie endlich statt, die von Vielen mit Spannung erwartete, von Manchen lang herbeigesehnte TV-Debatte der beiden übriggebliebenen Bewerber um die französische Präsidentschaft. Die Konfrontation der Titanen, das Gegenüber des Kandidaten und der Kandidatin. Zwischen Emmanuel Macron und Marine Le Pen. Würde die rechte Volkstribunin ihren Widersacher in die Enge treiben, ihn verbal fertigmachen, ihm mit ihren Argumenten und Vorwürfen zusetzen – ja ihm symbolisch jenen Prozess machen, den man in ihren Augen dem gesamten »globalisierten und antinationalen« Establishment bereiten sollte? Einige erwarteten dies heiß und innig, Andere befürchteten es. In Medienberichten wurde vorab das Gerücht gestreut – doch es gab viele Gerüchte, begründete und unbegründete –, Macron werde nach einer halben Stunde aufstehen und gehen, falls ihm das Trommelfeuer seiner Gegenkandidatin zu sehr zusetze, falls er ihren aggressiven Worttiraden nicht standhalte. Um das Gesicht zu wahren, werde er sich darauf berufen, es sei unter der Würde eines seriösen Politikers, sich so durch die Mangel ziehen zu lassen.

Es kam völlig anders. Und dass es so sehr anders kam, das hat bei vielen rechten Wählerinnen und Wählern gegessen, bis heute. Es ist die Wunde, die nicht verheilt. Und aufgrund derer die extreme Rechte in Frank-

reich – nur ein halbes Jahr, nachdem viele glaubten, falls sie nicht gewinne, dann werde sie wenigstens als unbestrittene Oppositionskraft Nummer Eins für die kommenden Jahre aufgestellt bleiben, nach einem erwarteten knappen Wahlausgang – nun in einer tiefen Orientierungskrise steckt und sich in Strategiedebatten zerfleischt.

Nehmen wir nur die bekennenden Anhänger der extremen Rechten, die hier und da zu Wort kommen. In der Boulevardzeitung *Le Parisien* haben sie es am 17. September, in einer Sonntagsausgabe, auf die Titelseite geschafft: »*Le Pen und ihre Wähler – der große Liebesentzug (Le grand désamour)*« lautet dazu die dicke Überschrift. Einige der Liebensentziehenden hat das Boulevardblatt aufgespürt. Da wäre Ghislaine, die Enkelin einer Kommunistin in der nordfranzösischen früheren Bergarbeiterstadt Condé-Folie: »*Ich habe in der zweiten Runde für sie gestimmt, aber mit weniger Enthusiasmus als im ersten Wahlgang. Dazwischen lag diese Debatte. An jenem Abend hat sie uns die »Guignols de l'info« vorgespielt*«, so heißt eine satirische Sendung mit Politikerpuppen, die stark übertriebene oder leicht verrückte Dinge tun. Ein anderer Artikel stellt Françoise vor, eine 67-jährige Rentnerin in Calais, Stammwählerin des Front National. Auch sie stößt sich in ihrer Erinnerung an der Fernsehdebatte: »*Sie (Marine Le Pen) war eine Niete! Sie hatte alle Chancen, und sie hat alles verspielt. Die ganze Zeit hat sie angegriffen, sie hat bewiesen, dass sie keine präsidiale Statur besitzt.*« In den Augen von Françoise, die in der Vergangenheit schon für den Vater – Jean-Marie Le Pen – stimmte, ist Marine Le Pen als Politikerin bereits Geschichte. Sie wartet nun auf »*einen starken Mann mit harter Hand*«, von dem sie noch nicht weiß, um wen es sich handeln könnte.

Warum aber scheiterte sie nun derart kläglich in der Fernsehdebatte, kurz bevor sie die entscheidende Stufe erklimmen würde, die sie – in ihren Augen – an die Macht führen sollte, also an der Stichwahl um die Präsidentschaft teilnehmen würde?

Man kann es wohl nur empirisch untersuchen, da man nicht in Marine Le Pens Kopf zu blicken vermag. Ursprünglich wollte sie die Debatte vom 03. Mai dieses Jahres zum »Prozess« von Macron als Ex-Minister und »Erben des politischen Systems« machen. Aber sie wirkte über lange Strecken hinweg wie eine schlechte Schülerin, die auch noch aggressiv auftrat.

Zu Anfang attackierte sie Macron, dieser habe als Ex-Wirtschaftsminister »Alles verkauft« – gemeint: ans Ausland – und behauptete, er habe etwa das Mobiltelefon-Unternehmen SFR verscherbelt. Macron wandte ein, SFR sei schon immer privat gewesen, und er als Minister habe es also nicht verkaufen können. Was übrigens nicht völlig richtig ist – da es sich um die Investition ausländischen Geldes handelte, muss das Wirtschaftsministerium eine Genehmigung erteilen.

Darauf wandte Marine Le Pen dann ein, doch doch, er habe es ja selbst gesagt; dann suchte sie in ihren Akten herum – was etwas bemüht wirkte – und fand ein Zitat, in dem Macron sagte: *»Ich habe entschieden, den Verkauf zuzulassen ...«* Bei dem Zitat ging es allerdings nicht um SFR, sondern um Alstom, den 2014 teilweise an General Electric in den USA und teilweise an Siemens verkauften Maschinenbaukonzern. Macron behandelte Le Pen, als ob er sie an den Ohren ziehe und beim Schwindeln oder mit einem Spickzettel ertappt habe; dann wies er sie sanft darauf hin: *»SFR baut Telefone, und Alstom baut Turbinen und Maschinen. Das sind zwei verschiedene Sachverhalte.«*

Ab diesem Moment war sie schon zum ersten Mal halb KO gegangen. In den folgenden Stunden wirkte sie eher wie eine aggressive Kläfferin denn als eine gefährliche Herausfordererin – bis hin zu der Stelle, wo Marine Le Pen sich selbst darüber beklagte, Macron trete ihr gegenüber wie ein Lehrer gegenüber einer Schülerin auf. Damit sprach sie laut aus, was tatsächlich der augenscheinliche Sachverhalt war.

War es zu viel Selbstsicherheit im Vorfeld, mangelndes Interesse an vor allem ökonomischen Problemen? War es ihre gesundheitliche Labilität, am Ende gar ihr – unter den Journalistinnen und Journalisten durchaus bekanntes – Alkoholproblem? Man wird es vielleicht nicht erfahren. Fakt ist, dass nicht gesichert ist, ob es künftig Marine Le Pen sein wird, die auf Dauer die französische extreme Rechte verkörpert. Auch wenn gleichzeitig gewiss ist, dass Letztere nicht einfach von der Bildfläche verschwinden wird.

## Abspaltung vom Front National

Den vorläufig letzten Akt in der diesjährigen Dramaturgie bot der Austritt des seit sechs Jahren als Chefideologe des FN wirkenden Florian Philippot aus der Partei. Ihn verkündete der damals 35jährige am frühen Vormittag des 21. September 2017. Sein Rückzug kam für viele Außenstehende überraschend. Intern hatte er sich in den Wochen und Monaten zuvor angekündigt.

Einige Stunden zuvor hatte Marine Le Pen ihrem Vize Philippot den Löwenanteil seines Aufgabenbereichs entzogen. Dieser blieb offiziell Nummer Zwei der Partei, gleichberechtigt neben dem Co-Vizepräsidenten – und Lebensgefährten Marine Le Pens –, Louis Aliot. Doch hatte die Chefin ihm die Außenvertretungsmacht für die Partei entzogen, und damit die Fernsehauftritte, welche Philippot quasi täglich absolvierte, so häufig wie kein anderes Führungsmitglied des FN.

Philippots Abgang ist zunächst einmal schlicht das Ergebnis eines Machtkampfs zwischen ihm und Marine Le Pen. Als solcher ist er nicht auf ideologische Differenzen zurückzuführen; im Gegenteil war es in erster Linie Philippot, welcher der Chefin bis vor kurzem ihre »Linie« einflüsterte oder zumindest inspirierte. Doch seit der katastrophal verlaufenen TV-Debatte vom 03. Mai dieses Jahres glaubte Philippot nicht mehr so richtig an die Fähigkeiten seiner Chefin – und vertraute umso stärker nur noch auf die eigenen Kompetenzen.

Im selben Monat gründete er seinen eigenen Verein, »Les Patriotes«, den Viele alsbald als eine Art Partei innerhalb der Partei betrachteten. Wiederholt forderte Marine Le Pen ihn öffentlich dazu auf, den Vorsitz darin niederzulegen. Florian Philippot verweigerte dies standhaft. Darin liegt auch der Grund für seine innerparteiliche Degradierung, welche er zum Anlass nahm, gleich ganz zu gehen.

Nichtsdestotrotz werden viele FN-Kader versuchen, nun, nach dem Abgang Philippots, die »Linie« in anderem, in ihrem Sinne zu beeinflussen. Umgekehrt hat Marine Le Pen möglicherweise Philippot auch »geopfert«, einmal weil er selbst zu drängend und Einfluss fordernd geworden war; andererseits aber auch, um zumindest Teile seiner Strategie – ohne ihn – zu retten. Diese beruht darauf, möglichst stark soziale Forderungen und gegenüber dem Wirtschaftsliberalismus kritische Positionen zu betonen. Sie zielt auf eine Einflusstärkung in den, früher oft links wählenden, sozialen Unterklassen. Mit ihr geht eine Behauptung der Äquidistanz (d.h. gleich weiten Entfernung) zur Linken und den Konservativen einher.



Doch viele Stimmen in der Partei zeigen sich darüber in jüngerer Zeit beunruhigt. Sie fordern endlich wieder ein »rechtes Profil«, was in ihren Augen auch die Akzeptanz wesentlich stärkerer sozialer Ungleichheiten beinhaltet. Zwar wünschen auch die Anhänger der Gegenposition zu Philippot eine gewisse Unverwechselbarkeit des FN gegenüber den Konservativen – in diesem Falle vor allem durch besonders scharfe Positionen zu Themen wie der Einwanderung –; doch müsse viel klarer und deutlicher werden, dass man rechten Konservativen grundsätzlich näher stehe als jedem Sozialdemokraten oder Linken. Zugleich formierte sich in jüngster Zeit eine wahrhaftige Front von Philippot-Hassern, die sich mitunter mit Schaum vor dem Mund zu Wort meldete, um den 35-jährigen Politiker zu »bashen«. Ein jüngstes Beispiel lieferte am dritten Septemberwochenende eine Reihe von Beiträgen beim Kurznachrichtendienst Twitter. Philippot weilte am 13. September 2017 im ostfranzösischen Strasbourg und ließ sich dabei photographieren, wie er mit Parteifreunden zu Abend aß. Auf dem Tisch stand – *horribile dictu* – Couscous (Kuskus), eine aus Nordafrika stammende, jedoch längst in Frankreich eingebürgerte Speise. Umgehend kam es in den sozialen Medien zu einer Art Kesseltreiben gegen Philippot, welcher sich nun endgültig als »Globalist« und »Anhänger der kulturellen Homogenisierung« entlarvt habe, statt »die lokalen Erzeugnisse zu verteidigen«. Andere kündigten an, man werde es – wie es sich in ihren Augen im Elsass schickt – »bei Sauerkraut feiern«, wenn man Philippot in naher Zukunft endlich aus der Partei geworfen habe.

Im Internet tauchte auch alsbald das besondere Hashtag #Couscousgate (für »Kuskus-Affäre«) auf. Es könnte von auf Philippot wütenden Rassisten stammen; allerdings verbreitet die fanatisch muslimfeindliche und Anti-Antifa-Politik betreibende rechtsextreme Webseite *Riposte Laïque* seit dem 1. Oktober 17 nun eine Gegenthese. Sie behauptet, einen Philippot-Getreuen mit Namen Alexandre Benoît identifiziert zu haben, welcher angeblich den Hashtag infolge der Debatte eingerichtet habe, um die rassistischen Fanatiker zu reizen und um die Polemik seinerseits aufzubauschen.

Bis dahin wurde Philippot eifrig in Richtung Ausgang gedrängt – und nun öffnete er die Tür aus eigenen Stücken. Nun lautet die Frage, wohin er in naher Zukunft ziehen wird. Dies ist noch weitgehend offen. Gemunkelt wurde zunächst, er werde sich an den rechtsbürgerlichen EU-Kritiker Nicolas Dupont-Aignan annähern. Letzterer erhielt als Präsidentschaftskandidat im April 2017 knappe fünf Prozent der Stimmen und war dann,

für die Stichwahl, kurzzeitig mit Marine Le Pen verbündet; ihre Allianz zerbrach jedoch noch vor den Parlamentswahlen vom Juni 17.

Philippot hat am selben Tag, an dem er seinen Austritt aus dem FN erklärte, Dupont-Aignan getroffen. Dies wurde zunächst als Zeichen einer bevorstehenden »Achsenbildung« zwischen den beiden Protagonisten gewertet. Doch dann stellte sich heraus, das Dupont-Aignan am Vortag auch mit Marine Le Pen zusammentraf – und ihr ausdrücklich davon abriet, sich von Philippot zu trennen. Umgekehrt erklärte Le Pen nach dem Austritt Philippots, in naher Zukunft könnten »Les Patriotes« sowie Dupont-Aignans Wahlbewegung *Debout La France* (DLF, ungefähr »Aufrechtes Frankreich«) als externe Bündnispartner ihrer Partei in Frage kommen. Inzwischen wurde wiederum bekannt, dass Philippots Vereinigung »Les Patriotes« ihrerseits den Parteienstatus erworben hat. Allerdings weist sie, laut Philippots eigenen – mutmaßlich noch erheblich übertriebenen – Zahlenangaben, nur 2.500 Mitglieder auf. Im Unterschied zum FN akzeptiert »Les Patriotes« Doppelmitgliedschaft bei (anderen) Parteien. Wahrscheinlich erscheint, dass alle diese Akteure ihren Platz – inmitten des allgemeinen Kontextes Felder gesellschaftlicher, sozialer, wirtschaftlicher und politischer Widersprüche – erst noch suchen werden. Und dass dabei vor allem innerhalb des FN heftige Ausrichtungsdebatten, insbesondere um seinen sozial- und wirtschaftspolitischen Diskurs bevorstehen dürften. Zumindest bis zu seinem nächsten Parteitag, welcher am 11. und 12. März 2018 in Lille stattfinden wird.

## Macrons Politikstil

Unterdessen hat Frankreich seit demnächst einem halben Jahr einen neuen Präsidenten, der den Front National im entscheidenden Stichwahlgang um das Amt des Staatsoberhaupts besiegt hatte. Aber »wie rechts« ist er selbst, oder eher, welches autoritäre Potential steckt in seiner Präsidentschaft?

Zunächst einmal: Emmanuel Macron ist gewiss kein völkischer Nationalist. Er glaubt nicht an abstammungsdefinierte Kollektive und eine mystifizierte nationale »Schicksalsgemeinschaft«, weniger noch an die Reinheit des Blutes. In seinem Wahlkampf gab es durchaus Anklänge an Multikulturalismus und eine gewisse Akzeptanz der Präsenz des Islam in Frankreich. All diese Punkte unterscheiden ihn vom Front National, auch wenn es in dessen Reihen selbst graduelle Unterschie-

de gibt – die »nationale Gemeinschaft« wird dort laut und offiziell beschworen, die »rassische« eher im Subtext oder in der zweiten Reihe.

Doch ein lupenreiner Demokrat, um einen in Deutschland in anderem Kontext beliebt gewordenen Begriff zu benutzen, ist auch Emmanuel Macron nicht. Seiner Methode der Staatsführung wohnt sogar ein erhebliches autoritäres Potential inne. Allerdings nicht im Namen einer ominösen nationalen Bestimmung oder eines »Rufs des Blutes«, sondern im Namen einer von wirtschaftlichen Interessen – geleiteten bürgerlichen Vernunft.

Dies wurde etwa anhand der kleinen Skandale, welche Emmanuel Macron mehrfach durch Sprüche mit unkontrollierten Folgen auslöste, deutlich. Anfang Oktober 2017 war dies etwa der Fall, als der Staatschef am Rande des Besuchs an einer Fachhochschule im ländlichen Bezirk auf streikende Arbeiter eines Automobilzulieferers – GM&S – aus dem Nachbardépartement Creuse antwortete. Das Zulieferwerk ist in einem ausgesprochen strukturschwachen Gebiet angesiedelt, und dessen Beschäftigte kämpfen gegen ihre drohende Entlassung. Ihnen bescheinigte er: *»Anstatt einen Saustall anzurichten (im Originalton: au lieu de foutre le bordel), sollten manche sich lieber neue Jobs suchen!«*

Dieser als zynisch empfundene Ausspruch – Jobs gibt es in dem strukturschwachen Gebiet bereits heute nur in ungenügender Zahl – schockierte die betroffenen Lohnabhängigen. Der Staatschef und seine Umgebung versuchten seitdem zurückzurudern – und behaupten nun, die Formulierung vom »Saustall« habe sich nicht auf die Beschäftigten selbst bezogen, sondern auf ihre gewerkschaftlichen Sprecher, welche nicht mit der Regierung kooperierten.

Dies dürfte es, in den Augen weiter Teile der öffentlichen Meinung, kaum besser machen. Auch die politische Opposition, links wie rechts, empörte sich und sprach von Verachtung für die sozialen so genannten Unterklassen. Tatsächlich handelt es sich nicht um das erste Mal, bei dem Macron eine gewisse Arroganz gegenüber ärmeren Menschen sowie gegenüber abhängig Beschäftigten durchblicken lässt. Anfang September 2017 etwa erklärte er – von einer Pressekonferenz in Athen aus – mit Blick auf die Opposition gegen die damals anlaufende Arbeitsrechtsreform, es sei *»nicht die Straße, die regiert«*. Um hinzuzufügen: *»Ich werde in nichts nachgeben, weder den Faulenzern, noch den Zynikern, noch den Extremisten.«* Vor allem die Darstellung von Angehörigen der subalternen Klassen als »Faulenzer« rief dabei böses Blut hervor. (Regierungssprecher Christophe

Castaner versuchte es dann dahingehend zurecht zu biegen, dass er erklärte, Macron habe seine reformunwilligen Vorgänger mit den »Faulpelzen« gemeint.)

Zuvor hatte Macron 2014 Arbeiterinnen in der Bretagne als *»Analphabetinnen«* hingestellt, und zu Anfang 2017 das Hauptproblem der infolge der Stahlkrise teilweise abgehängten Krisenregion Nord-Pas de Calais in *»Alkoholismus und Tabaksucht«* zu entdecken gewöhnt. Und vor Unternehmern unterschied er im Frühsommer 2017 erfolgreiche Menschen von solchen, die, so wörtlich, *»nichts sind«*.

## Demokratie im Abbau

Auch eine radikale Demokratisierung ist mit Emmanuel Macron gewiss nicht zu erwarten. *»Mehr Demokratie wagen«* lautete dereinst, 1969, der Wahlkampfslogan eines späteren westdeutschen Bundeskanzlers. Hingegen scheint Macrons Devise in der Praxis eher *»Weniger Demokratie wagen«* zu lauten, denn zu seinen »Reform«vorhaben für die nähere Zukunft zählt auch eine Parlamentsreform, die die Rechte der Abgeordnete relativ stark reduzieren würde. So soll demnach die Sitzungsperiode, welche die Nationalversammlung ihrer gesetzgeberischen Tätigkeit widmet, von derzeit neun Jahresmonaten auf drei Monate im Jahr reduziert werden. Die Anzahl der Abgeordneten soll um ein Drittel verringert werden. Bedeutender wäre jedoch, dass inhaltliche Änderungsträger zu Gesetzentwürfen nur dann im Plenarsaal beraten werden dürfen, wenn diese zuvor in der Sitzung des fachlich zuständigen Ausschusses eine Mehrheit erhielten. Dies liefe jedoch darauf hinaus, dass Anträge der Oppositions- und insbesondere der kleineren Parteien im gesetzlichen Beratungsprozess gänzlich unter den Tisch fallen und im Plenum gar nicht zur Diskussion gestellt würden.

Das Ganze dürfte jedoch weniger philosophische Gründe aufweisen – auch wenn Emmanuel Macron dereinst einmal Philosophie, und leider auch Ökonomie, mit heißem Bemüh'n studiert hatte. In der Sache dürfte weitaus entscheidender sein, dass Macron (nachdem er sich für eine politische Laufbahn entschieden hatte) frühzeitig durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Eliten unterstützt wurde, die klar umrissene Zielsetzungen verfolgen. Marxistisch ausgedrückt, könnte man von »klassenpolitischen Zielen« sprechen, die eben nicht mit den sozialen Mehrheitsinteressen der Bevölkerung deckungsgleich sind.

Natürlich ist dies nicht im Sinne der dümmlichen und primitiven Rhetorik von Verschwörungstheoretikern zu verstehen, die die jüngste politische Entwicklung als einziges Werk von Strippenziehern darstellen. Etwa dergestalt: »Das Establishment (...) holt eine neue Wachstumsfigur aus der Kiste«. Oder die gar zetern: »Er ist aufgebaut, um in einer alternden Gesellschaft mit vielen älteren weiblichen Wählern (...) maximal zu punkten. Und in dem Sinne hat man das Paar zusammengeführt und jetzt wie Kasper aus der Kiste gezogen.« (Aus einem Interview mit dem rechtsextremen deutschen Verschwörungstheoretiker Jürgen Elsässer im Internet) Das ist natürlich purer Unfug, zumal Emmanuel und Brigitte Macron zusammenkamen, als der spätere Präsident noch nicht 16 Jahre alt war und wohl kaum im Auftrag der CIA, des Mossad oder anderer Verschwörer unterwegs war.

Jenseits all solcher komplotttheoretischen Hirngespinnste gilt es festzustellen, dass Emmanuel Macron auf sehr zweckrationale Weise sozialen und wirtschaftlichen Interessen dient, die auch ziemlich klar benannt werden: exportorientierte und modernisierungswillige Kapitalfraktionen, Gewinner der wirtschaftlichen »Globalisierung«, innovativ auftretende Unternehmer und Anleger. Lohnabhängigeninteressen zählen dagegen primär nicht dazu (es sei denn, sie können dadurch bedient werden, dass das französische und europäische Kapital zusätzliche Weltmarktanteile erobert oder die Produktivität steigert).

Im Wissen darum ist es für die Staatsspitze – die alte wie die neue – erforderlich, jedenfalls auf bestimmten Themenfeldern vom Mehrheitswillen deutlich zu abstrahieren. Dies tat die Vorgängerregierung unter François Hollande beim so genannten »Arbeitsgesetz«; doch unter der damaligen sozialdemokratischen Staatsführung blieb dies mit einem schlechten Gewissen verbunden, und mit einer politischen Rhetorik, die immer stärker in Widerspruch zu den wirklichen politischen Taten geriet. Deswegen fiel die französische Sozialdemokratie dann auch bei den nachfolgenden Wahlen haushoch durch. Emmanuel Macron versucht es nun mit einer neuen Methode: jungdynamisch, forsch, sendungsbewusst (wenn nicht messianisch), und ohne allzu viel falschen Sozialklimbim in den Wahlkampfversprechen. Und gleichzeitig bereitet er sich auf künftige sozialpolitische Ernstfälle, und damit verbundene Kraftproben, frühzeitig vor. Daraus resultieren gewisse cäsaristische Elemente in seiner Politik.

In den Reihen der in kürzester Zeit zusammengeschusterten Macron'schen Regierungspartei *La République*

*en marche* (abgekürzt mal LRM, mal REM oder LREM) besteht eine erhebliche Faszination für die »Effizienzkultur« im Management von Wirtschaftsunternehmen. Es ist weder ein nostalgischer Rückbezug auf frühere Monarchien noch ein Interesse an Demokratie, das die aktiven Mitglieder dieses Wahlvereins umtreibt – sondern tatsächlich eher die Vorstellung eines »schlanken Staatsmanagements«, das alte Zöpfe der politischen Klasse abschneidet, sich aber auch nicht mit sozialstaatlichem Schnickschnack oder demokratischem Prozedere lang aufhält.

## Historische Anleihen

Und doch kommt Macrons Gefolgschaft dabei in der Praxis nicht immer ohne historische Rückbezüge oder Kostümierungsversuche aus. Die Boulevard-Tageszeitung *Le Parisien* publizierte am Samstag, den 17. Juni 17 eine Reportage aus Orléans, jener Stadt, wo der damalige Wirtschaftsminister Macron am 8. Mai 2016 seine erste allgemeinpolitische Rede zu nicht-ökonomischen Themen hielt. Im Mittelpunkt stand dabei die historische Figur von Jeanne d'Arc, der »Jungfrau von Orléans«, um die sich historische Legenden ranken. (Die junge Frau soll Stimmen gehört haben, die ihr zuflüsterten, sich zum französischen König zu begeben; sie rückte dann lt. verbreiteter Darstellung an der Spitze eines Heeres aus, um im Hundertjährigen Krieg die Engländer zu bekämpfen, und nahm 1428 und 1429 an der mehrmonatigen Belagerung von Orléans teil.) Dieselbe Jeanne d'Arc bildet aber auch seit langem eine Identitätsfigur für die nationalistische Rechte, seit dem späten 10. Jahrhundert, und konkret auch für den Front National. Letztere Partei führte zwischen 1988 und 2015 jährlich am 1. Mai Aufmärsche »für Jean d'Arc und den Tag der Arbeit« in Paris durch, die allerdings seit 2016 eingestellt respektive durch eine unspektakuläre Saalveranstaltung ersetzt worden sind.

Seinen Artikel übertitelt der *Parisien* mit folgender Schlagzeile: »Wie Jeanne d'Arc fühlt Emmanuel Macron sich von einer Mission erfüllt.« Es handelt sich um das Zitat eines Einwohners, der selbst für Macron stimmte. Unter anderem, weil der Mann im Kern daran glaubt, in der Politik komme alles Gute im Prinzip von oben – und das Volk werde es danach schon noch bemerken – wählt Macron bislang auch Metaphern oder politische Bilder, die in anderem ideologischen Kontext auch bei autoritären und nationalistischen Rechten Anklang finden.

Er drückte sich im Februar 2017 in einem Interview wie folgt aus: *»Ich stehe seit eh und je zu dieser Vertikalität von Politik«,* habe Letztere doch auch eine *»mystische«,* ja *»transzendente Dimension«.* Und im Jahr 2015 pries er einmal – im Land der Revolution von 1789 – die historischen Vorzüge der Monarchie. Respektive er beklagte das *»Vakuum emotionaler, fantasiemäßiger, kollektiver Natur«,* das Frankreich infolge der Enthauptung des Monarchen (1793) und durch das Fehlen des Königs ergriffen habe. Die Demokratie vermöge es – jedenfalls seit dem Niedergang der präsidentalen Aura eines Charles de Gaulle – *»nicht, den leeren Raum zu füllen«.* Dieses Interview trug ihm damals einige Kritik ein. Macron machte jedoch auf derselben Linie weiter, jedenfalls auf der Ebene der Symbole. Etwa als er im Wahlkampf ankündigte (und nach vollendeter Wahl auch beschloss), das historische Jagdrecht des Präsidenten wiederherzustellen, das jenes der früheren französischen Könige fortsetzt und

nachahmt, doch – überwiegend aus reinen Kostengründen – unter Nicolas Sarkozy abgeschafft worden war. In der Quintessenz gilt: Emmanuel Macron ist, sehr im Unterschied zum Führungspersonal des Front National, gewiss kein nationalistischer Romantiker und kein Ideologe. Die ihn leitenden Klasseninteressen treiben ihn jedoch dazu, auf der Suche nach Politikformen, die wichtige Entscheidungen möglichst *»dem Pöbel«* zu entziehen, auch bei historischen Modellen und Politikmustern der Vergangenheit Anleihen vorzunehmen. Bereitet er damit am Ende den Weg für andere, ideologisch stärker rechtsorientierte Kräfte, die vielleicht nach ihm an die Macht drängen werden? Es ist noch erheblich zu früh, ein Urteil darüber zu fällen ...

**Dr. Bernhard Schmid**  
Jurist und Journalist

# Die Anfänge des russischen Faschismus:

## Völkisch-monarchistische Bewegungen und Organisationen (Schwarzhunderter) von 1905 bis zur Oktoberrevolution 1917

Zu den charakteristischen ideologischen Strömungen, politischen Bewegungen und Organisationen wie Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten, Liberalen und Konservativen gehören seit dem beginnenden 20. Jahrhundert auch rechtsextreme Nationalisten und Faschisten. In einer Reihe von Staaten vor allem auf dem europäischen Kontinent, errichteten diese auch ein politisches Herrschaftssystem wie in Italien, Deutschland, Spanien, Portugal, Ungarn, Rumänien, Kroatien, Griechenland oder in der Slowakei. Ich verwende für diese völkisch-rassistischen Ideologien und Bewegungen, Organisationen und Herrschaftsformen die Bezeichnung *Faschismus*, obwohl sich dieser Begriff im engeren Sinne auf die italienische Ursprungsform bezieht. Der *deutsche Faschismus* (ich verwende nicht den Begriff »Nationalsozialismus«, denn der *Nazifaschismus* ist weder sozialistisch noch national, sondern ist ein nationalistisch-rassistisches und diktatorisches Gesellschaftssystem auf der Grundlage von *privat- und staatskapitalistischem* Eigentum) war eine, wenn auch nicht typische nationale Form des Faschismus, sondern eher der »extremste Ausdruck des generischen Faschismus und das einzige vollständige faschistische Regierungssystem.«<sup>1</sup>

Der folgende Beitrag zeigt, dass auch im eurasischen Imperium Russland, das sich zwischen 1861–1917 im Übergang zur kapitalistischen Gesellschaftsformation befand, *Keim- und Frühformen des völkischen Faschismus seit 1905* entstanden. Mit dem Sturz des Zarismus und der kurzen bürgerlichen Regierung seit März 1917 durch die Oktoberrevolution 1917 und nach Beendigung des Bürgerkrieges (1918–1920) waren der frühen russischen faschistisch-monarchistischen Bewegung die Grundlagen entzogen. Die weiße zaristische Konterrevolution schuf erst in den Zentren der russländischen Emigration in Europa (Deutschland, Frankreich, Bulgarien, Jugoslawien), Asiens (China, Japan) und auf dem amerikanischen Kontinent (USA, Kanada, Argentinien) in den 20er bis 40er Jahren faschistische Bewegungen und Parteien, in denen über 40.000 Personen organi-

siert waren<sup>2</sup>, also nur ein zahlenmäßig kleiner Teil der russländischen Diaspora. Dieser meist russische und ukrainische *Emigrantenfascismus* war Teil der russländischen Kollaboration vor allem mit Nazideutschland und Japans. Er überlebte größtenteils den Zweiten Weltkrieg wiederum in der westlichen Emigration.<sup>3</sup>

Der folgende Beitrag informiert über die Entstehungszeit des russländischen Faschismus.

### Die Schwarzhunderter in der ersten russländischen Revolution 1905–1907

Als eine Reaktion auf das Erstarken der sozialdemokratischen, sozialrevolutionären und liberalen Bewegung gegen das autoritäre Zarenregime entstand in Russland die straff organisierte völkische-nationalistische, klerikal-monarchistische Bewegung der sog. *Schwarzen Hundert* (Černaja Sotnja) oder *Schwarzhunderter* (Černye sotny).<sup>4</sup> Sie besaß im Zeitraum 1905–1917 bis zu 410.000 Mitglieder, organisiert in mehr als 3000 regionalen Gruppen und einigen größeren landesweiten Parteien. Diese Bewegung wurde vom Zarenregime nicht nur toleriert, sondern auch finanziell unterstützt und bewaffnet. Sie war militant, zarentreu, antisemitisch, großrussisch-chauvinistisch und religiös fanatisch. Die Gewaltaktionen dieser extremen Gruppen richteten sich vor allem gegen die jüdische Bevölkerung, aber auch gegen linke und liberale Parteien und Politiker. Deren konterrevolutionäre Terrorgruppen wurden oftmals von orthodoxen Geistlichen, Militärs, Adligen, zarentreuen Intellektuellen, Juristen, Journalisten, Ärzten angeführt, von kapitalistischen Unternehmern, Großgrundbesitzern finanziert und Staatsbeamten unterstützt oder toleriert. Die Angehörigen dieser Organisationen zogen mit dem Gesang der Zarenhymne, Ikonen und Kirchenfahnen durch Städte und Dörfer, inszenierten mit ihren bewaffneten Schlägern Judenpogrome sowie Gewaltaktionen gegen Streikende und Revolutionäre.

Bereits in der ersten Novemberwoche 1905 veranstalteten die Schwarzhunderter in 110 Ortschaften des Russischen Reiches 700 Judenpogrome, in deren Ergebnis 3.500 Menschen getötet und mehr als 10.000 verletzt wurden. Allein im südkrainischen Odessa ermordeten diese antisemitischen Banden während eines viertägigen Pogroms über 400 Juden. Von den 608 in den Krankenhäusern registrierten Verletzten waren 392 Juden. Geplündert wurden 1.500 Wohnungen und Geschäfte.<sup>5</sup> Mit Duldung des Gouverneurs und dem Segen des Bischofs zündeten die schwarz uniformierten zarengläubigen Gewalttäter in Tomsk das Theater an, in welchem gerade eine Arbeiterveranstaltung stattfand, mehr als 200 der dort Versammelten kamen ums Leben. In Twer sprengten die Schwarzhunderter eine Versammlung liberaler Politiker.<sup>6</sup> Die Aktionen der Schwarzen Hundert hatten nicht nur einen antijüdischen, sondern auch einen generell antisozialistischen und antidemokratischen Charakter.<sup>7</sup> Sie hatten das Ziel, die uneingeschränkte Zarenherrschaft zu erhalten bzw. nach der Revolution 1905–1907 wieder vollständig aufzurichten sowie alle weiteren Versuche, demokratische und sozial gerechte Zustände in Russland zu schaffen, mit terroristischer Gewalt und sozialer Demagogie zu verhindern. Die Schwarzhunderter waren allerdings nur eine Teilkraft der Gegenrevolution. Die revolutionäre Massenbewegung in der ersten russischen Revolution wurde vor allem durch Geheimpolizei (Ochrana), Polizei und Armee des Zarenregimes niedergeschlagen. Allein von Januar 1905 bis April 1906 wurden 14.000 Menschen getötet und 75.000 eingekerkert oder verbannt.<sup>8</sup> Der russische Schriftsteller Aleksander Solženicyn meint, der Begriff Schwarzhundert sei nicht zu gebrauchen »wegen seiner Unbestimmtheit« und »gepaart mit anhaftender Schmähung«. Er habe sich aber dennoch in der Folgezeit »als ausgesprochen wirkungsvolles Etikett für die volkstümlich elementare patriotische Bewegung«(!) erwiesen.<sup>9</sup> In den Pogromen sieht er »spontane Ausbrüche der Massen«, an denen »auch die jüdische Jugend jener Zeit gewichtigen Anteil an dieser Verantwortung trägt. ... Wohl gab es in den Jahren 1905 bis 1907 in Russland »Gutsbesitzerpogrome« und zwar in größerer Zahl als Judenpogrome.«<sup>10</sup> Der Nobelpreisträger verbrämt nicht nur das völkisch-chauvinistische und klerikal-monarchistische Wesen der Schwarzhunderter, sondern leugnet auch die Verantwortung der Großgrundbesitzer, des Zaren und der orthodoxen Kirche für deren Ausbreitung: »Obwohl die kirchlichen Würdenträger in jenen Monaten und Jahren Ermahnungen gegen die Pogrome an das orthodoxe

Volk richteten, konnten sie ihnen keinen Einhalt gebieten. Sie konnten nicht einmal verhindern (sic!), dass den Pogromhorden Kreuzifixe und Kirchenfahnen vorangetragen wurden.«<sup>11</sup> Die historischen Tatsachen sprechen eine andere Sprache. 350.000 der 410.000 Mitglieder der Schwarzen Hundert (um 1907–1908) erhielten in dem im November 1905 gegründeten Bund (Union) des Russischen Volkes SRN (Sojuz Russkogo Naroda) eine Art Dachverband, der bald zur einflussreichsten völkisch-nationalistischen Partei wurde. Der SNR erhielt in der 1. Staatsduma 1906, einem Scheinparlament auf der Grundlage des Besitzwahlrechtes, immerhin 9,2 Prozent der Abgeordnetensitze. Ihr Vorsitzender, der Arzt Alexander Dubrovin (1855–1921)<sup>12</sup>, Sohn eines Polizeioffiziers, bot am 11. Dezember 1905 dem Kriegsminister an, mit 20.000 zarentreuen Schwarzhundertern aus Vitebsk »Ordnung« in der revolutionären Hauptstadt St. Petersburg zu schaffen. Zar Nikolai II., der Dubrovin im Dezember 1905 höchstpersönlich empfing, wurde wie auch die Zarin – zu fanatischer Anhänger und Unterstützern der völkischen Partei. Nikolai II. sandte der Organisation im Juni 1907 ein Danketelegramm für ihre Mordaktionen an Juden, Linken und Liberalen: »Möge die Union des Russischen Volkes meine Stütze und für alle und jeden ein Vorbild dessen sein, was Ordnung und Gesetzlichkeit versinnbildlichen!«<sup>13</sup>

### **Wer waren die führenden Akteure und Hintermänner?**

Zu den Mitbegründern und Aktivisten des SRN gehörten kapitalistische Unternehmer (Elena Polubojarinova – Herausgeberin der SRN-Tageszeitung; Nestor Tichanovič-Savickij – Führer der SRN-Filiale Astrachan), orthodoxe Geistliche (Bischöfe Hermogen von Saratov, Antonij von Volynien und Šitimir<sup>14</sup>, die Priester Ioan Vostorgov<sup>15</sup> und Vitalij<sup>16</sup>), Militärs und Staatsbeamte (Nikolaj Juskevič-Krassovskij, Vasilij Orlov<sup>17</sup>), Großgrundbesitzer (u. a. Puriškevič<sup>18</sup>, Vladimir Pavel Bulacel<sup>19</sup>, Nikolaj Markov II<sup>20</sup>, Aleksander Rimskij-Korsakov<sup>21</sup>), Viktor Sokolov), Ärzte (Aleksandr Dubrovin – Vorsitzender des *Bundes des Russischen Volkes*; Ivan Kacaurov – Führer der SNR-Filiale Jaroslavl), Wissenschaftler und Lehrer (Boris Nikol'skij; Nikolaj Rodzevič – Führer der SNR-Filiale *Odessa*, Dmitrij Ilovajskij), Journalisten (Georgij Butmi – 1906 Herausgeber der gefälschten »Protokolle der weißen von Zion«, Führer der SNR-Filialen in *St. Petersburg, Kazan' und Kišinev*; Nikolai Tichmenev – Führer der

NSR-Filiale *Saratov*), aber auch Arbeiter und Bauern.<sup>22</sup> Die Schwarzen Hundert waren auch in andere anderen rechtsextremen Organisationen eingebunden wie dem *Russischer Volksbund Erzengel Michael RNSiMA* (Russkij narodnij sojuz imeni Michaila Archangela 1907, dem *Bund Russischer Arbeit* SRR (Sojuz Russkich Rabočich 1907, *Bund der russischen Leute SRS* (Sojuz Russkich Ljudje) und dem *Doppeladler*. Die monarchistisch-völkischen Organisationen verfügten über paramilitärische Organisationen (bojevye družiny) in Fabriken oder Orten, richteten Leseräume in Städten und Dörfern ein oder betrieben Genossenschaften, setzten sich für eine Sozialversicherung von Arbeitern ein. Staatsbeamte des Innenministeriums unterstützten mit Finanzienschüssen und Waffenlieferungen die Terrororganisationen. Justizminister Ivan Ščegvitov (1906–1915), Vorsitzender des *Rates der monarchistischen Organisationen*, deckte die Terroraktionen (Ermordung des liberalen Politikers Michael Gerzenstejn, Belij-Prozess 1913) des *Bundes des Russischen Volkes*.

Das Programm dieser völkischen Partei hatte zum Ziel, die autokratische Zarenherrschaft vollständig zu restaurieren und lehnte die Zulassung liberaler und linker Parteien wie auch das durch die Revolution erzwungene Scheinparlament, die Reichsduma ab. Geschaffen werden sollte lediglich eine nur aus ethnischen Russen bestehende Ständevertretung *Russische Versammlung RS* (Russkij Sobor). Sie sollte direktes Verbindungsglied des absoluten Monarchen zu seinen Untertanen sein, den Zaren beraten und ihm helfend zu Seite stehen. Unter der Losung »Orthodoxie, Autokratie und Volkstum [narodnost]« sollte die absolute Zarenherrschaft in einem »einigen und unteilbaren Russland« mit Vorrangstellung der ethnischen Russen für ewig gesichert werden. Gefordert wurde aber auch eine Begrenzung der Wochenarbeitszeit der Arbeiter und mehr Schutz gegenüber den angeblich ausschließlich »jüdischen Ausbeutern«. Die Führer der völkischen Organisationen begründeten die antisemitische Stoßrichtung ihres Kampfes damit: Es seien vor allem die linken und liberalen Parteien, die von Juden angeführt und von ausländischen jüdischen Kapitalisten finanziert würden, die in Russland den Zaren stürzen und eine »jüdische Herrschaft« errichten wollten. Sie verbreiteten die vom zaristischen Geheimdienst organisierte antisemitische Fälschung der sog. *Protokolle der Weisen von Zion*. Die Beseitigung der Zarenherrschaft in der Revolution sahen sie als Werk vor allem der Juden, die in allen Parteien führend seien, vor allem in den Partei der Sozialrevolutionäre, der Sozial-

demokraten menschwistischer und bolschewistischer Richtung. Die Führer des Bundes des Russischen Volkes (Alexander Dubrovin) und des Russischen Volksbundes Erzengel Michael (Vladimir Puriškevič, Nikolaj Markov II.) stritten sich lediglich um die Frage, ob man die Juden in die arktische Kolyma-Tiefebene umsiedelt, aus Russland vertreibt oder ermordet. Die die monarchisch-völkischen Schwarzhunderter gewannen auch politischen und geistigen Einfluss durch die vom Zarenregime, Großgrundbesitzern und Unternehmern finanzierte Tageszeitungen *Russisches Banner RZ/Ruskoje Znamja* (14.500 Exemplare) und *Volksversammlung/Veče* (Moskau, 25.000 Exemplare). Die ausgesprochen antisemitischen, antiliberalen und antisozialistischen Hetzblätter bekämpften alle politischen Aktionen von Menschewiki, Bolschewiki, Anarchisten, Sozialrevolutionären, Volkssozialisten und Liberalen, mobilisierten seit 1914 für den Krieg bis zum siegreichen Ende. Angesichts der wachsenden revolutionären Bewegung propagierten die völkischen Rassisten seit 1916 aber auch die Beendigungen des Kriegs mit Deutschland, um die Zarenmonarchie vor dem Untergang zu bewahren.

### **Schwarzhunderter eine Erscheinungsform des Faschismus?**

Das in St. Petersburg 1907 herausgegebene Enzyklopädische Lexikon *Brokhaus i Efron* hat wohl als erstes festgestellt, dass die »Erscheinung der Schwarzen Hundertschaften nicht nur spezifisch russisch« sei, sondern sich auch in anderen Staaten der Welt zeige.<sup>23</sup> Sowjetische Historiker der 20er und 30er Jahre sahen in der Schwarzen Hundert eine *faschistische Bewegung im Sinne des italienischen Faschismus*.<sup>24</sup> Andere Forscher, die das Aufkommen des Faschismus (im weitesten Sinne) als »Endstadium des Kapitalismus« verstehen, ordnen die Schwarzhunderter nicht den späteren faschistischen Bewegungen zu, denn die damalige Entwicklungsstufe Russlands zu Beginn des 20. Jahrhunderts, vor allem der unzureichend entwickelte Kapitalismus, habe weder ein »nationalsozialistische« noch faschistische Bewegungen ermöglicht.<sup>25</sup> Der Historiker Denis Djanov hingegen geht davon aus, dass sich auch Russland schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts in einer »existentiellen, alle Bereiche des Lebens erfassenden Wertekrise (befand), die an Intensität den westeuropäischen in nichts nachstand. Insofern sei die »Möglichkeit eines (zumindest teilweise) *spezifischen russischen Faschismus* (Hervor-



hebung, K.-H.G.)« denkbar.<sup>26</sup> Walter Laqueur, ein Kenner der Geschichte der extremen Rechten Russlands, sieht in der russischen völkisch-monarchistischen Bewegung zwar ein einmaliges Phänomen des 20. Jahrhunderts, ordnet es aber auch in die damalige Zeit ein: »Wie die »Action Française« stand sie zwischen den altmodischen reaktionären Bewegungen des 19. Jahrhunderts und den rechten populistischen (oder faschistischen) Parteien des 20. Jahrhunderts. Mit ihren engen Bindungen an Monarchie und Kirche war sie stark der Vergangenheit verhaftet, doch im Gegensatz zu früheren konservativen Gruppen war sie nicht elitär. Sie erkannte die Notwendigkeit, die Massen zu mobilisieren, und wurde so zum Vorläufer der modernen politischen Parteien. Einer ihrer einflussreichen Führer (gemeint ist Nikolaj Markov II, K.-H.G) schrieb Jahre später, dass die Schwarze Hundert in ihrem Charakter dem Nationalsozialismus sehr ähnlich sei. Doch die Schwarze Hundert ist keineswegs nur von historischem Interesse. Ihre Botschaft blieb unter den rechten Gruppen der russischen Emigranten lebendig. Und als unter Gorbatschow die unbegrenzte »Freiheit« der politischen Meinungsäußerung nach Russland zurückkehrte, gehörte die *Schwarze Hundert* zu den ersten, die von Glasnost profitierten. Die Parole, dass Russland nur durch die Gründung einer Organisation in der Tradition des Bundes des russischen Volkes zu retten sei, wurde nach 1987 häufig und auf verschiedenen Ebenen des politischen Spektrums laut.«<sup>27</sup>

Die politisch gut organisierten extrem nationalistisch-völkischen Organisationen der Schwarzen Hundert verloren angesichts des revolutionären Aufschwungs während des Ersten Weltkrieges ihren Einfluss. Sie waren – wie das zaristische Regime als Ganzes – nicht mehr in der Lage die Revolution im Frühjahr 1917 aufzuhalten. Bereits während der Doppelherrschaft von Provisorischer Regierung und Sowjetbewegung (März–November 1917) wurden die meisten der völkischen Gruppen samt ihrer Zeitungen verboten, einige ihrer Führer wegen ihrer kriminellen Verbrechen abgeurteilt. In den ersten freien Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung im November/Dezember 1917 war der Einfluss der rechten monarchistischen Parteien marginal. Die russischen Sozialisten und Liberalen hingegen erhielten Dreiviertel der Wählerstimmen (Sozialrevolutionäre –45 Prozent, Bolschewiki –24 Prozent, Konstitutionelle Demokraten –5 Prozent, Menschewiki – 4 Prozent), die die nichtrussischen nationalen Parteien des Vielvölkerstaates mehr als ein Zehntel. Während des

Bürgerkrieges 1918–1920 war die extreme völkisch-monarchistische Bewegung Teil der »weißen« Konterrevolution. Im neuen sowjetischen Staat seit 1917 besaßen völkisch-monarchistischen Parteien keinerlei Entfaltungsmöglichkeiten. Belegt ist lediglich, dass in Moskau eine illegale Organisation *Orden Russischer Faschisten* unter A. Ganin existierte, die Anfang 1924 zerschlagen wurde. Von den 13 Verhafteten wurden 7 zum Tode und die übrigen zur Lagerhaft verurteilt.<sup>28</sup>

### Prof. Dr. Karl-Heinz Gräfe

- 1 Stanley G. Paine: Geschichte des Faschismus 1914–1945, München 1995, S. 570; vgl. auch Jerzy W. Borejsza: Schule des Hasses. Faschistische Systeme in Europa, München 1999; Robert O. Paxton: The anatomy of fascism, London 2004.
- 2 Vgl. A. V. Okorokov; Fašizjzm i ruskaja émigracija (1920–1945 gg.), S. 27.
- 3 Vgl. Karl-Heinz Gräfe: Die völkisch-faschistische und extrem-nationalistische Rechte in Russland, in: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik, 24. Jg. (2012), Heft 1 und 2, S. 55–73.; ders.: Die völkische und extrem nationalistische Rechte Russlands (Teil 1), in: Rundbrief. AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei Die Linke, Heft 3/4 2012, S. 75–91. ders: Rechtsextreme und faschistische Organisationen der russländischen Emigration in Deutschland (1920–1941), in: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik, 25. Jg. (2013), Heft 1 und 2, S. 54–73.
- 4 Zu dieser Thematik vgl. Sojuz ruskogo naroda. Po materialam Česv. sledstvennoj Kommissii Vremenogo Pravitel'stva 1917, Moskva/Leningrad 1929; Hans Rogger: Was there a Russian fascism? in: Journal of Modern History (36), Nr. 4/1964, S. 398–415; ders.: The Formation of the Russian Right, in California Slavik Studies, Vol. 3, Berkeley/Los Angeles 1964, S. 66–94; S. A. Stepanov: Černaja sotnja v Rossii (1905–1914), Moskva 1992; Pravye v 1915–1917, in: Minuščee, t. 14, Moskva 1993; V. Ostrecov: Černaja sotnja i krasnaja sotnja, Moskva 1991, Walter Laqueur: Der Schoß ist fruchtbar noch. Der militante Nationalismus der russischen Rechten, München 1993; ders.: Černaja sotnja: Istoki ruskogogo fašizma, Vašington 1994; Rafail Š. Ganelin: Rossijskoe Černosotenstvo i germanskij nacional-socializm, in: Nacional'naja pravaja prezde i teper'. Istoriko-sociologičeskie očerki, Bd. 1, St. Petersburg 1992, S. 130 ff.; Karl-Heinz Gräfe: Die völkisch-faschistische und extrem-nationalistische Rechte in Russland, in: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik, 24. Jg. (2012), Heft 1 und 2, S. 55–73, hier S. 62–67.
- 5 Kratkaja Evrejskaja Enciklopedija, Jerusalem 1976, Bd. 6, S. 122; Alexander Solschenizyn: Zweihundert Jahre zusammen. Die russisch-jüdische Geschichte 1795–1916, München 2002, S. 358–390, hier S. 387 f.
- 6 Vgl. ebenda, S. 391
- 7 Kniga o ruskom evrestveje, New York 1960, Bd. 1, S. 71
- 8 Vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Bd. II, Moskau o. J. (1968), S. 191
- 9 Alexander Solschenizyn: Zweihundert Jahre, S. 397
- 10 Zitiert nach ebenda, S. 396, 395 und 398
- 11 Ebenda, S. 395
- 12 Alexander Ivanovič Dubrovin (1855–1921) war nicht nur Vorsitzender des *Bundes des Russischen Volkes*, sondern beteiligte sich auch aktiv an Kongressen anderer rechtsextrem-monarchistischen Organisationen. Nach der Revolution im Februar/März 1917 wurde er verhaf-

- tet und wegen Ermordung der liberalen Abgeordneten Michail Gerstenstein (1859–1906), Grigorij Iollos (1859–1907) und Aleksander Karavaej (1855–1908) sowie wegen Mordanschläge auf Graf Witte verhaftet. Er kam aber im Oktober 1917 frei. Nach erneuter Verhaftung im Dezember 1920 wurde er 1921 von der Tschecha wegen terroristischer Verbrechen erschossen.
- 13 Zitiert nach Marc Ferro: Nikolaus II. Der Letzte Zar. Eine Biographie, Zürich 1991, S. 141; vgl. auch Walter Laqueur: Der Schoß ..., S. 53
- 14 Aleksej Pavlovič Chrapovickij (1863–1936) entstammte einer Adelsfamilie und wurde nach dem Studium an der Geistlichen Akademie in St. Petersburg Hochschullehrer an geistlichen Lehranstalten in St. Petersburg, Moskau und Kasan' unter dem Namen Antonij wurde er Bischof von Čeposkar, Čistopol'skij' und Ufa. Als Erzbischof von Volygien und Šitomir (1905) gehörte er zu den Mitbegründern des *Bundes des Russischen Volkes* und leitete in die SNR-Filiale seiner Kirchenprovinz. Als Erzbischof von Charkov gehörte er zu den radikalsten Kriegshetzern. Unter deutscher Besatzung 1918–1919 stieg er zum Metropoliten von Kiev auf. 1920 emigrierte nach Jugoslawien, wurde Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche im Ausland und nahm 1921 am Allrussischen Kongress der Monarchisten in Bad Reichenhall teil.
- 15 Ioann Ionnovič Vostorgov (1864–1918), Geistlicher und Missionar. Als einer der aktiven Funktionäre des *Bundes des Russischen Volkes* bemühte er sich um die Vereinigung aller monarchistisch-religiösen Organisationen Russlands und war Herausgeber und Redakteur rechtsextreme Zeitungen (*Moskovskij cerkovnye vedomosti*: 1906–1916, *Cerkovnost'*: 1914, *Patriot*: 1911–1912).
- 16 Vasilij Ivanovič Maksimenko (1873–1960) wurde unter dem Namen Vitalij Erzpriester des Počajevskaja Lavra (Kloster) im Gouvernement Volynien. Der in der bäuerlichen Bevölkerung sehr populäre Geistliche leitete von 1906 bis 1917 die regionale Filiale des *Bundes des Russischen Volkes* und war 1906–1908 wesentlich an der Unterdrückung der revolutionären Bewegung gegen den Zarismus beteiligt. Er versprach den ukrainischen Bauern die Enteignung polnischer Gutsbesitzer. Nach der Oktoberrevolution emigrierte er in die Tschechoslowakei und 1934 in die USA.
- 17 Vasilij Grigor'evič Orlov (1866–1917), Beamter in der Eisenbahnverwaltung. Er gehört zu einem der Gründer und besonders aktiven Führern des *Bundes des Russischen Volkes*. Er organisierte über 20 regionale Filialen der Schwarzhundert-Partei und war in zahlreichen Städten Ehrenvorsitzender des Bundes SNR und danach des *Russischen Volksbundes Erzengel Michael*, dessen Moskauer Filiale er leitete. 1913 versuchte er die Streikbewegung in Moskau und im Eisenbahnwesen einzudämmen. Er informierte regelmäßig das Ministerium für Verkehrswesen über die Stimmungslage in der Bevölkerung und erfüllte als Ochrana-Agent eine Reihe geheimer Aufträge des Innenministeriums.
- 18 Vladimir Mitrovanovič Puriškevič (1870–1920), Gutsbesitzer aus dem Gouvernement Bessarabien, 1901–1906 – Beamter im Presse-Department des Innenministeriums, 1905 Mitbegründer und Stellvertreter der Vorsitzender des *Bundes des Russischen Volkes*, erhielt 1906 vom Innenministerium 5,7 Mio Rubel für die Einrichtung von Lesesälen des SRN. 1908 trennt er sich mit seinen Anhängern, den sog. Erneuern, vom SRN und gründet den *Russischer Volksbund Erzengel Michael*. Er gehört zu den führenden Antisemiten und forderte die Zwangsaussiedlung der russischen Juden in die Kolyma-Tiefebene. 1916 beteiligte er sich an der Ermordung von Georgij E. Rasputin. Im Januar 1917 wurde er aus seiner Partei ausgeschlossen. Im September 1917 gründete er die im März 1917 verbotene völkisch-religiöse Organisation neu und mobilisierte sie für die Wiedererrichtung der Zarenmonarchie. Die Geheimpolizei der Lenin-Regierung verhaftet ihn (und 13 seiner Anhänger) am 18. November 1917 und verurteilte ihn am 3. Januar 1918 zu vier Jahren Zwangsarbeit. Infolge der Erkrankung seines Sohnes wurde er am 1.5.1918 amnestiert. Danach floh er in das Don-Gebiet und gründete dort die Allrussische völkisch-staatliche Partei.
- 19 Pavel Fjodorovič Bulacel' (1867–1919), Besitzer des Gutes Mala Nikolaevka im Gouvernement Jekatarinoslav und seit 1904 Mitglied der 1900 gegründeten monarchistischen Gesellschaft Russische Versammlung RS (Russkoje Sobranie), gehörte zu den Gründern des Bundes des Russischen Volkes und redigierte 1906–1907 deren Presseorgane Russisches Banner. Auf dem Empfang bei Großfürst Nikolaj im Dezember 1905 warnte er vor der liberalen Politik von Graf Witte und den Juden, die das Zarenreich zerstören würden. Er war Ehrenmitglied der SRN-Abteilungen St. Petersburg, Kiev, Tula und Perm. Nach 1917 zog er sich aus der Politik zurück.
- 20 Nikolaj Evgenevič Markov II (1866–1945), Gutsbesitzer aus dem Gouvernement Kursk und Duma-Abgeordneter, war einer der Gründer des Bundes des Russischen Volkes SNR und Vertreter seines radikalsten Flügels. Er erhielt vom Innenministerium die Genehmigung zur massenhaften Verbreitung des antisemitischen Fälscher-Dokumentes »Protokolle der Weisen von Zion«. 1911 trennte er sich von ihm geführte von der Gesamtorganisation SNR. Als Duma-Abgeordneter unterstützte er zaristische Gewaltaktionen gegen die Streikbewegung der Arbeiter (1912 auf den Lena-Goldfeldern, 1915 in Kostroma). Er gehört zu den radikalen Antisemiten und forderte die Vernichtung der Juden. Während des Bürgerkrieges 1918–1920 kämpfte M. in der weißen Judenič. Armee. 1921 emigrierte er nach Deutschland und wurde auf dem Allrussischen Kongress der Monarchisten in Bad Reichenhall zum Vorsitzenden des Höchsten Rates (bis 1927) gewählt. 1933 trat in den Dienst des Naziregimes. 1935 erschien in Erfurt sein antisemitisches Machwerk Der Kampf der dunklen Mächte.
- 21 Aleksandr Aleksandrovič Rimskij-Korsakov (1849–1922), Großgrundbesitzer im Gouvernement Vitebsk, 1905–1909 Gouverneur von Jaroslavl, 1900–1910 Ehrenvorsitzender des Hauptrates des Bundes des Russischen Volkes, unterstützte den Kornilov-Putsch im September 1917 und den Feldzug von Judenič im Baltikum 1919, seit 1920 führender monarchistischer Politiker im deutschen Exil, 1921 Teilnehmer am Allrussischen Kongress der Monarchisten in Bad Reichenhall.
- 22 Vgl. Političeskie Partii Rossii. Konec XIX – pervaja tret' XX veka. Enciklopedija, Moskva 1996, Anlage 2, Oberster Rat des Bundes des Russischen Volkes 1905–1907.
- 23 Enciklopedičeskij slovar', Bd. II (4d), St. Petersburg 1907 Brokhauz i Efron, S. 869
- 24 Vgl. S. A. Stepanov: Černaja sotnja, S. 131
- 25 Vgl. Rogger: Was there a Russian Fascism?, S. 414 f.
- 26 Denis Jdanoff: Russische Faschisten. Der nationalsozialistische Flügel der russischen Emigration im Dritten Reich. Humboldt-Universität zu Berlin Philosophie Fakultät I (Magisterarbeit. Digitale Osteuropa-Bibliothek: Geschichte3 (2003), S. 41.
- 27 Walter Laqueur: Der Schoß ..., S. 41 f. Zur Wiedergeburt des russischen Faschismus mit Beginn der Perestrojka Gorbatschows vgl. Karl-Heinz Gräfe: Die völkische und extrem nationalistische Rechte Russlands (Teil 1), in Rundbrief. AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE, Heft 3/4 2012, S. 77–81; ders.: Die völkisch-faschistische und extrem-nationalistische Rechte in Russland, in: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik, 24. Jg. (2012), Heft 1 und 2, S. 57–62.
- 28 Vgl. A. V. Okorokov: Fašizm i ruskaja emigracija (1920–1945 gg.), Moskva 2002, S. 19 f.

# Ist Rot also doch gleich Braun?

## Zur Kontroverse über den Wechsel zwischen »Rotfront« und SA

### Massenübertritte aus dem Umfeld der Neuköllner Antifa zur SA

Neue Forschungsergebnisse haben mich veranlasst, mich erneut mit dem Wechsel zwischen Kommunisten und SA zu beschäftigen. Christian von Gélieu hatte während seiner umfangreichen Forschungsarbeit zu den sogenannten Richardstraßenprozessen ganze sieben Personen identifiziert, die aus dem KPD-Umfeld zu den Nazis gewechselt waren. Sicherlich der Prominenteste unter ihnen war Richard Hamann, KPD-Mitglied und ehemaliger Führer der Neuköllner Antifa, der während der Vernehmung als Zeuge im ersten Richardstraßenprozess von 1932 auf spektakuläre Weise seinen Übertritt zur NSDAP bekannt gegeben hatte, angeblich aus Abscheu gegenüber dem gewalttätigen Charakter der Kommunisten. Tatsächlich war er bereits im Juni 1931 heimlich zur NSDAP gewechselt und hatte sowohl für diese als auch für die Politische Polizei bis zum Frühjahr 1932 in der Neuköllner KPD gespitzelt. Aus den Quellen lassen sich die wohl wahren Gründe für Hamanns Verat eruieren: Hamann verstand sich in seiner Rote Jungfront- und Antifa-Zeit offenbar als eine Art kommunistischer Kiezkönig im Rollbergviertel und fühlte sich durch versuchte Einflussnahmen der Partei gekränkt. Hinzu kam, dass »seine« Antifa (»Roter Sturm Neukölln«) faktisch aufgelöst worden war.

Der AM-Apparat der KPD riet im September 1930 dringend zur endgültigen Auflösung der nach dem Verbot noch weiterbestehenden Rest-Antifa, da in ihr organisatorische und politische Mängel aufgetreten waren und zudem offensichtlich persönliche Kontakte zu Neuköllner Nazis bestanden hatten. Im internen Abschlussbericht des AM-Apparates hieß es: »dass die nationalsozialistische asoziale Ideologie mehr sogenannte Antifaschisten in Neukölln beherrscht, als ursprünglich angenommen wurde. Die Verbindung mit den Nazis datiert von früher, als heutige Mitglieder der SA noch im KJVD [Kommunistischer Jugendverband Deutschlands] organisiert waren. Das Verhältnis der Antifa ist heute so, dass die Mitglieder teils befreundet sind mit Mitglie-

dern der SA.« Der Neuköllner Antifa wurden noch weitere Mängel bescheinigt. So würde sich ihre Tätigkeit im Wesentlichen auf ein bisschen Angeberei und Keilerei beschränken und die »finanziellen Gepflogenheiten waren alles andere als einwandfrei. Die Schweinereien haben es zuwege gebracht, dass die Organisation einige hundert Mark Schulden hat. Für die Schulden ist der KJV[D] unter dessen Flagge die zweifelhaften Transaktionen vonstattengingen, haftbar.« Dem Antifa-Führer wurde brisantes Material abgenommen und sichergestellt.

Speziell über die persönliche Verantwortung Hamanns für diese unhaltbaren Zustände hatte es schon in einem ersten Bericht geheißen: »Hamann dem man die Leitung übertrug und der den dortigen Aufgaben nicht im Entferntesten gewachsen war, hat im gewissen Grade selbstverständlich auch Schuld. Denn nicht die physische Stärke allein macht den Mann, sondern er muss eine gewisse geistige Reife und Überlegenheit besitzen, nur erst dann ist man zu einer solchen Aufgabe fähig ...«. Generell hieß es dort über die Neuköllner Antifa, sie wäre »der Tummelplatz jener Elemente, die mit der prol. [proletarischen] Bewegung nichts anderes gemein haben, als dass sie dem Namen nach zur prol. Klasse gehören.« Es war von einem regelrechten »Spitzelsumpf« in der Neuköllner Antifa die Rede. Diese Organisation müsse »umgehend liquidiert«, die »Kreaturen«, die Verbindungsleute zur NSDAP und Politischen Polizei waren, unbedingt gestellt und abgestoßen sowie die »ehrlichen proletarischen Elemente in die Rote Jungfront und den KJV[D] überführt werden.«

Schließlich wurde aus der Neuköllner Antifa Mitte 1931 der Neuköllner Ableger des Kampfbundes gegen den Faschismus gegründet. Gleichzeitig wurde Hamann von der Unterbezirksleitung der KPD Neukölln als Führer abgesetzt, da man ihn zu diesem Zeitpunkt schon als Polizeispitzel verdächtigt hatte. Die Spitzeltätigkeit zahlte sich für Hamann jedoch aus, denn während er zu jener Zeit noch für eine Ofensetzerei schuftete musste, war er nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten als Bademeister beschäftigt.

Der Fall Hamanns zeigt deutliche Parallelen zum Fall des Kampfstaffelführers Jonny Lanze aus dem Nostitzkiez, der Ende 1932 auf ähnlich spektakuläre Weise zur SA übertrat. *Der Angriff* berichtete am 14. Dezember 1932, dass das ehemalige KJVD-Mitglied, zuletzt Staffelführer der Staffel 1 Nostitzstraße des Kampfbundes gegen den Faschismus, Joseph Lanze vor wenigen Tagen »zur Volksbewegung Adolf Hitlers« übergetreten war. Lanze begründete seinen Übertritt in einem Aufruf an seine alten Staffelnkameraden. Neben einer vernichtenden Kritik an den disziplinenlosen Zuständen in den kommunistischen Organisationen – so würde etwa in den KPD-Lokalen ein ungesitteter Umgangston v.a. der »Weiblichkeit« herrschen – gab Lanze auch den konkreten Anlass an, der ihn zum Übertritt bewog. Demnach hätte ihm ein ehemaliger Kamerad seinen letzten Anzug gestohlen und die übergeordneten kommunistischen Stellen hätten nichts gegen den Dieb unternommen. »Wieder hat ein deutscher Arbeiter seinen Weg zu Adolf Hitler gefunden. Tausende und Abertausende werden ihm folgen.«, endete der *Angriff*-Bericht triumphierend.

Da Lanze stadtbekannt war, sorgte sein öffentlicher Wechsel seinerzeit für großes Aufsehen. Deswegen konnte sich auch ein Sozialdemokrat aus der Gegend gut an den Fall erinnern: »Besonders spektakulär war es im Falle des bekannten kommunistischen Genossen ›Jonny‹ Lanze. Er war in seinem Auftreten ein Vorbild für viele Jugendliche: sportliche Figur, gutaussehend, ein sogenannter Frauentyp, konnte sich draufgängerisch prügeln – kurzum, er war ein ›Held der Straße‹. Ende 1932 marschierte er plötzlich bei der SA mit und rief bei NS-Aufmärschen seinen bisherigen Genossen zu, sich ihm anzuschließen ...« Dem Bericht eines kommunistischen Anwohners der Nostitzstraße nach bestand die »politische Spezialität« Lanzes in der Folge darin, »mit einem voluminösem Kopfverband als Folge des ›Kommune-Terrors‹ am Bahnhof Yorckstraße Geld zur Unterstützung für die durch den Kommune-Terror verwundeten SA-Kameraden zu sammeln.«

Diese beiden Fälle würden zu den Forschungsergebnissen passen, die Andreas Petersen über die Berliner Bürgerkriegsjugend 1932 im Lichtenberger »Boxhagener Viertel« präsentierte. Daraus dass in der Lichtenberger Tätergruppe des Überfalls auf ein örtliches NS-Lokal Überläufer zur SA gehäuft auftraten, leitete Petersen generell ab, dass es zwischen »Rechten« und »Linken« mehr Gemeinsames als Trennendes gab und die SA ab

1931 insgesamt attraktiver für diese Jugendlichen gewesen sein soll. Er spricht von einer »großen Eintrittswelle Ende 1932, Anfang 1933 in die SA«, bei der 15 bis 20 Prozent Berliner Kommunisten übergelaufen sein sollen, und stützt sich dabei auf einen Aufsatz, der vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung herausgegeben wurde. Zudem bedient er damit einen auch in der seriösen Geschichtsschreibung weit verbreiteten Topos.

### **Massenübertritte von der Berliner SA zur KPD**

Da dieser Topos aber bisher nicht mit belastbaren Daten belegt werden konnte, wurde bisher in der Forschung für die Zeit vor 1933 von Einzelfällen ausgegangen. Nach Christian Striefler, ein Schüler Ernst Noltes, kam es im Winter 1932/1933 sogar zu Massenübertritten von der Berliner SA zu den Kommunisten. Aus den übergetretenen SA-Männern wurden die sogenannten »Scheringer-Staffeln« gebildet.

Nachdem die Verhandlungen vom 13. August 1932 zwischen Hitler und Reichspräsident Hindenburg mit der Ablehnung des Vizekanzlerpostens durch Hitler gescheitert waren, begann es in der Berliner SA allmählich zu brodeln. Am 23. Oktober 1932 brachte *Die Rote Fahne* einen ausführlichen Beitrag heraus, in dem es u. a. hieß: »Es ist heute keine Stennes- oder Straßer-Opportunisten, sondern es ist ein Sturm der enttäuschten SA-Proleten, die jetzt die Erfüllung der von Hitler gemachten unzähligen Versprechungen fordern. Lange genug haben sie geschrien ›Deutschland erwache!‹, jetzt endlich erwachen sie selbst. (...) Sie werden den Weg zur wirklichen Freiheitspartei aller Unterdrückten, zur KPD, finden. Sie werden den vielen ehemaligen SA-Leuten, die heute unter unseren roten Fahnen kämpfen, folgen. Dafür werden die Kommunisten durch ihre Aufklärung sorgen.« Konkret wurde über Unzufriedenheit, offenes Aufbegehren bis hin zu Massenaustritten aus mehreren Berliner Stürmen berichtet. Die SA-Männer Walter Bischoff und Curt Caovia vom Weddingener Sturm 101 erklärten ihren Übertritt zur KPD.

SA-Mann Bischoff berichtete, dass der Truppführer von Trupp 1 einmal geäußert hätte, wenn es die Vorteile in der SA-Küche nicht geben würde, würde er die ganze »Scheiße« nicht mitmachen. Bischoff fand bei der SA auch nicht den Typ von Kamerad, wie er ihn von der Stempelstelle gewohnt war. Der Sturmführer Gewehr etwa, von Beruf Ingenieur, soll sich für etwas Besseres

gehalten haben. Das Fass zum Überlaufen brachte für Bischoff schließlich, dass, als gegen den Sturmführer ein Haftbefehl vorlag, der zuständige Polizeihauptmann Lindigkeit (NSDAP-Mitglied), dem der Haftbefehl zur Vollstreckung zugegangen war, drei Tage Urlaub nahm und Gewehr so entfliehen konnte. Dies belegte Bischoff mit einem internen SA-Schreiben, das in Auszügen in der *Roten Fahne* abgedruckt wurde. Dann schilderte Bischoff noch, dass er einmal Zeuge wurde, wie Gewehr einem betrunkenen SA-Mann einen Revolver mit der Bemerkung »Geh und handle« in die Hand gedrückt hatte. So etwas soll öfters vorgekommen sein.

Unter den sieben anfangs erwähnten Neuköllner Überläufern zur SA ist Karl Beuschel vom Roten Frontkämpferbund (RFB) Britz ein Sonderfall. Er trat zwar im Sommer 1932 ebenfalls in die SA ein. Jedoch erfolgte bei ihm der Eintritt offenbar auf Anordnung der KPD. Beuschel war Jahre später in der West-Berliner VVN/VdA Neukölln aktiv, ein Zeichen für seine nach wie vor antifaschistische Gesinnung. Auch in Berlin-Wittenau war es so, dass ein besonders umsichtiger RFB-Genosse beauftragt wurde, dem Wittenauer SA-Sturm beizutreten – u. a. um über bevorstehende SA-Aktionen zu informieren und zu warnen. Bei dem Wittenauer Genossen handelte es sich um den Bauarbeiter August Ziemer. Beide Männer lassen sich zum Kreis derjenigen zählen, die im Auftrag der KPD innerhalb der SA nicht nur Spitzelarbeiten tätigten, sondern wohl auch für die Zersetzungstätigkeit ab Herbst 1932 verantwortlich waren, die zur Bildung der sogenannten »Scheringer-Staffeln« geführt haben. Diese für die maßgeblichen Männer in Politik, Wirtschaft und Militär beunruhigende Entwicklung dürfte einen Einfluss auf das Ränkespiel um die Machtübergabe an Hitler gehabt haben.

Wenige Tage vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler gelangte der Nachrichtendienst der KPD jedoch noch in den Besitz eines geheimen Standartenbefehls der SA-Untergruppe Berlin-Ost. In einem *Roten Fahne*-Bericht wurden Auszüge aus dem Standartenbefehl veröffentlicht. Demnach würde die KPD planen, »durch anständig auftretende Diskussionsredner« in allen SA-Lokalen Zersetzungsarbeit zu leisten. Zeitlich etwas versetzt sollten dann die sich in der SA befindenden KPD-Spitzen in einer konzertierten Aktion austreten, um weitere Massenaustritte aus der SA nach sich zu ziehen. Die SA-Führung rechnete mit »wenigstens 1500 Mann«, die dann in alter Uniform und mit »proletarischen« Ab-

zeichen Propagandamärsche vollführen sollten. Daher ordnete der Standartenführer an: »Diskussionsredner kriegen ein paar in die Schnauze geschlagen«. Es sei keinesfalls gestattet, »daß sich unzulänglich geschulte SA-Männer oder SA-Führer mit dialektisch überlegenen Rednern des Gegners einlassen.« Der Standartenbefehl schließt mit den aufschlussreichen und bezeichnenden Worten des Standartenführers: »Ich werde nicht dulden, daß an der Vergangenheit und der heutigen Zeit Verrat geübt wird, und ich werde in unerschütterlicher Treue die Sache des Mannes verfechten, dem ich zu ehrlichem Dienst zugeschworen habe.«

In einem internen Rundschreiben der KPD hieß es: »Der bevorstehende Kampfwinter muß das Sowjetdeutschland bringen.« Doch die Kommunisten, die der KPD die Treue gehalten hatten, wurden enttäuscht: Das Frühjahr 1933 brachte nicht die Revolution sondern die Konterrevolution an die Macht. Diejenigen die auf die SA gesetzt hatten und dachten der »nationalen Revolution« würde eine zweite, die »sozialen Revolution«, folgen, wurden ein Jahr später im Juni/Juli 1934, als Hitler die SA-Opposition unter Röhm durch Gestapo, SS (Leibstandarte Adolf Hitler) und mit Hilfe der Reichswehr blutig ausschalten ließ, eines besseren belehrt.

## Überläufer-Typen

Sven Reichardt wagte auf der Grundlage weniger empirischer Belege eine kurze Charakterisierung zum Typus des Überläufers: »Die Überläufer scheinen entweder nach internen Konflikten in ihrer vormaligen Gruppe Schutz beim politischen Gegner gesucht zu haben, oder es handelte sich um autoritäre Abenteurer, die nach kurzer und offenbar enttäuschender Stippvisite auf der einen Seite zum Gegner wechselten.« Ein gutes Beispiel für den ersten kriminellen Typus stellt der SA-Mann Karl Senkbeil dar. Über Senkbeil, Führer der Schalmeien-Kapelle des Friedrichshainer Sturmes 5, erfährt man in der *Roten Fahne*, dass er im Jahre 1926 aus der Roten Jungfront wegen Unterschlagung hinausgeworfen wurde. Er wäre dann in einen Ringverein gegangen, wurde aber selbst dort aus gleichem Grunde rausgeschmissen. »Und dieses üble Subjekt, dem kein Verbrecher mehr die Hand reicht, wurde Ehrenmitglied bei den Nazis.« Zum zweiten autoritären Typus, der sich in den Dienst jener Partei stellt, die mehr Erfolg verspricht, würde ein ehemaliger RFB-Angehöriger aus Lichtenberg passen. Besagter Paul Fölz, dem es im Kampf gegen die Nazis

nie hart genug zugehen konnte, trat dem dortigen SA-Sturm 44 bei, weil er sich dann (als sich schon abzeichnete, dass die Nazis das Rennen machen würden) eine geringere Haftstrafe für einen kurz zuvor begangenen Überfall auf ein NS-Lokal erhoffte, wie aus einem Gefängnisbrief von ihm hervorgeht. Anhand der zu Beginn geschilderten Personalien lässt sich noch ein weiterer Typus des Überläufers bestimmen: Der Ruhmsüchtige. Da Hamann auch Gelder veruntreut hatte und wegen einer Brandstiftung in einem Arbeitsnachweis 1930 in Haft gewesen war, kann man diesen auch noch dem kriminellen Typus zurechnen.

Neben dem Fall des SA-Mannes Bischoff liegt noch ein weiterer Fall für einen Überläufer von den Nazis zu den Kommunisten vor. In einem *Rote Fahne*-Bericht schon von Ende August 1932 über Zerfallserscheinungen in der SA wurde das Faksimile eines NSDAP-Mitgliedsbuches abgedruckt, das ein »enttäuschter Naziprolet« namens Erich Czyganowski, von Beruf Maschinenbauer, der *Rote Fahne*-Redaktion auf den Tisch geknallt hatte. Mehr, außer dass Czyganowski Mitglied der KPD und der Antifaschistischen Aktion wurde, steht zu seinem konkreten Fall nicht, aber der Grundtenor des Berichtes ist, dass die sozialen Spannungen »zwischen proletarischen Teilen der SA und den Kleinbürgern, Villenbesitzern und Kapitalisten der Parteisektionen« immer größer wurden. Letzten Endes kann man diese Grundkritik auch aus Bischoffs Schilderungen der Verhältnisse im Sturm 101 herauschälen. Überläufer von der SA zur KPD wären demnach unpolitische oder »atypische« Arbeiter gewesen, die, zunächst durch die sozialen Betreuungsmaßnahmen der SA angelockt, ihr diffuser Klasseninstinkt von der widersprüchlichen sozial heterogenen NS-Bewegung abbrachte und sie schließlich zu einer ihre Klasseninteressen konsequent vertretenden Partei trieb. Das Bild des zwar zunächst »irregeleiteten« aber an sich lauterer Proleten, der zur Vernunft kam und ohne große Worte in die Reihen der Kommunisten aufgenommen wurde, entspräche auch einem Topos, und zwar dem kommunistischen.

## Fazit

So gut wie alle Zahlenangaben im Aufsatz von Udo Grashoff, auf den sich Petersen stützt, beziehen sich auf die Zeit nach der Machtübergabe 1933. Auch die Zahlenangabe eines ehemaligen Leiters der »Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit« speziell für Berlin, der von 20 Prozent Überläufern sprach, bezieht sich auf nach 1933. Petersen spricht jedoch von einer »großen Eintrittswelle« Ende 1932/Anfang 1933 in die SA. Also in genau jenem Zeitraum, für den es Belege für Massenübertritte in umgekehrter Richtung gibt. Grashoff räumt auch ein, dass Überlaufen lokal und regional in unterschiedlichem Ausmaß stattgefunden hat. Im Falle der Lichtenberger Straßenkämpfer hat es offensichtlich so eine lokale Häufung gegeben. Diese hat Petersen dazu verleitet, die Aussage Grashoffs auf die Zeit vor 1933 auszuweiten. Doch verzerrt so ein fokussierter Blick auf solche spektakulären Einzelfälle die Gesamtsicht. Die gegenteilige These scheint allein schon deshalb plausibler, weil sie auch dem übergeordneten Trend entspräche: Während nach dem Wahldebakel vom 6. November 1932 allmählich Zerfallserscheinungen in der NSDAP zu Tage traten, legte die KPD an Mitgliedern und Wählern zu und wurde stärkste Partei in Berlin. Auch scheint, um auf den Titel dieses Aufsatzes zurück zu kommen, Rot nicht gleich Braun gewesen zu sein, da, jedenfalls nach den bisherigen Belegen, die Motivlagen für den Wechsel völlig andere waren. Allein schon ein Blick auf die Wählerbewegungen am Ende der Weimarer Republik – der ganze bürgerliche Block bricht weg, während die Arbeiterparteien nahezu konstant bleiben – genügt, um aufzuzeigen: die entscheidenden Massenbewegungen fanden nicht zwischen Kommunisten (auch nicht Sozialdemokraten) und SA statt. Wilhelm Frick, ab dem 30. Januar 1933 Reichskommissar für Inneres, brachte es in besagtem Jahre 1932 auf den Punkt: »Die Masse der Arbeiter werden wir zweifellos erst gewinnen, wenn wir im Besitz der Macht sind.«

**Dr. Oliver Reschke**

# Völkermord – was dann? Aufarbeitung ... nein danke!<sup>1</sup>

Es ist wohl die bekannteste Thematik des deutschen Kolonialismus: Der Völkermord an den OvaHerero und Nama in der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika ist Reibungspunkt politischer Debatten, Inhalt wissenschaftlicher Dispute und juristischer Auseinandersetzungen.

Aktuelles Puzzlestück wird der 12. Oktober 2017 bilden. In New York wird es eine weitere Anhörung zu einer eingereichten Klage von VertreterInnen der OvaHerero und Nama gegen die Bundesrepublik Deutschland geben. Im März 2017 hatte eine erste Anhörung stattgefunden. Es geht um Wiedergutmachung und direkte Beteiligung von Vertretergruppen an den Gesprächen. Die Bundesregierung entsandte damals, auch zur Verwunderung der Richter, keinen VertreterInnen. Jüngst wurde die Klagezustellung zu einem anderen Politikum. Der Berliner Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) weigerte sich, die Klage anzunehmen. Zwar argumentierte er formaljuristisch, jedoch hat sich der Berliner Senat laut Koalitionsvertrag für eine aktive Aufarbeitung des Völkermordes verpflichtet. Widersprüchlichkeiten und unzureichender Umgang mit der Geschichte ist oftmals Mangelware und zeigt sich bei dem Völkermord an den OvaHerero und Nama auf eklatante Weise.

REINHART KÖBLER und HENNING MELBER haben ein neues Buch zu diesem Sachverhalt vorgelegt und dabei die (geschichts)politische Diskussion bis März 2017 verarbeitet. »Völkermord – und was dann?« lautet der programmatische Titel der Publikation. Die Ausführungen setzen an dem Völkermord zwischen 1904 und 1908 an und analysieren die danach erfolgte Aufarbeitung – so unzureichend diese auch gewesen ist. Beide Autoren legen klar dar, wie die »*eskalierende Kriegsführung der deutschen »Schutztruppe«*« als Völkermord gewertet werden muss. Dabei geht es nicht nur um den berühmten Vernichtungsbefehl des Generals LOTHAR VON TROTHA, in der Geschichtsschreibung manchmal lax als »Schießbefehl« bezeichnet. Es geht auch um den mörderischen Umgang mit zivilen Gefangenen und um die Zerstörung von Lebensbedingungen als Vernichtungs-

strategien. Dabei führten die kriegerischen Auseinandersetzungen und die Vernichtung zu einer Transformation der kolonialen Gesellschaft. Die Kernelemente des späteren Apartheidsystems entwickelten sich, die noch heute in Namibia sicht- und spürbar sind.

Es macht fassungslos, wenn KÖBLER und MELBER die vielen unzureichenden, halbherzigen parlamentarischen Initiativen, Reden und Reisen seit 1989 aufzählen, die nur so von fehlendem Schuldbewusstsein und von Paternalismus – insbesondere der jeweiligen Regierungsparteien von CDU/CSU über SPD bis zu den Grünen – strotzen. Unter der Floskel der »besonderen Verantwortung« werden zwar Gelder für Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt, aber eine wirkliche Verantwortung wird nicht übernommen. Wie der Teufel das Weihwasser fürchtet man Wörter wie Entschuldigung oder Reparationen.

Geradezu grotesk erscheint es, dass seitdem das Wort »Völkermord« in einer Pressekonferenz Mitte 2015 für dieses historisch eindeutige Ereignis fiel, die Verhandlungen um eine Entschuldigungsgeste zäh vor sich hindümpeln. Erst Ende September trafen sich nach einem Jahr die Unterhändler wieder, auf namibischer Seite Zed Ngavirue und auf deutscher Seite Ruprecht Polenz. Interesse an einer Aufarbeitung sieht anders aus. Man scheint ja schon dankbar zu sein, dass sich solche Fauxpas wie von der ehemaligen Staatssekretärin Pieper 2011 nicht wiederholen. Während der Übergabe menschlicher Gebeine in der Berliner Charité brüskierte sie eine anwesende Delegation von OvaHerero.

Trotz der schleppenden Fortschritte gingen viele BeobachterInnen davon aus, dass entweder der frühere Bundespräsident Joachim Gauck die Bitte um eine Entschuldigung ausspricht, oder aber eine solche wichtige Geste in der vergangenen Legislaturperiode von Seiten des Bundestages noch erfolgen würde. Beides traf nicht ein. Hier verdeutlicht sich die kaum noch vorhandene Hoffnung beider Autoren auf konstruktive Neuansätze in der (erinnerungs)politischen Aufarbeitung des Völkermordes.

Obwohl schon keine konstruktiven Neuansätze zu erwarten sind, müsste der Weg zu einer Bitte um Entschuldigung eigentlich jetzt leichter gegangen werden. Denn erstens ist jetzt Frank-Walter Steinmeier Bundespräsident und unter seiner Amtszeit als Außenminister hatte die besagte Pressekonferenz 2015 mit der entsprechenden Bewertung als Völkermord stattgefunden. Und zweitens – das ist spekulativ – müssten sich die Grünen für eine Entschuldigung einsetzen, sollten sie in die Verhandlungen einer »Jamaika-Koalition« gehen. Zuletzt 2015 haben sie aus der Opposition einen entsprechenden Antrag an die Bundesregierung gerichtet. Beide Autoren umreißen jedoch nicht nur politische Auseinandersetzungen, sondern analysieren auch die (jüngeren) kolonialapologetischen Medienberichte, unter denen der »Spiegel« herausstach, als er dem Revanchisten Hinrich Schneider-Waterberg als Zuträger für einen Artikel des ehemaligen Afrikakorrespondenten Bartolomäus Grill umfangreichen Platz einräumte. Man kann dankbar sein, dass KÖBLER/MELBER sich nicht einer Diskursanalyse der Allgemeinen Zeitung aus Namibia und vor allem den dort abgedruckten Leserbriefen widmen. Nicht minder kontrovers sind die Kämpfe im öffentlichen oder musealen Raum, die KÖBLER und MELBER als notwendigen Gestaltungsspielraum und postkolonialen Lernort wahrnehmen. Die zurzeit emotional geführte Debatte um die Berliner Lüderitzstraße, benannt nach dem Kaufmann Adolf Lüderitz, der auf betrügerischer Weise Ländereien zu Beginn der Kolonialzeit erwarb, zeigt die Notwendigkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit unserer kolonialen Vergangenheit. Geringen Raum nehmen leider die Zusammenfassungen der politischen, juristischen und identitätsstiftenden Aufarbeitungen der Nachfahren der vom Völkermord Betroffenen in Namibia ein. Insbesondere KÖBLER hatte in

der Vergangenheit bereits in diesem Feld geforscht und entsprechende Aufarbeitungen geliefert. Hier gelingt es zu wenig, der Forderung von Vertretergruppen gerecht zu werden, sie als Akteure wahrzunehmen – auch wenn die ehemalige Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul in ihrem Vorwort richtigerweise pointiert schreibt: *»Diese Buch richtet sich in erster Linie an uns Deutsche«*. Zu kurz kommt leider ebenso eine Diskussion über Entschädigungen, die auch in linken Kreisen für Kontroversen sorgt. Auch hier scheiden sich die Geister, ob Entschädigungen für einen Völkermord gezahlt werden sollten, der mehr als 100 Jahre zurückliegt. Dabei sollte es keine Diskussionen über die im Raum kursierenden Summen geben, sondern um die Pro- und Contra- Argumente. Daneben gehen beide Autoren zu wenig auf die mangelhafte Auseinandersetzung innerhalb der Kirchen und Missionsgesellschaften ein. Da hat sich in der Vergangenheit, zwar langsam, aber stetig etwas bewegt. Dennoch: Dieses auf den ersten Blick dünne Buch für dieses wichtige – nicht nur kolonialhistorische – Thema umfasst viele Facetten und eignet sich sowohl zum thematischen Einstieg als auch zur vertiefenden Lektüre. Reinhart Köbler/Henning Melber: Völkermord – und was dann? Die Politik deutsch-namibischer Vergangenheitsbearbeitung. Brandes & Apsel, 2017, 176 S., 19,90 Euro, ISBN 9783955581930.

#### **Andreas Bohne**

ist seit vielen Jahren im Bündnis »Völkermord verjährt nicht!« aktiv und betreut die Homepage [»www.genocide-namibia.net«](http://www.genocide-namibia.net).

---

1 Anmerkung zur Erstveröffentlichung im ND



# Die »aggressivsten Kräfte« – wer sind sie heute?

## Zur Bedeutung der Kapitalismuskritik in der antifaschistischen Geschichtsarbeit.

Für die Rettung der Finanzindustrie wurden und werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, nicht aber für ihr Mitwirken an der Schadensbegrenzung. Das erinnert an die Krisenregelungen zu Zeiten der Finanzkrise ab 1929 und den Panzerkreuzerbau von 1931. Sie verschärften die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche. Sie führten dazu, dass die reaktionärsten Kräfte des Kapitals immer mehr den Ausweg im Faschismus und im Krieg suchten. Auch heute werden wir Zeuge davon, wie national und international die Demokratie abnimmt, wie die Banken entlastet und die Massen belastet werden. Antifaschistische Erinnerungsarbeit darf weder die Geschichte der sog. »Krisenbewältigungspolitik« um 1933 aus dem Blick verlieren, noch die verfehlte Krisenbewältigungspolitik von heute. Von Fragen der »politischen Ökonomie« der Erinnerungsarbeit handelt der folgende Beitrag aus dem Projekt »Verbrechen der Wirtschaft 1933–1945« an Rhein und Ruhr.

Die Zerstörung der Weimarer Demokratie und die Installation des Naziregimes sowie die Rolle, die Großindustrielle dabei spielten, waren Gegenstand der Nürnberger Prozesse. Der US-amerikanische Hauptankläger Brigadegeneral Telford Taylor sagte am 27. August 1947 in Nürnberg: »Ohne die Zusammenarbeit der deutschen Industrie und der Nazi-Partei hätten Hitler und seine Parteigenossen niemals die Macht in Deutschland ergreifen und festigen können, und das Dritte Reich hätte nie gewagt, die Welt in einen Krieg zu stürzen.«<sup>1</sup> Der entscheidende Anteil der deutschen Industrie am Aufkommen des Faschismus an der Macht – dies vor allem mit dem Ziel der militärischen Überwindung der Folgen des Ersten Weltkrieges – war bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland die allgemeingültige oder doch vorherrschende Erkenntnis in Politik und Wissenschaft. Später blieb diese Erkenntnis weitgehend unbeachtet, sie wurde gar bewusst verdrängt. Das geht heute soweit, die prägende Rolle des großen Kapitals in Vergangenheit und Gegenwart überhaupt zu leugnen.

Die in Deutschland heute praktizierte Demokratie sichert jedoch die Herrschaft der Reichen und Mächtigen, auch wenn diese nicht die Mehrheit der Bevölkerung stellen. Das große Geld entscheidet. Dies wurde in einem Regierungsdokument amtlich bestätigt: »Die Wahrscheinlichkeit für eine Politikveränderung ist wesentlich höher, wenn diese Politikveränderung von einer großen Anzahl von Menschen mit höherem Einkommen unterstützt wird.«<sup>2</sup> Dass ein Landesministerpräsident sich bei großen Konzernen Zustimmung zu einer Regierungserklärung einholt, löste in diesem Sommer Überraschung aus, sollte aber nicht verwundern. Cem Özdemir, Grüner Parteivorsitzender, sagte: »Wenn Ministerpräsident Weil eine Regierungserklärung von Volkswagen abnickeln lässt, ist das Fundament unserer Marktwirtschaft bedroht.«<sup>3</sup> Richtig müsste es statt »bedroht« heißen: »bestätigt«. Bert Brecht sagte in solchen Situationen, der Gegenstand der Betrachtung habe sich bis zu seiner Kenntlichkeit verändert.

Wie in der Innen- so auch in der Außenpolitik: »Selbst größte Zyniker dürften sprachlos vor der Tatsache stehen, dass als erste konkrete Ergebnisse des neuen deutsch-französischen Elans der Bau eines Kampfjets und der Verzicht auf eine Besteuerung der Finanzindustrie herausgekommen sind.«<sup>4</sup> Die erstaunte Zeitung ist ihrer rüstungsfreundlichen Tradition zufolge nicht gegen den Bau eines neuen Kampfjets und gegen die Schonung der Finanzindustrie, hat aber Bedenken, dass man es so offen sagt. Die Finanztransaktionssteuer sollte endgültig von der Agenda verschwinden ist, wird schon lange gefordert, nun von Seiten der deutschen und französischen Regierung abgeschafft. Dies obwohl diese Steuer, mit der die Börsenkunden und die Banken zur Erstattung der von ihnen verursachten Schäden herangezogen werden könnten, dies verhindern sollte: Dass Banken in Finanzkrisen zulasten der Allgemeinheit geschont werden.<sup>5</sup> So ähnlich wie Angela Merkel und Emmanuel Macron hat es Donald Trump gemacht: Die Schuldigen an der großen, bisher nicht überwundenen Finanzkrise von 2007

werden freigesprochen.<sup>6</sup> Ja, Goldman-Sachs und andere Wallstreet-Vertreter werden ins Weiße Haus geholt. Und den Opfern werden zweifelhafte Arbeitsplatzangebote gemacht – z. B. in der Rüstungsindustrie. In einer Rezension zu den jetzt erstmals veröffentlichten »Krisenheften« von Karl Marx heißt es: »Der Krisenparcours, der vor zehn Jahren mit der Immobilienbaisse in den USA begann und wegen der gewaltigen Schulden, die derzeit noch auf Staaten, privaten Haushalten und Unternehmen lasten, nicht von allen Ökonomen als überwunden gilt, wirft die alte Frage (auf): ›Can it happen again?‹ Kann es wieder geschehen?« Es kann.<sup>7</sup> Und es kann erneut geschehen, dass eine Weltwirtschaftskrise mit die Grundlage für das Aufkommen faschistischer Herrschaft wird.

### **Kampfjet heute – Panzerkreuzer damals**

Die USA verkaufen für 100 Milliarden Dollar Waffen an Saudi-Arabien. Und nun der neue deutsch-französische Kampfjet. Zudem die Versicherung der Verteidigungsministerin, an der exorbitanten Zwei-Prozent-Plus-Schraube, für die Rüstung – bezogen auf das Brutto-Inland-Produkt – festzuhalten.

Die Kriegsgefahr bleibt permanent. Die im Krieg verheizt werden sollen, dürfen zunächst noch an der Kriegsvorbereitung – an der Hochrüstung – mitwirken. Für die Bewältigung der Krise der Finanzindustrie wurden und werden die Steuerzahler und nicht die Verursacher herangezogen. So war es auch zu Zeiten der Finanzkrise ab 1929 und des Panzerkreuzerbaus von 1931. Die Widersprüche verschärften sich und führten dazu, dass die reaktionärsten Kräfte des Kapitals immer mehr den Ausweg im Faschismus und im Krieg suchten. Auch heute werden nimmt national und international die Demokratie ab, werden die Banken entlastet und die Massen belastet. Doch davon ist keine Rede in der staatlich geförderten politischen Bildung. Es wird sogar alles unternommen, damit diese Themen tabuiert werden.

### **Lehren für die aktuelle Erinnerungsarbeit**

Antifaschistische Erinnerungsarbeit darf weder die Geschichte der angeblichen Krisenbewältigungspolitik um 1933 aus dem Blick verlieren, noch die verfehlte Krisenbewältigungspolitik von heute. Das erfordert konkretes aktuelles Eingreifen, und zwar in breiten Bündnissen. Zu behaupten, dass zuerst der bürgerlich-kapitalistische

Staat durch alle am Marxismus und Antiimperialismus orientierten Linken zu beseitigen ist, wenn der Faschismus bekämpft werden soll, ist allerdings eine sehr problematische Desorientierung, die aber immer wieder zu hören ist. Vielmehr muss daran erinnert werden, wohin es führen kann, wenn jede Wirtschaftsdemokratie unter Einbeziehung der Produzenten fehlt, wenn sich das Finanz- und Rüstungskapital mit den reaktionärsten Politikern verbündet. Dass sich gegenwärtig die großen Medien und die de Maizere und Co. darin überschlagen, zu betonen, dass man viel zu lange gegen rechts angegangen sei, wo doch der linke Extremismus der Hauptfeind sei, das muss uns alarmieren.

Die politischen Freunde des Bank- und Rüstungskapitals, das waren 1932/1933 die reaktionärsten Konservativen um Franz von Papen und die Nazis. Sie waren in jener Zeit äußerst aktiv, um eine scharfe Wende nach rechts herbeizuführen. Einer der Schauplätze dieser Leute, man kann auch Tatorte sagen, war die heutige Hainallee in Dortmund, wo damals die Villa Springorum stand. Hier tagte am 7. Januar 1933 die geheime Ruhrlade der Schwerindustrie, der u. a. angehörten: Haniel, Klöckner, Krupp von Bohlen und Halbach, Poensgen, Reusch, Springorum, Thyssen und Vögler.

Im Folgenden soll ein Projekt der Aufklärung über die Verbrechen der Wirtschaft 1933 bis 1945 geschildert werden; dies unter Berücksichtigung der Lehren für heute. Dies soll am Beispiel der Bemühungen um eine wirtschaftskritische Geschichtsarbeit in Nordrhein-Westfalen, speziell in Dortmund erfolgen.

### **Die Funktion der Ruhrlade**

Zum Beispiel: Die VVN-BdA beantragte im Januar 2017 in Dortmund:

- Es möge eine Bodenplatte oder eine Tafel geschaffen werden mit der Inschrift:

*»Hier an der Ecke Eintrachtstraße/Hainallee stand die Villa Springorum. Es trafen sich darin am 7. Januar 1933 Franz v. Papen und führende Ruhrindustrielle des Geheimbundes ‚Ruhrlade‘, um die Machtübertragung an Adolf Hitler und seine Partei zu entscheiden. Sie erfolgte am 30. Januar 1933, und viele Ruhrindustrielle unterstützten sie. Sie profitierten von Rüstung und Krieg, von der Beseitigung der Demokratie und der Arbeiterrechte, von Antisemitismus, Holocaust und Zwangsarbeit und von der Unterdrückung und Ausplünderung der Völker Europas.«*

Ein ähnliches Treffen fand an jenem 7. Januar 1933 in Mülheim/Ruhr bei Emil Kirdorf statt, wo sich Adolf Hitler persönlich einfand.

Die Beantragung ist Teil einer Aktion Spurensuche »Verbrechen der Wirtschaft«, die von der VVN-BdA in Nordrhein-Westfalen betrieben wird. Es geht dabei darum, nicht nur die Opfer zu ehren – z. B. mittels Stolpersteinen –, sondern nun auch die Täter aus den ökonomischen Eliten anzuklagen und dazu die Tatorte aufzuzeigen. Das Vorbild dafür findet sich in der Stadt Köln. Ein Schild, das – beantragt von der SPD – seit 1996 vorm Hause Stadtwaldgürtel 35 liegt, besagt: Hier im Haus des Privatbankiers Kurt Freiherr von Schröder trafen sich am 4. Januar 1933 Adolf Hitler und Franz von Papen, »um über eine Regierungsbildung zwischen Nationalsozialisten und Rechtskonservativen zu beraten«; es wurden »die Weichen für Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 gestellt«.

Die Treffen am 4. Januar 1933 in Köln und die Treffen am 7. Januar 1933 in Dortmund und Mülheim stehen in engem Zusammenhang. Doch die wirkliche Entscheidung scheint in Dortmund von der geheimen »Ruhrlade« getroffen worden zu sein.

Dies ist aber weithin unbekannt, und soll daher bekannt gemacht werden. Insbesondere die Täter aus dem Kreise der Wirtschaftsführer wurden bisher nicht angeklagt. Verbrecher aus ihren Kreisen werden stattdessen geehrt, etwa Krupp, an dessen Jubiläumstagen ganz Essen Kopf steht. Es käme hingegen niemand auf die Idee, in der Geburtsstadt von Josef Goebbels, in Reydt/Mönchengladbach, großartig an seinen Geburtstag zu erinnern. Jedoch auch der Steigbügelhalter Hitlers, Franz von Papen, war bis vor kurzem noch Ehrenbürger von westfälischen Städten. Er war Verbindungsmann zwischen Wirtschaft und Nazis und gehörte 1933 dem ersten Kabinett Hitler an.

Die Stadtratsfraktion der SPD von Dülmen erwirkte die Aberkennung des Ehrenbürgerstatus für Franz von Papen in seiner Heimatstadt Dülmen. Es wurde festgestellt: »Von Papen war seit 1932 Ehrenbürgermeister der Gemeinde Merfeld und ist seit 1933 auch Ehrenbürger der Stadt Dülmen. (...) Mit der Aberkennung der Ehrenbürgerwürde setzen wir gemeinsam ein Zeichen gegen Rassismus und Nationalismus und für Demokratie und Toleranz.«

Was wurde aus dem Bürgerantrag in Sachen Ruhrlade/Hainallee?

Der Antrag der VVN-BdA in Sachen Ruhrlade wurde einstimmig von der Dortmunder Bezirksvertretung Innenstadt-Ost abgelehnt. Den Mitgliedern der geheimen

Ruhrlade wurde ein »Persilschein« durch das Stadtarchiv ausgestellt. So nannte man ab 1945 die Dokumente für die Freisprechung von Naziverbrechern. Das Stadtarchiv gab zum Antrag der VVN-BdA eine Stellungnahme<sup>8</sup> ab, in der es heißt:

*»Die beantragte Tafel wirft wichtige historische Fragen auf, die ich im Folgenden in aller Kürze erläutern möchte. Letztlich geht es um die Frage, warum Hitler am 30. Januar 1933 Kanzler wurde. Dies ist eine äußerst komplexe Frage. Sie muss in zwei Richtungen beantwortet werden:*

1. *Warum scheiterte die erste deutsche Demokratie?*
2. *Was passierte um die Tage des 30. Januars 1933?»*

Zu 1 wird festgestellt: Nur die Sozialdemokraten hätten ab 1930 eine demokratische Zukunft für Deutschland angestrebt, nicht so »die geistige Elite«, die KPD, die Wirtschaftseliten, vor allem die Schwerindustrie. »Ende 1932/Anfang 1933 waren die führenden Wirtschaftsvertreter an einer »Sammlung der nationalen Konzentration« interessiert, also einem rechtskonservativen Zusammenschluss der bürgerlichen Kräfte als Gegengewicht gegen Hitler.« Nur einzelne waren Anhänger Hitlers. Erst nach »Beginn der Kanzlerschaft Hitlers« machte die Industrie »gute Geschäfte mit der nationalsozialistischen Politik.« Daraus Schlüsse auf deren Einstellungen vor 1933 zu ziehen, sei »aber nicht statthaft.«

Zu 2 besagt das Gutachten, dem sich alle Parteien – auch die LINKEN – in der Dortmunder Kommunalpolitik anschlossen: Nahezu alle Historiker seien der Meinung, dass vor allem die Großagrarien und Junker bei Hindenburg die Kanzlerschaft Hitlers durchgesetzt haben. »Selbst wenn die führenden Industriemanager sich bei ihm für Hitler verwandt hätten (was sie nicht getan haben), hätte Hindenburg nicht zwangsläufig auf sie gehört.« Aus dem obigen folgt, dass das Stadtarchiv einer Tafel an der Hainallee mit der vorgeschlagenen Beschriftung nicht zustimmen könne.

### **Kritik der Stellungnahme des Stadtarchivs Dortmund**

Der Leiter des Stadtarchivs wiederholt die These, dass Nazis und Kommunisten die erste deutsche Demokratie vernichtet hätten. Er räumt ein, dass auch die Großindustriellen die Demokratie abschaffen wollten, aber nicht eine Nazidiktatur wünschten.

Es soll hier mit einem sozialdemokratischen Dokument von 1934 geantwortet werden, das sich auf das Jahr 1918/1919 bezieht, auf den Ursprung der Republik, denn da wurde die Grundlage für das Versagen der Weimarer Republik gelegt: *»Die Sozialdemokratie als (1918/1919) einzig intakt gebliebene organisierte Macht übernahm ohne Widerstand die Staatsführung, in die sie sich von vornherein mit den bürgerlichen Parteien, mit der alten Bürokratie, ja mit dem reorganisierten militärischen Apparat teilte. Daß sie den alten Staatsapparat fast unverändert übernahm, war der schwere historische Fehler, den die während des Krieges desorientierte Arbeiterbewegung beging.«*<sup>9</sup>

Zur Rolle des Kapitals und der Feudalherren wird ausgeführt, und zwar in der Passage darüber, was künftig getan werden muss: *»Die Zerschlagung des alten politischen Apparates muß gesichert werden gegen seine bisherigen gesellschaftlichen Träger. Das erfordert: Sofortige entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes (...) Sofortige entschädigungslose Enteignung der Schwerindustrie. Übernahme der Reichsbank in den Besitz und die Verwaltung des Reiches. Vergesellschaftung und Übernahme der Großbanken durch die vom Reich bestimmten Leitungen.*

*Erst nach der Sicherung der revolutionären Macht und nach restloser Zerstörung der kapitalistisch-feudalen und politischen Machtpositionen der Gegenrevolution beginnt der Aufbau des freien Staatswesens mit der Einberufung einer Volksvertretung, gewählt nach allgemeinem, gleichem, direktem und geheimem Wahlrecht.«*

Die Spaltung der Linken und der Demokraten als Grund für den Sieg der Nazis wird von Dr. Mühlhofer, Stadtarchiv, nicht angesprochen, aber dazu wird sehr Wichtiges in dem SPD-Dokument ausgesagt:

*»Die Differenzen in der Arbeiterbewegung werden vom Gegner selbst ausgelöscht. Die Gründe der Spaltung werden nichtig. Der Kampf zum Sturz der Diktatur kann nicht anders als revolutionär geführt werden. Ob Sozialdemokrat, ob Kommunist, ob Anhänger der zahlreichen Splittergruppen, der Feind der Diktatur wird im Kampf durch die Bedingungen des Kampfes selbst der gleiche sozialistische Revolutionär. Die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt.«*<sup>10</sup>

Es wird heute hier und da eingewendet, dass das von den führenden Sozialdemokraten Friedrich Stampfer und Rudolf Hilferding verfasste Manifest, das im Zentralorgan »Neuer Vorwärts« veröffentlicht wurde und die »gemeinsame Front aller antifaschistischer Schichten« unter Einschluss der Kommunisten propagierte, nicht die ge-

wünschte Wirkung erreichte. Das mag für die Handlungsorientierung gelten, aber nicht für das Analytische des Textes. Diese Analyse war als Lehre aus 1933 allgemeingültiges Wissen. Man kann nur hoffen, dass sich in der SPD wieder mehr Bürger an jenem Manifest orientieren.

## Zur Bedeutung der Ruhrlade

Zur Rolle der Ruhrlade sei hier zusammengefasst, was Prof. Gustav Luntowski, früherer Dortmunder Stadtarchivar, ermittelte. Er konnte für sein Buch »Hitler und die Herren an der Ruhr – Wirtschaftsmacht und Staatsmacht im Dritten Reich« bisher ungenutzte Quellen auswerten, darunter die Privatarchive der Herren der Ruhrlade. Er kam nicht umhin festzustellen, daß »eine Mitverantwortung der Industriellen für das nationalsozialistische Unrechtssystem« nicht zu verneinen sei. Die Ruhrlade vertrat »die damals in konservativen Kreisen allgemein vertretenen Positionen« (so Luntowski), als da waren:

*»Ein ›großdeutsches Reich‹ (Zusammenfassung aller geschlossen siedelnden Deutschen und Anschluß Deutschlands Österreichs), Bekämpfung des ›Systems von Versailles‹ und der ›Kriegsschuldfrage‹, Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit, Revision der Ostgrenzen (Korridorfrage), Ablehnung des demokratisch-parlamentarischen Systems von Weimar, schärfste Bekämpfung des Marxismus, Unantastbarkeit des Privateigentums usw.«*

Das wirtschaftspolitische und allgemeinpolitische Programm der geheimen Schwerindustrievereinigung »Ruhrlade« schrie geradezu nach einem Mann wie Hitler: Tarifverträge allenfalls im Betrieb, also nicht überbetrieblich, Beschränkung aller sozialen Ausgaben, Verringerung der Arbeitslosenunterstützung und »Kampf mit den Gewerkschaften mit aller Schärfe«, so Paul Reusch (Gutehoffnungshütte), der zusammen mit Albert Vögler (Vereinigte Stahlwerke) als Scharfmacher der Ruhrlade wirkte. Reusch wies im Jahre 1932 als Mitbesitzer die »Münchner Neuesten Nachrichten« an, hinter dem NSDAP-Organ »Völkischer Beobachter« nicht sehr zurückzustehen, und erklärt namens des Aufsichtsrates zur »vornehmsten Aufgabe des Blattes« die Pflege des »nationalen Gedankens«.

Zur Entlastung des Großkapitals wird heute gern angeführt – auch von Dr. Mühlhofer: Die Industrielleneingabe<sup>11</sup> von November 1932 an Reichspräsident Hindenburg zugunsten Hitlers sei ohne Wirkung geblieben, erst nach dem 30. Januar 1933 seien die Industriellen auf die Gegebenheiten eingeschwenkt, vorher hätten sie

die Zusammenarbeit mit der NSDAP verweigert. Tatsächlich aber standen für die Nazipartei wie für einzelne Nazis schon Jahre vor 1933 unzählige Finanztöpfe bereit. Von der Eingabe an Hindenburg veröffentlichte Luntowski in einer 1992 entstandenen Ausstellung des Dortmunder Stadtarchivs ein Begleitschreiben, mit dem die Herren Albert Vögler, Paul Reusch und Fritz Springorum unter dem Eingangsstempeldatum des Büros des Reichspräsidenten vom 22. 11. 32 mitteilen, daß sie »voll und ganz auf dem Boden der Eingabe stehen«. Bereits im Dezember 1932 war in einem vertraulichen Bericht aus dem »Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen« (Langnamverein) konstatiert worden, »daß fast die gesamte Industrie die Berufung Hitlers, gleichgültig unter welchen Umständen, wünscht«. <sup>12</sup>

Über die Bedeutung des Treffens vom 7. Januar 1933 gibt ein Buch Auskunft, das zumeist unberücksichtigt bleibt, die Papen-Biografie von Joachim Petzold. <sup>13</sup>

Dazu fanden wir eine FAZ-Rezension aus dem Jahre 1995 <sup>14</sup>, in der deutlich wird: Seit Sommer 1932 lief die Connection Kapital-Hitler vor allem über Franz von Papen, der übrigens in Dülmen wohnte. Von Papen habe hinter den Kulissen und in Geheimgesprächen im Januar 1933 die Übernahme des Kanzleramts durch Hitler vorbereitet. Das Konzept der hinter Papen stehenden rechten Kreise sah bis Ende 1932 die »Einrahmung« oder die »Zähmung« Hitlers und seiner Partei vor, also deren Abnutzung in der Regierungsverantwortung bei gleichzeitiger Kontrolle durch die rechtskonservative Mehrheit des Kabinetts, dem Papen als Vizekanzler angehören sollte. *»Sehr schnell zeigte sich jedoch, daß dieser Plan auf völlig falschen Annahmen beruhte. Die Schlagkraft Hitlers und seiner Bewegung, die bald Tatsachen schuf, war fatal unterschätzt worden, und die Konservativen sahen sich sehr bald an den Rand gedrängt.«*

Daß die Groß- und insbesondere die Schwerindustrie ähnlich wie Vertreter der anderen »alten Eliten« in der Endphase der Republik eine verhängnisvolle Rolle gespielt haben, daß sie durch die massive Unterstützung der republikfeindlichen Kräfte am rechten Rand des bürgerlichen Spektrums zur weiteren Aushöhlung des politischen Systems, zur Stärkung autoritärer Staatsvorstellungen und damit indirekt oder direkt zur »Machtergreifung« beigetragen haben, der sie sich jedenfalls nicht widersetzen: All das ist in der Forschungsdiskussion der letzten Jahre und Jahrzehnte wieder herausgearbeitet worden. Warum soll dies in der politischen Bildungsarbeit nicht gelten?

## Wie weiter in der Spurensuche »Verbrechen der Wirtschaft«?

Die Lage ist diese: Die Dortmunder Gedenkstätte »Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945« soll Medienberichten zufolge hinsichtlich der antikapitalistischen Kritik entschärft werden, indem die Dauerausstellung auf die Themen »Polizei und Verfolgung in Dortmund 1933–1945« reduziert wird. Daher soll offenbar der Raum 7 mit dem Thema »Die Schwerindustrie setzt auf Hitler« entfernt werden. Aussagen in diesem Raum werden nunmehr als unzutreffend angezweifelt. (siehe oben: Stellungnahme des Stadtarchivs zum VVN-BdA-Antrag).

### Weiter wird deutlich:

- In der Hainallee soll nach Meinung der Stadt eine Warnung vor der Ruhrlade entfallen.
- Am Phönixsee in Dortmund-Hörde ist das Mahnmal für die Zwangsarbeiter und zum Arbeitserziehungslager noch immer nicht in Sicht. Dies obwohl Beschlüsse zur Errichtung einer Mahn- und Gedenkstätte seit langem vorliegen. Seit 2002 beantragte die VVN-BdA diese Gedenkstätte an der Stelle des Arbeitserziehungslagers der Stahlindustrie und der Gestapo. Von hier gingen zahlreiche Opfer in den Tod. Inzwischen ist die Stahlindustrie gewichen, eine künstlicher Naherholungssee geschaffen worden. Doch die Anlage bleibt unvollständig ohne die Gedenkstätte.  
und die
- Emil Kirdorf-Siedlung in Dortmund-Eving wird ihren Namen behalten; eine beschlossene Warntafel über die engen Verflechtungen des Ruhrindustriellen mit den Nazis verzögert sich weiter.

## Warum die Spurensuche der VVN-BdA?

Dazu meinen die Akteure: Vor neuem Faschismus zu warnen und ihn abzuwenden, kann sich nicht auf »Nazis raus aus unserer Stadt« beschränken. Die Geschichtsrückfrage der Stadt wie auch übergeordneter (Förderungs-)Behörden zur Frage der ökonomischen Eliten von vor 1933 muss ebenso im Blick bleiben. <sup>15</sup> Die örtliche Erinnerungsarbeit befasst sich sehr häufig und sehr positiv mit den Stolpersteinen für die Opfer, es braucht aber auch Warnungen vor den Tätern. Es braucht die Anwendung der antikapitalistischen Artikel der Lan-

desverfassung von Nordrhein-Westfalen und anderer Länder. Zur Landtagswahl verlangte die VVN-BdA auf der Grundlage ihrer »Programmatischen Eckpunkte«<sup>16</sup>, dass die Verfassung ernst genommen wird. Artikel 26 und 27 der NRW-Landesverfassung gebieten die Entmachtung der marktbeherrschenden Konzerne. Auf der Grundlage dieser Artikel müssen Betriebe wie z. B. Thyssen-Krupp oder Rheinmetall vergesellschaftet werden, um damit ihr kriegerisches Wirken als Rüstungskonzerne zu beenden. Ganz aktuell ist an die IG Farben Nachfolger und die Degussa zu erinnern. So hat Bayer einen Teufelspakt mit einem Konzern der USA, Monsanto, der mit Gefährdung von Umwelt und Gesundheit der Menschen bekannt wurde, geschlossen. Derselbe Bayerkonzern hat sich mit einer großen Spende am Wahlkampf für den erzkonservativen, rechtsextremen Donald Trump in den USA beteiligt. Degussa arbeitet eng mit der AfD zusammen. Nicht übersehen werden darf die Krise um die deutsche Autoindustrie. Volkswagen dirigiert das Land Niedersachsen, das seinen Anteil am Konzern nicht etwa nutzt, um im Sinne der Beschäftigten und Konsumenten mitzubestimmen. Das Bundesland duldet vielmehr, vom Konzern bestimmt zu werden. Verordnungen zum Umweltschutz werden von den Autokonzernen diktiert und nicht von dem demokratisch gewählten Gremien.

Die VVN-BdA NRW regt an, in der Arbeit für den Frieden die Landesverfassung zum Maßstab zu machen. Artikel 7 der Landesverfassung verlangt die Erziehung »zur Völkergemeinschaft und zur Friedensgesinnung«. Deshalb: Der Kooperationsvertrag der Landesregierung mit der Bundeswehr muss gekündigt werden. Die Bundeswehr soll auch nicht in Hochschulen, Schulen, Arbeitsagenturen, Ausbildungsmessen und Jobcentern werben dürfen. Forschung an Hochschulen zu Rüstungszwecken ist zu verbieten, Zivilklauseln an allen Bildungseinrichtungen – mit Absagen an die Konzerne – sind verbindlich einzuführen.

Wie eingangs ausgeführt, sind die internationalen und nationalen Verhältnisse von damals (Weltwirtschaftskrise) und heute (anhaltende Finanzkrise, drohende tiefe Weltwirtschaftskrise) gründlich zu beachten. Die rechtesten Kräfte weltweit erringen mehr Macht und das erste, was sie unternehmen, ist die Rüstungskosten zu erhöhen und die neuen Waffen zum Einsatz bereit zu halten und »Bankenrettung« zu betreiben, um die Krisenfolgen fürs Kapital – aber nicht für die kleinen Leute – abzumildern.

Die »aggressivsten Kräfte des Kapitals« setzen immer mehr auf Krieg. Man kann sagen: Rechtsentwicklung bedeutet Krieg. »Die Schwerindustrie (d.h. die Rüstungsindustrie) setzte auf Hitler« (Titel von Raum 7 der Dortmunder Gedenkstätte Steinwache), und sie setzt heute auf Trump, aber auch auf die NATO, auf die Bundeswehr, auf Rüstungsexport.

Die Abmilderung und Verklärung des geschichtlichen Faschismusbildes muss beantwortet werden mit einer grundsätzlichen Alternative.

Der französische Sozialist Jean Jaurès hat es treffend formuliert: »Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.« Und 1933–1935 wurde treffend von den Kommunisten und anderen Linken ausgesagt, dass der Faschismus an der Macht die Herrschaft der am meisten aggressiven Kräfte des Kapitals bedeutet.<sup>17</sup> Diese Kräfte des Monopolkapitals müssen entmachtet werden, bevor sie wieder auf die reaktionärste Variante kapitalistischer Herrschaft setzen können.

## **Für die Freiheit der Kritik am Kapitalismus**

Die Kriegsvorbereitung und Rechtsentwicklung werden begünstigt durch eine Tabuierung der Kapitalismuskritik. Antifaschistische Kapitalismuskritik wird als Linksextremismus und damit verfassungsfeindlich denunziert.<sup>18</sup> Gleichzeitig gibt es öffentliche Fördermittel nur für Projekte der politischen Bildungsarbeit, die strikt auf Antikapitalismus verzichtet. Vereinfacht gesprochen: Die neue Steinwache in Dortmund wird nur gefördert, wenn der Raum 7 und ähnliches verschwinden. Das Schicksal der Gedenkstätten von Oberhausen und Essen soll auch Dortmund ereilen. Dort wurde die Darstellung des antifaschistisch/antikapitalistischen Arbeiterwiderstandes sehr dezimiert bzw. ganz beseitigt; Oberhausen erhielt den Themenschwerpunkt Zwangsarbeit, doch wer die Sklavenhalter waren, wird nicht mehr deutlich. Die Vorgeschichte des Faschismus an der Macht wird ausgespart; er beginnt – wie vom Himmel gefallen – am 30. Januar 1933. Die vorige Ausstellung in Oberhausen stand noch unter dem Motto »Faschismus kommt nicht über Nacht, er wird vom Kapital gemacht«. Das Motto wurde gestrichen.

Zur Ausstellung »Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945« erschien 2002 ein Katalog. Zwei Kapitel darin – ganz vorn im Buch – tragen die Titel »Die Wirtschaftskrise 1929–1932« und »Die Schwerindustrie

setzt auf Hitler«. Die Weltwirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf Deutschland sowie die kapitalistischen Krisenauswege hinein in Faschismus und Krieg werden als Hauptursachen für die Katastrophe von 1933 bis 1945 bezeichnet. Angesichts der globalen Krise heute, die uns in den Vorabend einer neuen Weltwirtschaftskrise führen kann, ist die Aussage des Katalogs als dringende Warnung zu verstehen.

Die Gefahren werden nicht kleiner, indem Aussagen wie jene in der Ausstellung und im Katalog einfach verschwinden.

### Ulrich Sander

Bundessprecher der VVN-BdA

- 1 Hauptarchiv Berlin-Dahlem (HAB) Rep. 335, Fall 6 vor dem VI. US-Militärgerichtshof in Nürnberg. Verhandlung gegen die Angeklagten der IG Farbenindustrie AG.
- 2 Aus dem Entwurf des Armutsberichtes 2016, lt. Süddeutsche Zeitung, 15.12.2016. In der veröffentlichten Fassung fehlt der Satz.
- 3 lt. Süddeutsche Zeitung vom 7.8.2017
- 4 Kommentar der Süddeutschen Zeitung, 15. Juli 2017
- 5 Sogar die öffentliche Erörterung der Notwendigkeit diese Steuer soll unterbleiben. Der kapitalismuskritischen Organisation attac wurde vom Finanzamt Frankfurt/Main im Jahre 2017 der Status der Gemeinnützigkeit aberkannt, weil sie u. a. die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer erhebt, wie »Neues Deutschland« am 22. August 2017 berichtet.
- 6 Siehe Unsere Zeit vom 4. August 2017, Seite 10: Der 9. August 2007 markiert den Beginn der großen Finanzkrise, schreibt Lucas Zeise. Sie dauere an und zwar außergewöhnlich lange. Das zeige sich in großen Mengen faulen Krediten, in kümmerlichem Wachstum oder in Stagnation.
- 7 »Neues Deutschland« am 12.8.2017 zur Marx/Engels Gesamtausgabe (Mega) zum Jahr 1857/1858. Rezension von Gerd Lange.
- 8 Der Betreff lautete: Antrag VVN-BdA (Ulrich Sander) für eine Gedenktafel in der Hainallee, Datum und Aktenzeichen 15.05.2017 – 41/Archiv F22159, Unterschrieben vom Leiter des Stadtarchivs Dr. Mülhofer.
- 9 So heißt es im Prager Manifest der SPD-Führung vom Januar 1934
- 10 Quelle: Prager Manifest des sozialdemokratischen Emigrationsvorstandes »Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands« vom 28. Januar 1934, lt. Neuer Vorwärts, Nr. 33
- 11 Wortlaut der Eingabe an Hindenburg siehe u. a. bei: <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/durchdrungen-von-heisser-liebe>
- 12 Alle Zitate aufgefunden im Bundesarchiv, bei Luntowski S. 80 u. a. Quelle: Gustav Luntowski: »Hitler und die Herren an der Ruhr – Wirtschaftsmacht und Staatsmacht im Dritten Reich«, Peter Lang Frankfurt am Main/Bern, Europäischer Verlag der Wissenschaften, 2000, siehe auch: Adam Tooze: Ökonomie der Zerstörung. Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, Siedler Verlag, München 2007
- 13 Joachim Petzold: Franz von Papen. Ein deutsches Verhängnis. Buchverlag Union, München und Berlin 1995.
- 14 Rezension in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung von Wolfgang Elz, 29.12.95
- 15 Mehr dazu auf [www.nrw-vvn-bda.de](http://www.nrw-vvn-bda.de) und <http://www.verbrechen-der-wirtschaft.de/>
- 16 Das Dokument »Programmatische Eckpunkte« der VVN-BdA NRW verlangt die Durchsetzung antimilitaristischer und antifaschistischer Positionen auf der Grundlage von Landesverfassung und Grundgesetz. Siehe: [http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/1761\\_programmatische\\_eckpunkte.htm](http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/1761_programmatische_eckpunkte.htm)
- 17 Siehe dazu Ulrich Sander (Hg.) »Von Arisierung bis Zwangsarbeit – Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr«, Köln, 2012, darin der Aufsatz von Kurt Pätzold »Faschismus an der Macht und Kapitalismus«, Seite 334
- 18 Siehe dazu: Strategiepapier der Bundesregierung zur »Extremismusprävention und Demokratieförderung«, das Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und (die damalige) Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) im Juli 2016, lt. junge welt 20.7.16, vorstellten. Ministerin Schwesig hatte sich einst von der Linksextremismusbekämpfung ihrer Vorgängerin Kristina Schröder (CSU) verbal abgesetzt: »Linksextremismus ist ein aufgebauschtes Phänomen«. Damit ist nun wieder Schluss. Das Strategiepapier bezieht sich ausdrücklich auf die Definitionsmacht des Verfassungsschutzes, der Antikapitalismus als linksextremistisch und damit verfassungsfeindlich definiert. Die Bundesregierung zeige sich laut jw-Autor Markus Mohr einig, »dass die Extremismen starke Gemeinsamkeiten aufwiesen«. Die Bundesregierung fördert nun »die Präventionsarbeit gegen Linksextremismus«, und zwar mit erheblichen Mitteln. De Maizière: »Insofern ist diese neue Extremismusklausel sogar noch schärfer als die alte«.

# Olga Benario. Die Gestapo-Akte. Robert Cohen, Der Vorgang Benario.

Die Gestapo-Akte 1936–1942, edition berolina, Berlin 2016, 188 Seiten<sup>1</sup>

Die kommunistische Kämpferin Olga Benario gehört zu den Protagonistinnen in Robert Cohens Roman »Exil der frechen Frauen«. Cohen hat mit diesem Roman am Schicksal dreier Frauen aus der kommunistischen Weltbewegung ein Panorama der politischen und kulturellen Kämpfe der 1930er und 1940er Jahre und vor allem des Widerstands von Frauen entworfen.

Olga Benario hat den Autor auch über den Roman hinaus als historische Figur interessiert, steht sie doch für das Schicksal ungezählter, häufig namenloser Frauen (und auch Männer) des kommunistischen Widerstands, die in der Gewaltmaschinerie der Nazis, andere im Stalinismus, zerrieben wurden. Schon 2013 hat Cohen den Briefwechsel von Olga Benario und ihrem Lebensgefährten, Luiz Carlos Prestes, wie sie ihn zwischen dem Gefängnis in Brasilien und Konzentrationslager in Deutschland führen konnten, herausgegeben. Jetzt legt Cohen mit »Der Vorgang Benario« die von ihm gesichteten Aktenbestände zum Fall Benario vor, wie sie sich in einer Onlinepublikation bisher unzugänglicher Akten des deutschen Reiches in russischen Archiven fanden. Acht Aktenbände mit bis zu 2000 Blatt zum Vorgang Benario hat Cohen gesichtet und damit, wie er schreibt, »die vielleicht umfassendste Sammlung von Dokumenten zu einem einzelnen Opfer des Holocaust« vorgelegt. Eine Auswahl von ca. 250 Blatt wird im Buch präsentiert, vom Autor gekürzt und »bis in einzelne Sätze und Formulierungen hinein bearbeitet.«

Weder Geschichtsbuch noch Dokumentensammlung sei das Ziel der Veröffentlichung. Die Bearbeitung solle die Spezifik der Nazisprache deutlich hervortreten lassen. Ziel der literarischen Bearbeitung sei es gewesen, »dem nicht abschließbaren Versuch des Verstehens ein Maß an Erkenntnis hinzuzufügen.«

Olga Benario, geboren 1908 in gutbürgerlichen Verhältnissen in München. Jüdisch-deutsche Familie, Vater Sozialdemokrat, Mutter konservativ und um Anschluss an die bürgerlichen Kreise der Stadt bemüht, dem jedoch der Antisemitismus der Vornazizeit im Wege stand. Mit

15 Jahren tritt Olga dem kommunistischen Jugendverband bei, 1925 lebt sie bereits in Berlin. Otto Braun, Mitarbeiter des sowjetischen Geheimdienstes, wird ihr Geliebter. Ihn befreit sie in einer spektakulären Aktion 1928 aus der JVA Moabit – mit dieser Szene setzt Cohens Roman »Exil der frechen Frauen« ein und zeigt gleich: Hier handeln Frauen nicht als Anhängsel von Männern, sondern als selbständige und selbstbewusste Akteurinnen.

Benario und Braun fliehen nach Moskau, wo Olga Benario als Agentin der Komintern ausgebildet wird. »Sie kann alles, was angeblich nur harte Männer können: mit Waffen umgehen, Fallschirmspringen, ein Flugzeug pilotieren, körperliche Leiden ertragen (...).« Von Braun mittlerweile getrennt lernt die Benario 1934 in Moskau Luiz Carlos Prestes kennen. Prestes, Aufständischer und Revolutionär in Brasilien, wird von der Komintern unterstützt, um den Aufstand in Brasilien zu organisieren. Olga Benario wird seine Leibwächterin auf dem Weg nach Brasilien und später seine Geliebte. Vier Monate sind sie von Moskau nach Rio unterwegs. Im April sind sie dort, im November bricht der Aufstand – zu früh – aus und bricht schnell zusammen. Gefängnis, Folter, Trennung. Während Prestes in Brasilien der Prozess gemacht wird, deportiert man Olga Benario, im siebten Monat schwanger, zusammen mit ihrer Genossin Elisabeth »Sabo« Ewert nach Deutschland, wo die Nazis auf sie warten.<sup>2</sup> Anita Leocádia, ihre Tochter, kommt am 27. November 1936, in der Gefangenschaft, zur Welt. Vom Frauengefängnis in Berlin/Barnimstraße über das KZ Lichtenburg bis nach Ravensbrück reichen die Orte des Leidens für Olga Benario. Knapp sechs Jahre, vom September 1936 bis Mai 1942 ist sie Gefangene der Nazis, dann wird sie in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Bernburg mit Gas ermordet.

Die präsentierten Aktenstücke zeigen eine Bürokratie der Verfolgung und Vernichtung, die das Leid der davon Betroffenen hinter der hölzernen Sprache der Ämter zum Verschwinden zu bringen droht. Auf der einen Seite wun-



dert sich der Leser über die unendlichen Briefwechsel zu Fragen der Schreib- und Besuchserlaubnis, zur Übergabe von Paketen, Geldanweisungen, Zensur von Briefen und Konfiszierung von Büchern und Zeitschriften.

Die vom Juristen und Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel beschriebene Spaltung des NS-Staates in den Normen- und Maßnahmestaat lässt sich anhand der Akten nachvollziehen. Wo man dem Faschismus begründungslos Willkürmaßnahmen zutraut wundert man sich, warum über Wochen und Monate zwischen Ämtern über Auslandsdelegationen in Sachen Benario, die Frage einer möglichen Ehe zwischen Benario und Prestes und den weiteren Umgang mit dem Kind verhandelt wird. Und doch basiert der gesamte Vorgang auf Willkür, gibt es doch keinerlei Verfahren gegen Olga Benario, geschweige denn ein Urteil.

Drei Punkte erschienen dem Verfasser bei der Lektüre der präsentierten Aktenauszüge besonders interessant. Auf den ersten Punkt weist Robert Cohen selber im Vorwort hin. Inhaftiert und als Staatsfeindin behandelt wird Olga Benario als »gefährliche Kommunistin«. Als solche wird sie mehrfach von der Gestapo befragt bzw. zu schriftlichen Darlegungen aufgefordert. Der ausführliche und auch präsentierte Lebenslauf enthält jedoch nichts, was die Nazis nicht ohnehin über sie wussten. Keine Namen, keine Orte, keine organisatorischen Zusammenhänge gibt sie preis. Im Laufe der Zeit spielt jedoch der jüdische Hintergrund der Benario eine immer größere Rolle, parallel zur wachsenden Bedeutung des Antisemitismus für das Regime. Von der »kommunistischen Jüdin«, der »Volljüdin« ist dann die Rede, schließlich wird ihrem Namen der Vorname Sara hinzugefügt. Während sich Olga Benario noch um den Nachweis ihres Austritts aus der jüdischen Glaubensgemeinschaft

bemüht, um ihr Kind als »Dissident« und nicht als »mosaisch« eintragen zu lassen, wird sie von den Nazis wieder zur Jüdin gemacht.

Der Nachweis der Ehe mit Prestes ist ein zweiter Strang ihres Ringens, der sich über Jahre zieht. Die Ehe mit einem ausländischen Staatsbürger hätte zumindest die geringe Hoffnung auf Freilassung und Ausweisung begründet. Jedoch geben Benario und Prestes mit Moskau und Frankreich zwei unterschiedliche Orte der angeblichen Hochzeit an, so dass die Nazis ihre Zweifel bestätigt sehen. Während ihre »Schwiegermutter«, Dona Leocádia Prestes, sich über Jahre für ihre Freilassung einsetzt und schließlich Anita aus dem Gefängnis holen kann, will die leibliche Mutter der Benario nichts mehr mit der kommunistischen Tochter zu tun haben und auch ihre Enkeltochter nicht aufnehmen, sollte die Tochter weiter Kommunistin und der Vater des Kindes ebenfalls Kommunist sein. Genützt hat Eugenie Benario diese Distanzierung von der Tochter nichts. Als Jüdin wird auch sie von den Nazis 1943 im KZ Theresienstadt ermordet, ein Jahr nach ihrer Tochter.

### **Gerd Wiegel**

Referent für Rechtsextremismus/Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE des Deutschen Bundestages, Mitglied des Sprecherrates der BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE

- 
- 1 Diese Rezension wurde zuerst veröffentlicht in: Z, Zeitschrift marxistische Erneuerung Nr. 110, Juni 2017.
  - 2 Zur Biografie der Mitkämpfer der Eheleute Prestes siehe: Ronald Friedmann: Arthur Ewert: Revolutionär auf drei Kontinenten, Berlin 2015.

# Lutz Heuer: Aus dem Leben eines Politikers, Antifaschisten und Gewerkschafters

Hans Jendretzky (20.7.1897–02.07.1992)

Das Buch von Lutz Heuer über Hans Jendretzky erschien als Band 39 einer Reihe von Biografien von Funktionären der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung. Allein die Tatsache, dass heutzutage an mehr oder weniger bekannte Vertreter der Arbeiterbewegung, Frauen und Männer, Kommunisten und Sozialdemokraten, erinnert wird, ist hervorhebenswert. Ein Stück Erinnerungskultur wird dokumentiert. Jeder Band der Reihe ist per se buchenswert.

Der Autor strukturiert seine Lebensbeschreibung nach wichtigen Abschnitten des politischen Werdegangs von Hans Jendretzky. Seit 1912 war er Mitglied und Funktionär des Metallarbeiterverbandes, er engagierte sich als Interessenvertreter seiner Kollegen und Initiator von Streikkämpfen. Seine Arbeitskollegen wußten das zu schätzen, den Arbeitgebern war das ein Dorn im Auge. Aus der USPD kommend war Hans Jendretzky seit 1920 Mitglied und bald Funktionär der KPD. In einschlägigen Publikationen wird er als führendes Mitglied und Bezirksleiter Berlin-Brandenburg des Roten Frontkämpferbundes (RFB) genannt. 1933 reihte sich der Kommunist in die Front des antifaschistischen Widerstandes ein, Haft in Gefängnissen und Konzentrationslagern bestimmten sein Leben fortan mit. Im Mai 1945 gehörte Hans Jendretzky in Berlin zu den führenden Persönlichkeiten des antifaschistischen Neubeginns. In verschiedenen Bereichen tätig wurde er stadtbekannt und respektiert. Lutz Heuer zeichnet ein vielschichtiges Bild vom aufopferungsvollem Wirken eines Mannes, dessen Standpunkte auch von jenen Mitstreitern akzeptiert wurden, die in einzelnen Fragen anderer Meinung waren. Für die meisten Leser, die diesen gesellschaftlichen Umbruch nicht miterlebt haben, sind diese Passagen der Publikation vielleicht besonders interessant. Es läßt sich ahnen, mit welchem hohem persönlichen Einsatz sich Menschen wie Hans Jendretzky für das Allgemeinwohl aufopferten. Lutz Heuer bietet auch sehr viele biografische Angaben zu anderen Akteuren jener Zeit. Das mag mancher Leser begrüßen, es stört aber auch den Fluß der Darstellung in einem Buch, das ja vor allem eine Biografie sein soll.

Hans Jendretzky wirkte im ersten Berliner Nachkriegsmagistrat als Stadtrat für Arbeit. Er engagierte sich an führender Stelle bei der Schaffung der Einheitsgewerkschaft und wurde der erste FDGB-Vorsitzende in Berlin. Hans Jendretzky hat den Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 mitunterzeichnet. Er war Mitglied des Führungsgremiums von KPD bzw. SED. Bis Sommer 1953 stand er an der Spitze des Berliner Bezirksverbandes der SED. 1953 wurde Hans Jendretzky als Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin abgelöst. Als offizielle Begründung dafür wurde seiner Unterstützung der Positionen von Rudolf Herrnstadt und Wilhelm Zaisser genannt, die der Auffassung der Mehrheit des Politbüros des ZK der SED um Walter Ulbricht widersprachen und 1953 eine Kurskorrektur der Politik angestrebt hatten. Hans Jendretzky wurde in die Provinz abgeschoben, 1956 wurde er rehabilitiert. Wieder, bis 1989, war er Mitglied des ZK der SED. 1989 war er außerdem der letzte Alterspräsident der Volkskammer der DDR.

Das Buch spart Funktionsablosungen im politischen Lebenslauf Hans Jendretzkys nicht aus. Solche Zäsuren werden benannt. Allerdings hätte sich der Leser mehr Informationen darüber gewünscht, was hinter nüchternen Worten in den entsprechenden Parteibeschlüssen steckte. Interessant wäre es auch, mehr darüber zu erfahren, wie Hans Jendretzky persönlich mit solchen Ereignissen umging. Die Lebensbilanz von Hans Jendretzky scheint linear zu sein. Aufschlussreich ist, dass er auch zum Ende der DDR nicht gegen den Kurs der Führung der SED um Erich Honecker laut opponierte, obwohl Altersgenossen und Freunde ihn dazu eindringlich aufforderten.

Dem Buch sind einige persönliche Dokumente und Fotos beigegeben. Der Autor verweist auf von ihm genutzte Quellen, was seine Recherchemühen erahnen lässt. Der Sohn von Hans Jendretzky Hans Erleben, hat eine Vobemerkung zu dieser Biografie geschrieben.

## Dr. Horst Helas

Mitglied des Sprecherrates der BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE

# Erinnerungen an Heinrich Gemkow (1928–2017)

So hatte ich mir immer einen Professor vorgestellt: Höflich zu jedermann, sein Wissen freundlich und unaufdringlich weitergebend. Sei es zum Lebensweg von Paul Singer oder zu Ereignissen in der deutsche Sozialdemokratie am Ende des 19. Jahrhunderts.

Heinrich Gemkow war vor allem ein international geachteter Kenner von Leben und Werk der Freunde und Brüder im Geiste, der genialen Wissenschaftler Karl Marx und Friedrich Engels. Vieles habe ich dadurch erfahren und behalten.

Ich vergesse allerdings auch nie: Im Nachhinein bin ich noch immer peinlich berührt über unseren nassforschenden kumpelhaften Umgangston mit diesem Geschichtsforscher, als im Zentralrat der FDJ für die politische Bildung Jugendlicher ein Konzept für eine populäre Darstellung der Doppelbiografie beider Wissenschaftler vorbereitet wurde. Was musste sich Heinrich Gemkow

alles anhören an kleinlicher Kritik an seinen Texten! Er blieb von alledem äußerlich unbeeindruckt und auch darin wurde er mir Vorbild für den Umgang mit Menschen.

Diese Eigenschaft, den herzlichen Umgang mit Mitarbeitern, die auf unterschiedlichem Wege zur Geschichtswissenschaft gelangt waren bzw. überhaupt nicht »vom Fach« waren, machte ihn, den langjährigen stellvertretenden Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED mir zum Vorbild.

Beeindruckt und eingepägt hat sich mir auch: Wenn ich Heinrich Gemkow traf, ihn sprechen hörte oder Texte von ihm las, hatte ich immer den Eindruck, hier hat sich einer nicht dem Zeitgeist angepasst, ist auch darin als Historiker wie herzensguter Mensch Vorbild geblieben.

**Horst Helas**

# Bedarf es in Berlin einer weiteren Institution zur »Aufarbeitung der SED Diktatur«?

Wie der Presse zu entnehmen war, hat der Berliner Senat einen »Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur« berufen. Falls es noch nicht verjährte Straftaten zu verfolgen gibt, ist das Sache der Justiz. Wenn noch Entschädigungsansprüche bestehen, scheint mir, dass den Opferverbänden hinreichende Vertretungsvollmachten eingeräumt sind. Aber eine institutionalisierte Aufarbeitung der SED-Diktatur?

Seriöser Umgang mit Geschichte sollte den Begriff »Aufarbeitung« überhaupt meiden. Denn historische Gegebenheiten werden niemals aufgearbeitet sein, sondern stets Stoff und Anlass für neues Überdenken bieten. Hingegen tendiert »Aufarbeiten« erfahrungsgemäß dahin, das Befassen mit Geschichte nicht ergebnisoffen, sondern zweckbestimmt zu betreiben und ein mehr oder weniger offizielles Geschichtsbild zu installieren und zu propagieren. Zeigt uns nicht eben jetzt das Reformationsjubiläum, dass auch ein halbes Jahrtausend zurückliegende Geschehnisse und deren Folgen nicht aufgearbeitet sind, weil sie sich nicht aufarbeiten, sondern nur erforschen, interpretieren und erörtern lassen?

Aber seien wir großzügig und nehmen wir »Aufarbeiten« von Geschichte stellvertretend für Beschäftigen mit Geschichte. Niemand braucht eine kritische Analyse des Staatssozialismus und der Ursachen seines Scheiterns dringlicher als die Linke. Aber diese muss das von einer anderen Warte her tun als die vermeintlichen Sieger der Geschichte, die ihren Triumph auskosten wollen und nach Argumenten fischen, welche die Ewigkeit der kapitalistischen Verhältnisse beweisen und die Abwegigkeit sozialistischer Alternativen bestätigen sollen. Die Linke dagegen sollte in den seit 1917 verflossenen Jahrzehnten ein Arsenal sehen, das Erfahrungen jeglicher Art bereithält, positive wie negative.

Was die Beschäftigung mit der DDR betrifft, steht niemand am Punkte Null, weder im Bund noch in Berlin. Somit wirft ein im Jahre 27 der deutschen und Berliner Einheit eigens berufener Sonderbeauftragter die Frage auf, ob es nicht Wichtigeres zu tun gibt. Die vom Deutschen Bundestag eingesetzten beiden Enquete-Kommissionen haben ihre Ergebnisse in 17 Bänden, unterteilt in

32 Teilbände, vorgelegt. Das zielte auf radikale Abrechnung mit dem vier Jahrzehnte lang existierenden zweiten deutschen Staat und auf politisch-ideologische Umerziehung der ostdeutschen Bevölkerung. Einem Bundestag, dem es um Entspannung des politischen Klimas, um wissenschaftliche Erkenntnis und um Respektierung ostdeutscher Biografien ging, hätte eine andere Thematik gut zu Gesicht gestanden, nämlich »Deutschland im kalten Krieg und die Überwindung seiner Folgen in Ost und West«. Da wäre auch Raum gewesen für eine kritische Auseinandersetzung mit der DDR, für das Aufdecken diktatorischer Machtstrukturen unter Führung einer keiner Kontrolle unterliegenden Parteiführung, für das Anprangern von Repressionen und Menschenrechtsverletzungen, der Unterdrückung demokratischer Freiheiten in unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft. Aber eben nicht in dieser Einseitigkeit, nicht unter Ausklammerung der Rolle westimperialistischer Machtpolitik, ihrer Bekämpfung antikapitalistischer Alternativen und Bewegungen, aber auch ihrer Interaktionen und Mau-scheleien mit der staatssozialistischen Gegenseite.

Die großzügig geförderte, vor allem im Umfeld der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur betriebene DDR-Forschung hat in den Jahren 1990 bis 2015 etwa 7000 Publikationen herausgebracht, statistisch gesehen pro Werktag einen Titel. Das sind Arbeiten unterschiedlicher Qualität und Tendenz. Aber überwiegend ist ihnen eigen, dass der Staat DDR und alle seine gesellschaftlichen Bereiche an der Entwicklung der Bundesrepublik gemessen werden. Kaum ein Autor geht ernstlich der Frage nach, ob es legitim war, den unter Konrad Adenauer eingeschlagenen Weg der kapitalistischen Restauration, der Westintegration um den Preis der Teilung Deutschlands, der Politik der Stärke und der Wiederaufrüstung nicht mitzugehen. Das »Messen mit zweierlei Maß« lässt sich fast durchgängig ausmachen. Es gab eine Zeit, da hat die PDS – als eine der Quellparteien der heutigen Linken –, solchen Umgang mit Geschichte nicht einfach hingenommen. Da hat sie die Formel vom »Unrechtsstaat DDR« zurückgewiesen, die inzwischen wie selbstverständlich Eingang in von den Linken mit-

unterzeichnete Koalitionsverträge findet. Erinnerung sei an die Erklärung des Parteivorstandes und der Bundestagsgruppe der PDS aus dem Jahre 1998 anlässlich des Abschlussberichtes der zweiten Enquete-Kommission. Sie räumte ein, dass es Sachverständige und Zeitzeugen gab, die bemüht waren, »zu einer differenzierten Beurteilung des vergangenen deutschen Staates beizutragen«. Dominant war aber etwas anderes. »Die Enquete-Kommission konnte und wollte sich in ihrer Mehrheit nicht parteipolitischer Instrumentalisierung entziehen... Von der Mehrheit der Enquete-Kommission wird ein ebenso anachronistischer wie militanter Antikommunismus fortgeschrieben, dessen Vorurteile, Klischees und antiliberalen Folgerungen weder historisch gerechte Urteile noch gegenseitiges Vertrauen fördern. Mit der pauschalen These vom »Unrechtsstaat DDR«, mit der Verabsolutierung von Diktatorischem und Verbrechen in der Geschichte der DDR und vor allem mit der inzwischen verbreiteten, vorsätzlichen oder fahrlässigen Gleichsetzung von DDR und NS-Regime werden Mauern neu errichtet und die Geschichte gefälscht.« In dieser Erklärung wurden alle Bundestagsparteien bereits 1998 davor gewarnt, »große Teile der ostdeutschen Bevölkerung – eigene WählerInnen und SympathisantInnen inbegriffen – zu bevormunden, um deren eigenen kritischen Blick auf vergangenes Leben« zu beschädigen. Lothar Bisky hatte im bereits Januar 1994 gemahnt, es habe kaum jemand erwartet, dass die Rechts- und Sozialordnung der DDR derartig in Frage gestellt würde. Im Kern laufe dieser Kurs »auf eine Verweigerung von Grundrechten gegenüber einem erheblichen Teil der ostdeutschen Bevölkerung hinaus; er begründet einen neuen innerdeutschen Ost-West-Konflikt, der sich auf das Zusammenleben der Deutschen – nicht nur der jetzigen Generation – verhängnisvoll auswirken wird.«

Und da sind wir bei einer Frage, die leider zu selten gestellt wird: Gibt es einen Zusammenhang zwischen der nie erlahmenden Abrechnung mit der DDR und dem bei den letzten Bundestagswahlen so offenkundig gewordenen Rechtsdrall dieser Bundesrepublik? Damit keine falschen Schlussfolgerungen gezogen werden: Es hat in der jüngeren deutschen Geschichte immer eine rechts-extreme, nationalistische, antihumane, rassistische Strömung gegeben. Und ihr ist nicht einfach mit Verboten beizukommen. Aber noch nie sei 1945 – nicht in der DDR und nicht in der alten BRD – konnte sich diese Strömung derart massiv, organisiert, ungeniert und aggressiv in der Öffentlichkeit präsentieren und Druck ausüben, wie dies gegenwärtig hierzulande möglich ist. Eine direkt oder indirekt gesteuerte Öffentlichkeit, die nicht müde wird, die in der DDR versuchte antikapitalis-

tische Alternative zu diskriminieren oder zumindest der Lächerlichkeit preiszugeben, trägt dazu bei, jene »Flanke« nach rechts zu öffnen, die auch geschichtsrevisio-nistischen Avancen den Boden bereitet. Man kann nicht das Potential historischer Forschung und Aufklärung in jahrzehntelanger Einseitigkeit auf die Abrechnung mit der DDR konzentrieren, ohne die kritische Betrachtung der bundesdeutschen Geschichte sowie die Analyse des Vormarsches neonazistischer und rechtsextremer Bewegungen zu vernachlässigen und ohne die Gewichte der Aufmerksamkeit zu verschieben.

Wenn es eine Losung der Pegidaanhänger gibt, über deren Berechtigung ernstlich nachzudenken ist, so diese: »Integriert erst einmal uns«. Und es ist schlimm, dass es des Einzugs der AfD in den Deutschen Bundestag bedurfte, um selbst konservativen Politikern die Überlegung nahezu legen, dass wir noch immer und teilweise sogar verstärkt, nicht an zu geringer Abrechnung mit der DDR, sondern an den Fernwirkungen einer verfehlten Anschlusspolitik zu leiden haben.

Katrin Rohnstock hat in der Wochenzeitung »der Freitag« den Linken vorgehalten, es versäumt zu haben, »gemeinsam mit den Menschen in den neuen Ländern an einer Geschichte zu schreiben, die Lebensleistungen reflektierte und ein selbstbestimmter Gegenentwurf zum herrschenden Geschichtsbild war. Das sollte Alltagsleben nicht so erinnern, wie es sich in der DDR abgespielt hatte. Stattdessen wurden die Erzählungen einer relativ kleinen Gruppe, der Oppositionellen, in den Mittelpunkt gestellt.« Dieses Urteil ist etwas einseitig. Denn von der aus der DDR überkommenen und inzwischen durch befähigte Nachwuchskräfte aufgefrischten »historischen Subkultur« ist Beachtliches geleistet worden, um zu einer kritischen Bestandsaufnahme des Werdens und Vergehens des Staates DDR und der ostdeutschen Gesellschaft beizutragen. Allein in der von der »Hellen Panke« – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin herausgegebenen Schriftenreihe »hefte zur ddr-geschichte« sind inzwischen fast 150 Broschüren zu nahezu allen gewichtigen Themen der DDR-Entwicklung erschienen. Die Historische Kommission der PDS beziehungsweise der Linken hat sich zu zahlreichen historischen Themen positioniert. Die Liste ließe sich mühelos verlängern Insofern Katrin Rostock manche Funktions- und Mandatsträger der Linken im Blick hat, ist ihr leider zuzustimmen. Damit schließt sich der Kreis, und wir sind wieder bei der Berufung eines »Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur«.

**Prof. Dr. Günter Benser**

# An alle Engagierten und Interessierten:

## Werdet Mitglied der Bundes-Arbeitsgemeinschaft Antifaschismus der Partei DIE LINKE!

In vielen Orten werden regelmäßig Demos gegen Neonazis organisiert, findet aktive Flüchtlingshilfe statt, gibt es Bürgerbündnisse gegen Rassismus, engagieren sich Mitglieder der LINKEN in Initiativen gegen Rechts, und vieles mehr. Die BAG Antifaschismus sieht es als ihre Aufgabe, den Austausch über die vielen Erfahrungen, die wir im alltäglichen antifaschistischen Kampf vor Ort machen, zu fördern und

dabei Schnittstelle, Netzwerk und Multiplikator zu sein. Der gemeinsame Erfahrungsaustausch und Wissensaustausch ist wichtig, zur Entwicklung gemeinsamer Strategien gegen rechts, und um zu spüren, dass man nicht allein gegen Windmühlen kämpft. Wer Mitglied werden möchte, ist gern bei uns willkommen. Einfach Eintrittsformular ausfüllen und abschicken, an die unten angegebene Adresse.

### BAG Antifaschismus Eintrittserklärung

\_\_\_\_\_  
Name

\_\_\_\_\_  
Vorname

\_\_\_\_\_  
Geburtsdatum

\_\_\_\_\_  
Landesverband

Hiermit erkläre ich meine Zugehörigkeit zum Zusammenschluss  
BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE.

Ich erkläre hiermit meinen Eintritt in die LAG

\_\_\_\_\_  
(Hier ggf. Namen der jeweiligen Landes-AG eintragen)

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE. (Wenn zutreffend bitte ankreuzen.)

\_\_\_\_\_  
Anschrift

\_\_\_\_\_  
E-Mail

\_\_\_\_\_  
Datum/Unterschrift

### Ausgefüllte Erklärung an:

BAG Antifaschismus  
Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstraße 28,  
10178, Berlin  
oder per Fax: 030 2411046